

RheinlandPfalz

Statistisches Landesamt



Statistische Monatshefte

1985

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Volkszählung 1987

257 Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das Volkszählungsgesetz verabschiedet. Der Gesetzestext ist abgedruckt.

Entwicklung der Geburtenhäufigkeit

263 Die Geburtenhäufigkeit weist große zeitliche und regionale Schwankungen auf.

Kommunale Gebührenhaushalte

270 Im Jahre 1983 nahmen die Gemeinden (Gv.) 769 Mill. DM aus Gebühren ein. Damit resultierten 17% ihrer unmittelbaren Einnahmen aus Entgelten für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen und die Benutzung öffentlicher Einrichtungen.

Wohnungsneubau 1984

275 In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1984 insgesamt 23 400 Neubauwohnungen bezugsfertig. Das ist das beste Ergebnis seit 1977.

Verbraucherverhalten und Preise von Nahrungs- und Genußmitteln 1950 bis 1984

279 Obwohl der Anteil der Nahrungs- und Genußmittel an den gesamten Ausgaben der privaten Haushalte seit 1950 um etwa die Hälfte zurückging, stellen die Aufwendungen für Lebensmittel für den Verbraucher immer noch den bedeutsamsten Ausgabenposten dar.

Anhang

81* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

87* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Langfristig stark sinkende Geburtenzahlen

Die Geburtenentwicklung der letzten Jahre zeigt insgesamt eine abnehmende Tendenz. Dem Babyboom der frühen 60er Jahre — 1963 erblickten in Rheinland-Pfalz fast 68 000 Kinder das Licht der Welt — folgte ein rascher erheblicher Rückgang der Geborenenzahlen. Der vorläufige Tiefststand wurde 1977 mit etwas mehr als 34 000 Geborenen erreicht. Der in jüngster Zeit große Zuwachs der Anzahl junger Menschen im heiratsüblichen Alter ließ eigentlich auch zunehmende Geburtenzahlen erwarten. Diese blieben jedoch aus, da offensichtlich der Wunsch nach Kindern immer weiter abnimmt.

Auch in nächster Zukunft wird die Zahl junger Erwachsener noch kräftig ansteigen, so daß die neuesten Prognoseberechnungen noch von einem geringfügigen Zuwachs der Geburtenzahlen bis zum Jahre 1990 ausgehen. 38 200 Geborene werden für dieses Jahr vorausgeschätzt gegenüber 35 500 im Jahre 1984, dem Basisjahr der Prognose. Für den Zeitraum danach ergeben die Berechnungen jedoch einen deutlichen und anhaltenden Rückgang. Ungeklärt ist in diesem Zusammenhang, inwieweit die beobachtete Geburtenentwicklung der jüngsten Zeit zum Teil eine Verlagerung des Kinderwunsches junger Paare auf ein höheres Alter beinhaltet. Ein solcher „Nachholbedarf“ würde in den kommenden Jahren zu einer Abschwächung der aufgezeigten negativen Entwicklung führen. Weitere Analysen sollen hierüber Aufschluß geben. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 263

Abwasserbeseitigung bedeutendste Gebührenquelle

Zwischen 1979 und 1983 erhöhten sich die Gebühreneinnahmen der rheinland-pfälzischen Gemeinden um 24% auf 769 Mill. DM. In allen Jahren hatten die drei Großstädte je Einwohner die höchsten Gebühreneinnahmen; 1983 waren es 424 DM je Einwohner, wobei die Zuwachsrate gegenüber 1979 unter dem Durchschnitt lag. In den drei kreisfreien Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern fielen auf jeden Bürger im Schnitt dagegen nur 292 DM. In der in die gleiche Größenklasse eingestuften verbandsfreien Gemeinde Neuwied waren die Einnahmen noch geringer, da 1983 pro Kopf 170 DM Gebühren anfielen. Allerdings ist in Neuwied die Zuwachsrate mit 52% deutlich höher als in den mittelgroßen kreisfreien Städten (+ 30%).

Die bedeutendste Gebührenquelle für die Kommunen ist die Abwasserbeseitigung. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung vereinnahmten sie 1983 in diesem Bereich 218 Mill. DM, das entspricht 28% der Gebühren insgesamt. An zweiter Stelle liegt die Abfallbeseitigung, die den kreisfreien Städten und Landkreisen 195 Mill. DM oder 25% ihrer Gebühreneinnahmen einbrachte.

Für die Straßenreinigung, Abwasser- und Abfallbeseitigung sind die Gebühren nahezu die einzige unmittelbare Einnahmequelle, denn sie machen jeweils 98% der unmittelbar vereinnahmten Beträge aus. Einen hohen Anteil stellen sie darüber hinaus auch in den Aufgabengebieten Theater, Konzerte, Musikpflege (96%) und Bestattungswesen (91%). la

Mehr über dieses Thema auf Seite 270

Geringer Bevölkerungsrückgang im ersten Halbjahr 1985

Ende Juni 1985 lebten in Rheinland-Pfalz 3 619 000 Personen. Damit hat sich die Bevölkerung im ersten Halbjahr um etwa 4 800 oder 0,1% verringert. Ursache des Rückgangs ist der Gestorbenenüberschuß. Zu- und Fortzüge über die Landesgrenze halten sich die Waage.

Positive Bevölkerungsbilanzen — ausschließlich durch Wanderungsüberschüsse — sind bei jeder vierten kreisfreien Stadt und jedem vierten Landkreis zu verzeichnen. Die Zahl der Geborenen übertraf nur in den Kreisen Germersheim und Trier-Saarburg die der Gestorbenen. hl

Erziehungs- und Geisteswissenschaften sind Schwerpunkte der Weiterbildung

Die sieben staatlich anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung in Rheinland-Pfalz haben im Jahre 1984 insgesamt über 75 400 Veranstaltungen durchgeführt. Das sind 5,2% weniger als im Jahr zuvor. Die Zahl der Teilnehmer ist um 167 000 (– 7%) auf 2,23 Millionen Personen zurückgegangen.

Bei den Unterrichtsstunden ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 29 000 (– 2,8%) auf 1 009 200 Stunden zu verzeichnen. Der Schwerpunkt der Arbeit der Weiterbildungseinrichtungen lag wie im Vorjahr mit knapp 24% (240 000 Stunden) auf dem Gebiet der Erziehungs- und Geisteswissenschaften. Es folgen die Sachgebiete Gesundheit, Gymnastik, Körperpflege und Haushaltsführung sowie Kreatives Gestalten und Freizeitaktivitäten mit 19 (196 000 Stunden) bzw. 17% (167 500 Stunden). Die Sprachkurse lagen mit 14% (145 000 Unterrichtsstunden) an vierter Stelle.

Die meisten Teilnehmer (1,4 Millionen) wurden in den 44 000 Einzelveranstaltungen gezählt. Auf die 28 500 längerfristigen Veranstaltungen ohne internatsmäßige Unterbringung entfiel ein Drittel der Teilnehmer (747 000). In den 2 700 längerfristigen Veranstaltungen mit internatsmäßiger Unterbringung wurden 73 000 Personen registriert.

Trotz des Rückganges im Leistungsbereich erhöhten sich die Kosten um 0,4% auf über 73 Mill. DM. Bei den Einnahmen waren die Teilnehmergebühren mit gut 28 Mill. DM (39%) nach den Zuschüssen (insgesamt 38,3 Mill. DM, darunter 6,4 Mill. DM aus dem Kultusetat) die wichtigste Finanzierungsquelle. we

Heiratsboom im Mai

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden in Rheinland-Pfalz 10 760 Ehen standesamtlich geschlossen, 83 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Fast ein Drittel (3 435) der Trauungen fand im Monat Mai statt. Eine derartig hohe Zahl an Eheschließungen gab es zuletzt vor 16 Jahren in dem damals — aus steuerlichen Gründen — stets stärksten Heiratsmonat August.

Bei 803 Paaren (7,5%) besaßen ein oder beide Partner nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Am häufigsten (472) waren Eheschließungen zwischen einer deutschen Frau und einem Ausländer, 211 Deutsche heirateten eine Ausländerin und in 120 Fällen waren beide Partner Ausländer. hl

Fleisch billiger als vor einem Jahr Verbraucherpreise im Oktober

Das Verbraucherpreisniveau blieb in Rheinland-Pfalz im Oktober nahezu unverändert. Rindfleisch zum Kochen, Schweinefleisch zum Braten und Schweinebauchfleisch waren rund 1% billiger als vor einem Jahr. Auch Butter (– 4%), Weizenmehl (– 3%), Zucker (– 3%), Rotkohl in Gläsern (– 2%) sowie Bienenhonig und Schwarzer Tee (je – 1%) wurden preiswerter angeboten.

Noch deutlichere Preisminderungen gab es bei Gemüse und Obst. Im Vergleich zum Oktober 1984 gingen die Preise für die Kohlarten um 16 bis 23% zurück, Kopfsalat (– 43%), Tomaten (– 23%), Möhren (– 17%) und Zwiebeln (– 7%) konnten ebenfalls preiswerter eingekauft werden. Ebenso verbilligten sich Äpfel (– 5%) und Bananen (– 12%). Für Birnen mußten allerdings 8% mehr bezahlt werden. Teurer als im Oktober 1984 waren hingegen frisches Rotbarschfilet (+ 12%), frischer Kabeljau (+ 6%), Linsen (+ 9%), Delikateßgurken (+ 7%), Bohnenkaffee (+ 5%) und Brathähnchen (+ 4%). br

Land- und Forstwirtschaft auf 85% der Landesfläche

Anfang 1985 betrugen in Rheinland-Pfalz die Landwirtschaftsflächen rund 915 000 ha (46%) und die Wälder 780 000 ha (39%). Diese beiden Nutzungsarten nehmen den größten Teil der Landesfläche (85%) ein. Für den Verkehr (Straßen, Wege, Plätze, Schienen- und Luftverkehr) werden insgesamt 5,4% beansprucht, und für bauliche Zwecke sind mittlerweile 5,3% genutzt. Während in den vergangenen vier Jahren die Landwirtschaftsflächen zurückgingen, waren Zunahmen vor allem bei den bebauten und forstlich genutzten Flächen sowie den Verkehrsflächen zu verzeichnen. km

Bohnenkaffee und Hähnchen billiger als vor 34 Jahren

Während Anfang der 50er Jahre ein Durchschnittshaushalt noch mehr als die Hälfte seiner Gesamtausgaben für Nahrungs- und Genußmittel verwendete, ging dieser Anteil bei einem Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen bis 1984 auf 26% zurück. Gleichwohl sind die Ausgaben für Lebensmittel für den Verbraucher bis heute noch der bedeutsamste Ausgabenposten geblieben.

Der Vergleich der rheinland-pfälzischen Verbraucherpreise des Jahres 1984 mit denen von 1950 zeigt für Brot und Backwaren einen deutlich stärkeren Anstieg als für Fleisch und Fleischwaren. So erhöhte sich in diesem Zeitraum der Preis für 1 kg Roggenbrot von 0,45 DM auf das 6,5fache (2,93 DM). Rindfleisch zum Kochen verteuerte sich auf 12,38 DM (+ 263%) und Schweinekoteletts auf 12,36 DM (+ 174%). Hähnchen wurden 1984 billiger angeboten als in den 50er Jahren. Auch Bohnenkaffee war rund ein Drittel billiger als vor 34 Jahren. br

Mehr über dieses Thema auf Seite 279

Produktion der ersten neun Monate über Vorjahresniveau

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lag in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 1,9% höher als im Jahr zuvor. Sowohl der Nahrungs- und Genußmittelbereich (+ 4,1%) als auch das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 4%) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 1,7%) steigerten in diesem Zeitraum ihren Ausstoß. Für die Verbrauchsgüterindustrien errechnet sich ein Rückgang von 1,6%. fu

Wohnungsbaunachfrage unter Vorjahresstand

Von Januar bis September 1985 genehmigten die rheinland-pfälzischen Bauämter 6 835 Wohngebäude (Vorjahr 7 927), 1 368 (1 472) Nichtwohngebäude und 2 864 (2 759) Um-, Aus- oder Erweiterungsbaumaßnahmen. Insgesamt sollen 13 566 Wohnungen entstehen. Das ist ein Fünftel weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. ju

Bestes Ergebnis im Wohnungsbau seit 1977

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahre 1984 rund 23 400 Neubauwohnungen bezugsfertig. Das sind 14% mehr als im Vorjahr. Von den Wohnungen befinden sich 13 673 in Eigenheimen und 9 726 in 1 076 Mehrfamilienhäusern. Auftraggeber waren in drei von vier Fällen private Bauherren.

Besonders groß war der Zugang an neuen Wohnungen in den Großstädten; für sie ergibt sich eine Steigerung der bezugsfertigen Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr um über 50%. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 275

4,1 Mill. hl Weinmost

Die Weinmosternte in Rheinland-Pfalz beläuft sich in diesem Jahr auf etwa 4,1 Mill. hl. Damit wird sie um etwa 38% unter dem Sechsjahresdurchschnitt 1979/84 und um 28% unter der Vorjahresmenge bleiben. Die Hektarerträge sind regional und sortenweise sehr unterschiedlich ausgefallen. Sie betragen bei Weißmost im Durchschnitt 67 hl und bei Rotmost 60 hl gegenüber 94 und 107 im letzten Jahr und 111 bzw. 118 hl im sechsjährigen Mittel. Von den wichtigsten Rebsorten hat der weniger frostempfindliche Riesling die geringsten Ertragseinbußen zu verzeichnen. An Mosel, Saar und Ruwer brachte er insgesamt gesehen fast normale Erträge.

Im Gegensatz zur geringen Erntemenge ist eine gute Qualität zu erwarten. Bei durchschnittlich 74 Grad Öchsle wird mit 43% Qualitätswein und 57% Prädikatswein gerechnet. Im vergangenen Jahre hatte es 80% Qualitätswein und 7% Prädikatswein gegeben. st

Größeres Angebot an Baumschulerzeugnissen

Die Bestände an verkaufsfertigen Obstgehölzen in rheinland-pfälzischen Baumschulen waren im Juli 1985 um 2% größer als vor Jahresfrist. An heranwachsenden Obstgehölzen gab es fast 4% und an Obstunterlagen sogar 20% mehr. Die Zahl der verkaufsfertigen Beerenobststräucher, -pflanzen und -stämme nahm um 18% zu.

Bei den Ziergehölzen für Straßen, Parks und Gärten wurde eine Zunahme um 7% auf insgesamt 6,9 Mill. Stück ermittelt. Daran waren Heckenpflanzen (+ 66%), sonstige immergrüne Ziergehölze und Moorbeetpflanzen sowie Schling- und Kletterpflanzen (mit jeweils + 32%) maßgeblich beteiligt. Die Rosenanzucht wurde um annähernd 5% ausgeweitet.

Während bei den Forstpflanzen die Nadelgehölze nur geringfügig zunahmen, verzeichnete die Anzucht von Laubgehölzen, die in den letzten Jahren stark reduziert worden war, eine starke Bestandserweiterung um 16% auf fast 20 Mill. Stück. Mehr als ein Viertel aller Laubgehölze entfiel auf Rotbuche. rö

Im produzierenden Gewerbe jedes zweite Gebäude ein Fertigbau

Beim Neubau von Wirtschaftsgebäuden entscheidet sich das produzierende Gewerbe zunehmend für Fertigteilbauten. Im Jahre 1984 wurden für diese Bauherrengruppe 440 Nichtwohngebäude genehmigt. Davon war etwa die Hälfte in Fertigteilbauweise geplant. 1979 hatte diese Quote noch bei 42% gelegen. Sie weist seither eine steigende Tendenz auf. Der Schwerpunkt der Bauaktivitäten des produzierenden Gewerbes liegt bei Fabrik- und Werkstattgebäuden sowie bei Handels- und Lagerbauten. Hier wurden im vergangenen Jahr 51 bzw. 58% aller Vorhaben als Fertigbauten genehmigt. gr

kurz + aktuell

Ausländertourismus nahm in den ersten sieben Monaten 1985 deutlich zu

Von Januar bis Juli 1985 belief sich die Zahl der Gäste in den rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben auf 2,7 Millionen, die der Übernachtungen auf 9,9 Millionen. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der Besucher um 2,5% ab, während die der Übernachtungen unverändert blieb.

Ausländische Urlauber wählten in den ersten sieben Monaten 1985 Fremdenverkehrsorte in Rheinland-Pfalz in weit stärkerem Maße zum Reiseziel als im Vorjahr (Gäste + 6,4%, Übernachtungen + 11%). Am ausgeprägtesten erhöhte sich die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in den Fremdenverkehrsgebieten Hunsrück/Nahe/Glan (+ 26%) und Mosel/Saar (+ 13%). Für Rheinhessen wurde eine Steigerung um rund 10% ermittelt. sr

Exporte stiegen in den ersten acht Monaten 1985 um mehr als 10%

Im August 1985 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für über 2,2 Mrd. DM Güter ins Ausland. Das sind 5,5% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Unter den Exporten unseres Landes stiegen die Lieferungen von Endprodukten (+ 11%) und von gewerblichen Rohstoffen (+ 6,3%) überdurchschnittlich. Die Ausfuhren von Agrarerzeugnissen gingen um 11% zurück, die von gewerblichen Halbwaren um 2,4%.

Von Januar bis August 1985 exportierte Rheinland-Pfalz Waren für mehr als 20,5 Mrd. DM. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum entspricht dies einer Steigerung um 12%. pe

Auftragseingänge im September weiter angestiegen

Die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz nahmen im September um 10,2% gegenüber dem Vormonat zu. Die Inlandsbestellungen lagen um 7,4%, die Auslandsorder sogar um 15% höher. Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit + 14%. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe sowie das Investitionsgüter produzierende Gewerbe hatten Steigerungen von 11 bzw. 5,5%. Saisonbedingt erhöhte sich die Nachfrage der Schuhindustrie um 57%.

Gegenüber dem September des Vorjahres nahmen die Auftragseingänge um 6,5% zu (Inland + 3,4%, Ausland + 11,8%).

In den ersten neun Monaten des Jahres erhöhten sich die Aufträge um 4,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Nachfrage aus dem Inland verbesserte sich um 3,2%, aus dem Ausland um 7,7%. fu

Volkszählung 1987

Nach intensiven Beratungen hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das Gesetz über die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1987, kurz Volkszählungsgesetz genannt, beschlossen. Stichtag der Volkszählung ist der 25. Mai 1987. 17 Jahre nach der letzten „Inventur des Staates“ im Jahre 1970 werden dann erstmals wieder aktuelle Basisdaten für die Zukunftsplanung beispielsweise der Wirtschaft, der Bauwirtschaft, der Beschäftigungspolitik, der Umweltpolitik, der Rentenpolitik, der Verkehrsplanung und der Bildungspolitik erhoben. Dadurch ist die Volkszählung für jeden einzelnen Bürger von großer Bedeutung.

Nach dem neuen Volkszählungsgesetz kann jedermann sicher sein, daß der Schutz seiner Privatsphäre gewährleistet ist und die gemachten Angaben ausschließlich für statistische Zwecke verwendet werden. Jeder Bürger wird in den nächsten Monaten durch umfassende Unterrichtung über den Ablauf, die Organisation sowie Nutzen und Notwendigkeit der Volkszählung die Möglichkeit haben, sich detailliert über dieses „Gemeinschaftsunternehmen“ der Bürger, des Staates, der Länder und der Gemeinden zu informieren.

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987)

Vom 8. November 1985

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Art und Stichtag der Erhebung

(1) Nach dem Stand vom 25. Mai 1987 (Zählungsstichtag) werden flächendeckend eine Volks- und Berufszählung, eine Gebäude- und Wohnungszählung sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung) durchgeführt.

(2) Die Ergebnisse der Zählungen bilden Grundlagen für politische Entscheidungen in Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden auf den Gebieten Wirtschaft und Soziales, Wohnungswirtschaft, Raumordnung, Verkehr, Umwelt sowie Arbeitsmarkt und Bildungswesen. Die Zählungen vermitteln zugleich Grunddaten für das Gesamtsystem der amtlichen Statistik und sind Grundlage für die Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl von Bund, Ländern und Gemeinden durch die statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

(3) Mit der Gebäudezählung kann bis zu sechs Monaten vor dem Zählungsstichtag begonnen werden.

(4) Wiederholungsbefragungen zur Prüfung der Zuverlässigkeit der Ergebnisse sind mit einem Auswahl-satz bis zu 0,2 vom Hundert der Befragten bei den Erhebungsmerkmalen nach § 5 Nr. 1, 3 und 5 zulässig.

§ 2

Erhebungseinheiten

(1) Erhebungseinheiten sind Personen und Haushalte (Volks- und Berufszählung), Wohnungen (Wohnungszählung), Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte (Gebäudezählung) sowie nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung).

(2) Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt. Personen mit mehreren Wohnungen (§ 12 Melderechtsrahmengesetz – MRRG) sind in jeder Wohnung einem Haushalt zuzuordnen.

§ 3

Merkmale

(1) Die Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung erhebt Merkmale über persönliche und sachliche Verhältnisse, die zur statistischen Verwendung bestimmt sind (Erhebungsmerkmale) oder die, vorbehaltlich der Regelung in § 8 Abs. 2 und § 15 Abs. 5, der Durchführung der Zählung dienen (Hilfsmerkmale). Als Erhebungsmerkmal gilt auch die Blockseite (§ 15 Abs. 4 Satz 3).

(2) Die Erhebungsmerkmale dürfen auf die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmten Datenträger übernommen werden. Hilfsmerkmale dürfen auf die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmten

Datenträger übernommen werden, soweit dies nach § 15 Abs. 4 zugelassen ist oder soweit sie nach § 15 Abs. 5 verwendet werden dürfen.

§ 4

Laufende Nummern und Ordnungsnummern

Die auf den Erhebungsvordrucken ausgedruckten laufenden Nummern und die im Erhebungsverfahren zur Kennzeichnung statistischer Zusammenhänge verwendeten Nummern (Ordnungsnummern) dürfen auf die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmten Datenträger übernommen werden. Diese Nummern dürfen nur Angaben nach den §§ 5 bis 8 über Gebäude-, Wohnungs-, Haushalts- und Unternehmenszugehörigkeit enthalten.

§ 5

Erhebungsmerkmale der Volks- und Berufszählung

Erhebungsmerkmale der Volks- und Berufszählung sind:

1. Gemeinde; Nutzung der Wohnung als alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung (§ 12 MRRG); Wohnung, von der aus der Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte vorwiegend angetreten wird; Zahl der Personen im Haushalt; Gesamtzahl der Personen und Haushalte in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften; Wohnungs- und Haushaltszugehörigkeit; Geschlecht; Geburtsjahr; Geburtstag im Zeitraum 1. Januar bis 24. Mai oder 25. Mai bis 31. Dezember; Familienstand;
2. rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft (römisch-katholische Kirche; evangelische Kirche; evangelische Freikirche; jüdische Religionsgesellschaft; islamische Religionsgemeinschaft; andere nicht namentlich aufzuführende Religionsgesellschaften; keine rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft);
3. Staatsangehörigkeit (deutsch; griechisch; italienisch; übrige EG-Staaten; jugoslawisch; türkisch; sonstige Staatsangehörigkeit, keine Staatsangehörigkeit);
4. Art des überwiegenden Lebensunterhaltes (Erwerbs-, Berufstätigkeit; Arbeitslosengeld, -hilfe; Rente, Pension; eigenes Vermögen, Vermietung, Verpachtung, Altenteil; Unterhalt, Zuwendungen durch Eltern, Ehegatten oder andere; sonstige Unterstützungen);
5. Beteiligung am Erwerbsleben (Vollzeit- oder Teilzeittätigkeit; arbeitslos, arbeitsuchend; nicht erwerbstätig; den eigenen Haushalt führend; Schüler, Student);
6. bei Personen von 15 bis 65 Jahre: erlernter Beruf und Dauer der praktischen Berufsausbildung; höchster Schulabschluß an allgemeinbildenden Schulen; höchster Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule sowie Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses;
7. bei Erwerbstätigen sowie Schülern und Studenten: Gemeinde, Straße, Hausnummer der Arbeits- oder Ausbildungsstätte; hauptsächlich benutztes Ver-

kehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte;

8. bei Erwerbstätigen: Wirtschaftszweig des Betriebes; Stellung im Beruf (Facharbeiter; sonstiger Arbeiter; Angestellter; Auszubildender; Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstleistender; Selbständiger mit bezahlten Beschäftigten oder ohne bezahlte Beschäftigte; mithelfender Familienangehöriger); tatsächlich ausgeübte Tätigkeit; landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Neben-erwerbstätigkeit.

§ 6

Erhebungsmerkmale der Gebäude- und Wohnungszählung

(1) Erhebungsmerkmale der Gebäudezählung sind:

Gemeinde; Art des Gebäudes (Wohngebäude, sonstiges Gebäude mit Wohnraum, bewohnte Unterkunft, Wohnheim) und Baujahr; Eigentümer nach Personen oder Personengemeinschaften, Gemeinschaft von Wohnungseigentümern, gemeinnütziges, freies Wohnungsunternehmen, sonstige Eigentümer; Förderung von Wohnungen mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus; Zahl der Wohnungen und Arbeitsstätten im Gebäude.

(2) Erhebungsmerkmale der Wohnungszählung sind:

1. Gemeinde; Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter, Untermieter; Nutzung durch Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer, berufskonsularischer Vertretungen sowie der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik; Freizeitwohnung; Einzugsjahr des Haushalts; Ausstattung der Wohnung mit Küche, Koch-nische, Bad oder Dusche und WC; Art der Beheizung und der Heizenergie; Fläche der gesamten Wohnung; Zahl der Räume mit 6 und mehr qm und der davon untervermieteten oder gewerblich genutzten Räume; Förderung der Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus; Zahl der Haushalte und Arbeitsstätten in der Wohnung; Leerstehen und Dauer des Leerstehens der Wohnung;
2. bei vermieteten Wohnungen außerdem: Höhe der monatlichen Miete; Ermäßigung oder Wegfall der Miete; Nutzung als Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung.

§ 7

Erhebungsmerkmale der Arbeitsstättenzählung

Erhebungsmerkmale der Arbeitsstättenzählung sind:

1. bei allen Arbeitsstätten

- a) Gemeinde; Träger bei Anstalten oder Einrichtungen von Behörden, der Sozialversicherung, der Kirchen, Verbände und sonstigen Organisationen; Angaben über die wirtschaftliche Tätigkeit und für die Zuordnung zu den Wirtschaftszweigen; Eröffnungsjahr; Neuerrichtung oder Standortverlagerung innerhalb der Gemeinde oder aus einer anderen Gemeinde nach 1980; Niederlassungsart (einzige Arbeitsstätte, Haupt- oder Zweigniederlassung);

- b) jeweils nach Geschlecht: Zahl der tätigen Personen nach Stellung im Betrieb (tätige Inhaber; unbezahlt mithelfende Familienangehörige; Beamte, Richter, Beamtenanwärter; Angestellte; Facharbeiter; sonstige Arbeiter; Auszubildende); Zahl der Teilzeitbeschäftigten sowie Zahl der ausländischen Arbeitnehmer;
 - c) Angaben über Zahlung und Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres;
2. bei einzigen Arbeitsstätten oder Hauptniederlassungen außerdem
- a) Eintragung des Unternehmens in die Handwerksrolle für handwerkliche Haupt- oder Nebenbetriebe;
 - b) Rechtsform des Unternehmens;
3. bei Hauptniederlassungen zusätzlich zu den Angaben nach den Nummern 1 und 2
- a) für das ganze Unternehmen
Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit; Zahl der inländischen Zweigniederlassungen; jeweils nach Geschlecht: Zahl der tätigen Personen nach Stellung im Betrieb (tätige Inhaber, unbezahlt mithelfende Familienangehörige, Arbeitnehmer); Angaben über Zahlung und Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres;
 - b) für jede inländische Zweigniederlassung
Gemeinde; Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit; Zahl der tätigen Personen; Angaben über Zahlung und Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres;
4. bei Zweigniederlassungen
für das zugehörige Unternehmen
Gemeinde; Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit.

§ 8

Hilfsmerkmale

(1) Hilfsmerkmale sind:

- 1. bei der Volks- und Berufszählung:
Vor- und Familiennamen der Haushaltsmitglieder, Straße und Hausnummer; Name der Arbeits- oder Ausbildungsstätte; bei Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften Zahl der Personen, die dort ihre alleinige Wohnung haben;
- 2. bei der Gebäude- und Wohnungszählung:
Straße und Hausnummer des Gebäudes; Vor- und Familienname oder Bezeichnung des Eigentümers oder Verwalters; Gemeinde, Straße, Hausnummer des Eigentümers oder Verwalters; bei der Wohnungszählung zusätzlich Vor- und Familienname des Wohnungsinhabers;
- 3. bei der Arbeitsstättenzählung:
Name, Bezeichnung von Arbeitsstätten und Unternehmen; Straße und Hausnummer; Bearbeiter des Fragebogens;

- 4. bei den Nummern 1 bis 3 zusätzlich Telefonnummer.

(2) Die Hilfsmerkmale Straße und Hausnummer dürfen auch zur Bestimmung der Blockseite (§ 15 Abs. 4 Satz 3) und das Hilfsmerkmal Name der Arbeits- oder Ausbildungsstätte nach Absatz 1 Nr. 1 auch zur Überprüfung der Zuordnung der Erwerbstätigen zum Wirtschaftszweig verwendet werden.

§ 9

Erhebungsstellen

(1) Zur Durchführung der Zählungen werden Erhebungsstellen eingerichtet. Sie sind räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen. Es ist sicherzustellen, daß die Angaben in den Erhebungsvordrucken nicht für andere Aufgaben verwendet werden.

(2) Die in den Erhebungsstellen tätigen Personen dürfen die aus ihrer Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse über Auskunftspflichtige schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich ihrer Tätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Tätigkeit in den Erhebungsstellen.

(3) Die Bestimmung der Erhebungsstellen und das Nähere zur Ausführung des Absatzes 1 obliegt den Ländern. Sie können die Aufgaben der Erhebungsstellen auf die Gemeinden und Gemeindeverbände übertragen. Die Regelungen können durch Rechtsverordnung der Landesregierung getroffen werden.

§ 10

Zähler

(1) Für die Erhebung können ehrenamtliche Zähler eingesetzt werden. Sie sind von den Erhebungsstellen auszuwählen und zu bestellen.

(2) Zur Übernahme der Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr verpflichtet. Zu befreien ist, wem eine solche Tätigkeit aus gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen nicht zugemutet werden kann.

(3) Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, den Erhebungsstellen auf Anforderung Bedienstete zu benennen und für die Zählertätigkeit freizustellen; lebenswichtige Tätigkeiten öffentlicher Dienste dürfen nicht unterbrochen werden.

(4) Die Zähler dürfen die aus der Zählertätigkeit gewonnenen Erkenntnisse über Auskunftspflichtige nicht in anderen Verfahren oder für andere Zwecke verwenden. Sie sind auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses und zur Geheimhaltung auch solcher Erkenntnisse über Auskunftspflichtige schriftlich zu verpflichten, die gelegentlich der Zählertätigkeit gewonnen werden. Die Verpflichtung gilt auch nach Beendigung der Zählertätigkeit.

(5) Die Zähler müssen die Gewähr für Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Sie dürfen nicht eingesetzt werden

1. in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung (Nachbarschaft);
2. wenn auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit oder aus anderen Gründen zu besorgen ist, daß Erkenntnisse aus der Zählertätigkeit zu Lasten der Auskunftspflichtigen genutzt werden.

(6) Die Zähler sind verpflichtet, die Anweisungen der Erhebungsstellen zu befolgen. Bei der Ausübung ihrer Zählertätigkeit haben sich die Zähler auszuweisen; Wohnungen dürfen sie nur mit Zustimmung eines Verfügungsberechtigten betreten.

(7) Die Zähler sind berechtigt, in die Erhebungsvordrucke, soweit sie Voraussetzung für die ordnungsgemäße Durchführung der Zählertätigkeit sind, die Angaben über die Zahl der Personen im Haushalt, die Zahl der Haushalte und der Arbeitsstätten im Gebäude und in der Wohnung, die Zugehörigkeit zu ausländischen Streitkräften oder zu diplomatischen und berufskonsularischen Vertretungen oder zur Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik, das Leerstehen der Wohnung und die Hilfsmerkmale nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 (ohne Angabe des Namens der Arbeits- oder Ausbildungsstätte) und § 8 Abs. 1 Nr. 3 (ohne Angabe des Bearbeiters des Fragebogens) selbst einzutragen. Dies gilt auch für weitere Eintragungen in die Erhebungsvordrucke, wenn und soweit die Auskunftspflichtigen einverstanden sind.

(8) Die Zähler sind über ihre Rechte und Pflichten zu belehren.

(9) Die Erhebungsstellen zahlen den Zählern für die ehrenamtliche Tätigkeit eine Entschädigung, die als steuerfreie Aufwandsentschädigung im Sinne von § 3 Nr. 12 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes gilt.

§ 11

Datenübermittlungen an die Erhebungsstellen

(1) Zur Organisation der Zählung übermittelt die Meldebehörde der Erhebungsstelle auf Verlangen folgende im Melderegister gespeicherte Daten der Einwohner: Vor- und Familiennamen, Gemeinde, Straße, Hausnummer, Haupt- oder Nebenwohnung, Geburtsjahr und -monat, Geschlecht, Staatsangehörigkeit. Diese Daten, mit Ausnahme von Vor- und Familiennamen, können auch zur Vervollständigung der Angaben der Volks- und Berufszählung verwendet werden, soweit im Einzelfall eine Auskunft innerhalb von sechs Wochen nach dem Zählungstichtag nicht zu erreichen ist.

(2) Die für die Grundsteuer zuständigen Stellen der Gemeinden oder die für die Gebäudebrandversicherung zuständigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts teilen den Erhebungsstellen auf Anforderung Vor- und Familiennamen oder Bezeichnung sowie Gemeinde, Straße, Hausnummer der Eigentümer und Verwalter der nach § 2 Abs. 1 zu erhebenden Gebäude und Unterkünfte mit.

(3) Die für die Entgegennahme von Gewerbeanzeigen (§ 14 Abs. 1 Gewerbeordnung) zuständigen Stellen der Gemeinden übermitteln den Erhebungsstellen auf Verlangen Name, Bezeichnung, Straße und Hausnummer der Arbeitsstätten.

§ 12

Auskunftspflicht

(1) Auskunftspflichtig sind

1. bei der Volks- und Berufszählung:

a) alle Volljährigen oder einen eigenen Haushalt führenden Minderjährigen, auch für minderjährige Haushaltsmitglieder. Für volljährige Haushaltsmitglieder, die wegen einer Behinderung selbst nicht Auskunft geben können, ist jedes andere auskunftspflichtige Haushaltsmitglied auskunftspflichtig. In Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften ist der Leiter der Einrichtung auskunftspflichtig für Personen, die wegen einer Behinderung oder wegen Minderjährigkeit selbst nicht Auskunft geben können. Die Auskunftspflicht für Dritte erstreckt sich auf die Sachverhalte, die dem Auskunftspflichtigen bekannt sind. Sie entfällt, wenn die Auskünfte durch eine Vertrauensperson erteilt werden;

b) in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften: der Leiter der Einrichtung hinsichtlich der Gesamtzahl der Personen und der Zahl der Personen, die dort ihre alleinige Wohnung haben;

2. bei der Gebäudezählung:

der Eigentümer oder der Verwalter;

3. bei der Wohnungszählung:

die Wohnungsinhaber, ersatzweise die zu Nummer 2 Genannten;

4. bei der Arbeitsstättenzählung:

die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.

(2) Bei Beginn der Gebäudezählung vor dem Zählungstichtag (§ 1 Abs. 3) erstreckt sich die Auskunftspflicht auch auf die Angabe von Veränderungen, die bis zum Zählungstichtag eingetreten sind.

(3) Die Auskunftspflicht besteht auch bei den Wiederholungsbefragungen nach § 1 Abs. 4.

(4) Die Auskunftspflicht nach den Absätzen 1 und 3 besteht für Personen mit mehreren Wohnungen für jede Wohnung, für Personen in Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften ohne eigene Haushaltsführung nur für die Wohnungen außerhalb dieser Unterkünfte.

(5) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben keine aufschiebende Wirkung.

(6) Die Auskünfte über die Hilfsmerkmale Telefonnummer (§ 8 Abs. 1 Nr. 4) und Bearbeiter des Fragebogens (§ 8 Abs. 1 Nr. 3) sind freiwillig.

§ 13

Erhebungsvordrucke

(1) Die Erhebungsvordrucke können maschinenlesbar gestaltet werden. Sie dürfen keine Fragen über persönliche oder sachliche Verhältnisse enthalten, die über die Merkmale nach den §§ 5 bis 8 hinausgehen.

(2) Die in den Erhebungsvordrucken enthaltenen Fragen können mündlich gegenüber dem Zähler oder schriftlich beantwortet werden.

(3) Der Auskunftspflichtige kann bei der Volks- und Berufszählung wählen, ob er die in den Erhebungsvordrucke enthaltenen Fragen gemeinsam mit anderen Haushaltsmitgliedern oder für sich allein beantwortet.

(4) Bei schriftlicher Auskunftserteilung sind die ausgefüllten Erhebungsvordrucke unverzüglich dem Zähler auszuhändigen oder in verschlossenem Umschlag zu übergeben oder innerhalb einer Woche bei der Erhebungsstelle abzugeben oder dorthin zu übersenden. Im Fall der Übersendung können die Briefe bei der Deutschen Bundespost gebührenfrei eingeliefert werden, wenn sie sich in amtlichen Umschlägen befinden. Bei Inanspruchnahme einer besonderen Versendungsform hat der Absender den die jeweils gültige Briefgebühr übersteigenden Betrag zu tragen. Die Auskunft ist erteilt, sobald die ausgefüllten Erhebungsvordrucke der Erhebungsstelle zugegangen sind. Auf dem verschlossenen Umschlag sind Vor- und Familienname – bei Unternehmen und Arbeitsstätten Name und Bezeichnung –, Gemeinde, Straße und Hausnummer anzugeben. Enthält der verschlossene Umschlag Erhebungsvordrucke für mehrere Personen eines Haushalts, genügen auf dem Umschlag die Angaben eines auskunftspflichtigen Haushaltsmitgliedes.

(5) Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Zählertätigkeit sind die Angaben nach § 10 Abs. 7 Satz 1 auf Verlangen des Zählers mündlich, die Vor- und Familiennamen der übrigen Haushaltsmitglieder (§ 8 Abs. 1 Nr. 1) sowie der Vor- und Familienname des Wohnungsinhabers (§ 8 Abs. 1 Nr. 2) mündlich oder entsprechend Absatz 4 schriftlich mitzuteilen.

§ 14

Übermittlung und Veröffentlichung

(1) Für ausschließlich statistische Aufgaben dürfen den zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände Einzelangaben für ihren Zuständigkeitsbereich nur ohne Hilfsmerkmale übermittelt werden und nur insoweit, als die Einzelangaben auf Datenträger, die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmt sind, übernommen worden sind. Auf Anforderung der zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgt die Übermittlung auf der Grundlage von Blockseiten (§ 15 Abs. 4 Satz 3). Die Übermittlung ist nur zulässig, wenn durch Landesgesetz eine Trennung dieser Stellen von anderen kommunalen Verwaltungsstellen sichergestellt und das Statistikgeheimnis durch Organisation und Verfahren gewährleistet ist.

(2) Für die Weitergabe oder Veröffentlichung statistischer Ergebnisse in kleinräumiger Gliederung nach Blockseiten durch die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände gilt § 15 Abs. 4 Satz 4 entsprechend.

(3) Die nach Absatz 1 übermittelten Einzelangaben dürfen von den Empfängern nur für den Zweck verwendet werden, für den sie übermittelt wurden.

(4) Die Übermittlungen nach Absatz 1 sind nach Umfang, Empfänger, Verwendungszweck und Datum der Weitergabe von den statistischen Ämtern der Län-

der aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

(5) Über die Erhebungsmerkmale nach § 7 Nr. 1 Buchstabe b, gegliedert nach Art der wirtschaftlichen Tätigkeit der Arbeitsstätten und Unternehmen sowie über die Erhebungsmerkmale nach § 7 Nr. 3 Buchstaben a und b ohne Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres, dürfen statistische Ergebnisse in einer räumlichen Gliederung bis zur Ebene der Gemeinde von den statistischen Ämtern des Bundes, der Länder und den zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände auch veröffentlicht werden, soweit sie Einzelangaben enthalten. Das gleiche gilt für Gemeindeteile mit mindestens 50 Arbeitsstätten.

(6) Die statistischen Ämter der Länder leiten dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung Einzelangaben für Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke zu, wenn und soweit sie diese nicht selbst durchführen.

§ 15

Trennung und Löschung

(1) Die Hilfsmerkmale nach § 8 sind mit Ausnahme der Hilfsmerkmale Straße und Hausnummer sowie Name der Arbeits- oder Ausbildungsstätte nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 und Name, Bezeichnung von Unternehmen und Arbeitsstätten nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 unverzüglich nach Durchführung der Eingangskontrollen bei den statistischen Ämtern der Länder von den Erhebungsmerkmalen zu trennen und gesondert aufzubewahren.

(2) Die Erhebungsvordrucke einschließlich der Hilfsmerkmale sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes, zu vernichten. Die Absätze 4 und 5 bleiben unberührt.

(3) Die laufenden Nummern und die Ordnungsnummern nach § 4 sind zu löschen, sobald die Zusammenhänge zwischen Personen und Haushalt, Haushalt und Wohnung, Wohnung und Gebäude durch Nummern, die einen Rückgriff auf die Hilfsmerkmale und Ordnungsnummern ausschließen, festgehalten worden sind, spätestens zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes durch die statistischen Ämter der Länder. Dies gilt nicht für die laufenden Nummern der Arbeitsstättenbogen; sie sind spätestens sechs Jahre nach dem Stichtag der Volkszählung zu löschen.

(4) Die Hilfsmerkmale Straße und Hausnummer können gemeinsam mit den Erhebungsmerkmalen auf die für die maschinelle Weiterverarbeitung bestimmten Datenträger übernommen werden. Sie sind, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 5, zu löschen, sobald ihre Zugehörigkeit zu kleinräumigen Gliederungen festgelegt ist. Die unterste Ebene der kleinräumigen Gliederung, für die eine statistische Verwendung vorgesehen werden darf, ist innerhalb eines Gemeindegebiets die Seite mit gleicher Straßenbezeichnung von der durch Straßeneinmündungen oder vergleichbare Begrenzungen umschlossenen Fläche (Blockseite). Bei der Erstellung statistischer Ergebnisse in kleinräumiger Gliederung nach Blockseiten, die zur Weitergabe oder Veröf-

fentlichung bestimmt sind, müssen die Gliederungseinheiten Blockseite, soweit sie Einzelangaben enthalten, die dem Auskunftspflichtigen oder Betroffenen zuzuordnen sind, zu höheren Einheiten zusammengefaßt werden.

(5) Als Grundlage für Gebäude-, Wohnungs- und Bevölkerungsstichproben, die als Bundes- oder Landesstatistiken durchgeführt werden, dürfen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder die Zahl der Wohnungen und Personen, gegliedert nach Gemeinde, Straße und Hausnummer zur Ermittlung von Auswahlbezirken im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach mathematischen Zufallsverfahren nutzen. Diese Merkmale sind gesondert aufzubewahren. Die Auswahlbezirke für die Stichproben werden auf 20 vom Hundert begrenzt. Die Merkmale für diese Auswahlbezirke sind unverzüglich nach Zweckerfüllung zu löschen, spätestens zu dem Zeitpunkt, zu dem entsprechende Auswahlgrundlagen aus einer künftigen Zählung zur Verfügung stehen. Die Merkmale für die nicht benötigten 80 vom Hundert der Auswahlbezirke sind unverzüglich nach Festlegung der Auswahlbezirke nach Satz 3, spätestens drei Jahre nach dem Stichtag der Volkszählung, zu löschen. Aus der Arbeitsstättenzählung dürfen die statistischen Ämter für Wirtschafts-, Lohn- und Umweltstatistiken, die als Bundesstatistiken durchgeführt werden, und zur Aktualisierung der Kartei im Produzierenden Gewerbe (§ 12 des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe) jeweils für Unternehmen und Arbeitsstätten nutzen: Name, Bezeichnung; Gemeinde, Straße, Hausnummer; Zahl der tätigen Personen; Angaben über die wirtschaftliche Tätigkeit und für die Zuordnung zu den Wirtschaftszweigen sowie Angaben über Eintragungen in die Handwerksrolle. Die nicht zur Aktualisierung der Kartei im Produzierenden Gewerbe verwendeten Merkmale sind gesondert aufzubewahren und spätestens sechs Jahre nach dem Stichtag der Volkszählung zu löschen. Über die Löschungen haben die statistischen Ämter des Bundes und der Länder Aufzeichnungen zu führen, die mindestens fünf Jahre aufzubewahren sind.

(6) Datenträger, auf denen eine Übermittlung an die Erhebungsstellen nach § 11 erfolgt ist, sind gemeinsam mit den Erhebungsvordrucken an die statistischen Ämter der Länder für Zwecke der Festsetzung der amtlichen Bevölkerungszahl der Gemeinden weiterzuleiten. Sie sind dort gesondert aufzubewahren und zwei Wochen nach Feststellung der amtlichen Bevölkerungszahl des Landes zu vernichten.

§ 16

Unterrichtung

Die Auskunftspflichtigen sind schriftlich zu unterrichten über:

1. Zweck, Art und Umfang der Erhebung,
2. die Erhebungs- und Hilfsmerkmale (§ 3 Abs. 1),
3. die statistische Geheimhaltung,
4. die Auskunftspflicht und die verschiedenen Möglichkeiten ihr zu entsprechen (§§ 12, 13) und die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung (§ 12 Abs. 6),
5. den Ausschluß der aufschiebenden Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Anforderung zur Auskunftserteilung (§ 12 Abs. 5),

6. die Möglichkeiten der Übermittlung und Veröffentlichung (§ 14),
7. die Trennung und Löschung (§ 15) und
8. die Rechte und Pflichten der Zähler (§ 10, § 13 Abs. 2 und 5).

§ 17

Verbot der Reidentifizierung

(1) Die auf Grund dieses Gesetzes erhobenen Merkmale einschließlich der Blockseite (§ 15 Abs. 4 Satz 3) dienen ausschließlich statistischen Zwecken.

(2) Eine Zusammenführung von Merkmalen nach Absatz 1 oder von solchen Merkmalen mit Daten aus anderen statistischen Erhebungen zum Zweck der Herstellung eines Personenbezugs außerhalb der statistischen Aufgabenstellung dieses Gesetzes ist untersagt.

§ 18

Strafvorschrift

Wer entgegen § 17 Abs. 2 Merkmale oder Daten zusammenführt, sobald die Merkmale nach § 17 Abs. 1 auf für maschinelle Weiterverarbeitung bestimmte Datenträger übernommen worden sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

§ 19

Finanzzuweisung

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz auferlegt werden, eine Finanzzuweisung in Höhe von 4,50 Deutsche Mark je Einwohner. Maßgebend ist die Bevölkerungszahl, die das Statistische Bundesamt für den 25. Mai 1987 feststellt. Die Finanzzuweisung ist in zwei Teilbeträgen, am 1. Juli 1987 und am 1. Juli 1988, zu zahlen.

§ 20

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 21

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Volkszählungsgesetz 1983 vom 25. März 1982 (BGBl. I S. 369) außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 8. November 1985

Der Bundespräsident
Weizsäcker

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister des Innern
Dr. Zimmermann

Entwicklung der Geburtenhäufigkeit

Ein zeitlicher und regionaler Vergleich

Babyboom in den 60er Jahren

Die größte Zahl von Lebendgeborenen, die in Rheinland-Pfalz jemals beobachtet werden konnte, fiel in das Jahr 1963. Nahezu 68 000 Neugeborene erblickten in diesem Jahr das Licht der Welt. Dem Babyboom der 60er Jahre folgte ein ganz erheblicher Rückgang der jährlichen Anzahl der Geborenen. Der vorläufige Tiefststand war 1977 mit etwas mehr als 34 000 Geburten zu verzeichnen. Seit Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich das niedrigste Geburtenniveau. Derzeit werden nur etwa zwei Drittel der Kinder geboren, die für eine Bestandserhaltung der Bevölkerung langfristig erforderlich wären.

In jüngster Zeit ist eine relativ große Zunahme von jungen Menschen im heiratsüblichen Alter zu verzeichnen, die auch in den kommenden Jahren anhalten wird. Die Anzahl der 20- bis 25jährigen lag 1970 noch bei 210 700, stieg bis 1980 auf 285 300 und betrug 1984 rund 321 700. Für die vergangenen Jahre errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von über 3%. Die Zahl der Eheschließungen zeigt jedoch insgesamt gesehen negative Tendenzen, wenngleich in den letzten Jahren auch geringere zwischenzeitliche Zunahmen zu verzeichnen waren. Auch wenn man bedenkt, daß immer mehr Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften zur Welt kommen, sprechen die zu beobachtenden Tendenzen recht deutlich dafür, daß die Neigung, Kinder zu bekommen, in starkem Maße gesunken ist. Die Anzahl der Geborenen fiel insgesamt erheblich niedriger aus, als aufgrund der Altersstrukturentwicklung der Bevölkerung in den letzten Jahren zu erwarten gewesen wäre.

Fruchtbarkeitsziffern zum Vergleich des generativen Verhaltens

Die Geburtenzahl hängt in starkem Ausmaß von der Alterszusammensetzung der Bevölkerung ab. So ist die Anzahl der Geborenen — unter sonst gleichen Bedingungen — umso größer, je größer die Zahl der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter ist. Die Altersstruktur ist jedoch regional sehr unterschiedlich und ändert sich auch im Zeitablauf. Daher ist ein Vergleich der allgemeinen Geburtenziffern, also der Geborenenzahlen bezogen auf 1 000 Einwohner, zur Beurteilung der Fruchtbarkeit wenig aussagekräftig. Die Vergleichbarkeit wird durch die Berechnung altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern ermöglicht, die die Anzahl der Lebendgeborenen nach dem Alter der Mutter auf jeweils 1 000 Frauen des gleichen Alters beziehen.

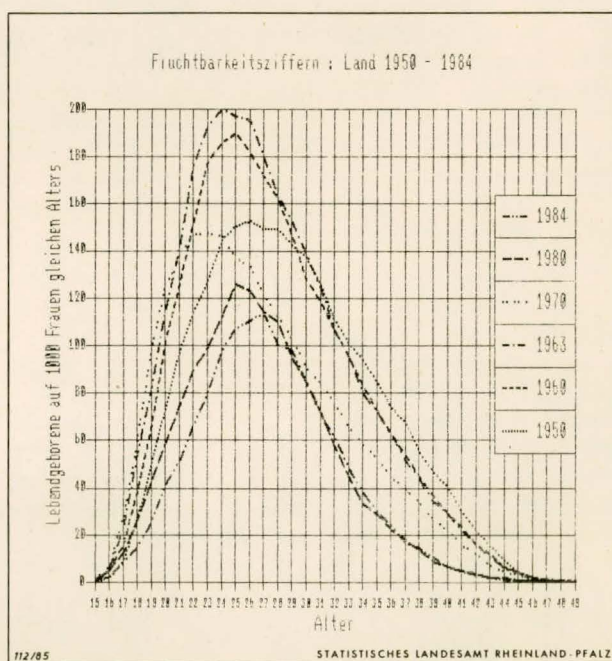
So wurden 1984 die relativ meisten Kinder von 27-jährigen Frauen geboren. Unter 1 000 Frauen dieses Alters waren 114 Geburten zu verzeichnen gewesen.

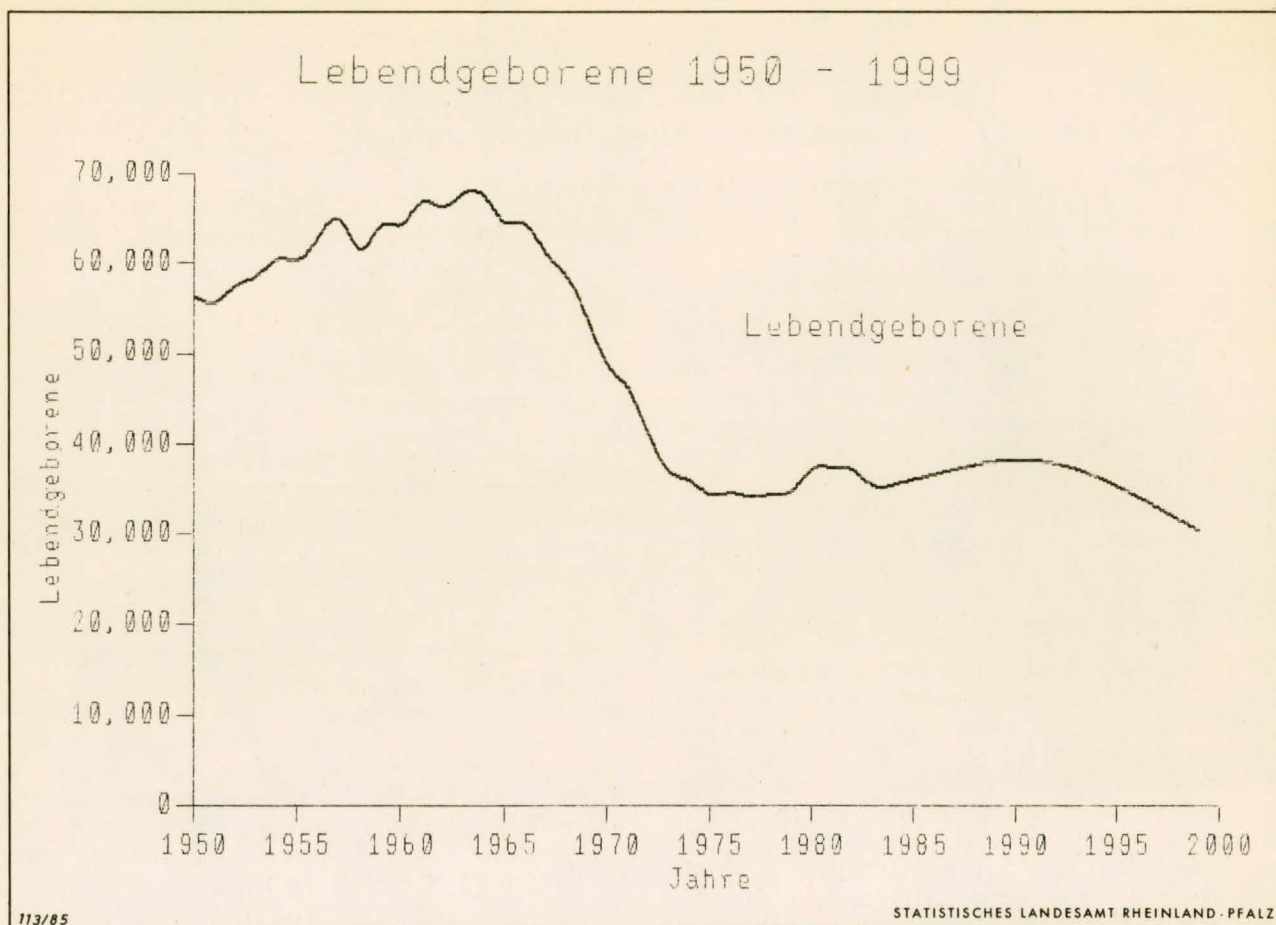
Von 1 000 26jährigen Frauen brachten 110 ein Kind zur Welt, bei den 25jährigen waren es 107. Relativ hohe Fruchtbarkeitsziffern wurden auch für die 28-jährigen (100) sowie die 24- und 29jährigen (jeweils 98) errechnet.

Am anschaulichsten läßt sich die Entwicklung anhand einer grafischen Darstellung verfolgen, die alle Altersjahre berücksichtigt. Hier ist deutlich der nach 1963 insgesamt stark abnehmende Trend zu erkennen. Ferner läßt sich eine leichte Altersverschiebung dahingehend beobachten, daß die Frauen eher in etwas gereifterem Alter ihre Kinder bekommen.

Bildet man die Summe der einzelnen altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern, so erhält man den sogenannten Gesamtindex der Fruchtbarkeit. Dies ist eine Maßzahl, die unabhängig vom Altersaufbau der Bevölkerung ist, und damit unmittelbar zeitliche und regionale Vergleiche der Fruchtbarkeit ermöglicht. Dieser Index hat 1984 mit 1 327 einen Wert erreicht, der gerade noch gut die Hälfte des Wertes von 1960 ausmacht. Im Jahre 1970 lag der Gesamtindex noch bei 2 136, bis 1975 sank er auf 1 460.

Das Jahr 1963, das die bislang höchste Geburtenzahl aufzuweisen hatte, konnte gleichzeitig auch die insgesamt gesehen größte Fruchtbarkeit verzeichnen. Für den Gesamtindex errechnete sich hier ein Wert von 2 769. Auch die höchste jemals beobachtete einzelne altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer fiel in das Jahr 1963. Jede fünfte 24jährige Frau brachte in diesem Jahr ein Kind zur Welt. Aber auch die Fruchtbarkeitsziffern der meisten anderen Frauenjahrgänge lagen über denen anderer Kalenderjahre.





Verlagerung der Geburten auf höhere Altersjahre

Die geburtenfreudigsten Altersjahrgänge waren von 1955 bis 1961 die 25jährigen, von 1962 bis 1966 die 24jährigen. In den Jahren 1967 bis 1971 wurden die – relativ gesehen – meisten Kinder von 22- oder 23jährigen Frauen zur Welt gebracht. Seitdem zeigt sich eine tendenzielle Verschiebung zu höheren Altersjahren, die sicherlich zu einem beträchtlichen Teil daraus resultiert, daß durch die zunehmende Verbreitung von neuen und effektiven Kontrazeptiva seit den späten 60er Jahren eine weitgehende Einflußnahme auf den Zeitpunkt der Geburten ermöglicht wird. 1972 bis 1974 lag die höchste Geburtenrate bei den 24jährigen, 1975 bis 1981 bei den 25- und 26jährigen. Schließlich zeigen die Werte der aktuellsten Kalenderjahre die größte Geburtenhäufigkeit für die 26- und 27jährigen an.

Inwieweit die in den letzten Jahren zu beobachtende ständige Abnahme der Fruchtbarkeitsziffern eine weitere Verlagerung der Geburten auf höhere Altersjahre beinhaltet, ist aus den Zahlen nicht abzulesen. Eine erneute Zunahme der Geburtenraten liegt jedoch durchaus im Bereich des Möglichen. Da die Anzahl junger Menschen im heiratsüblichen Alter noch zunehmen wird, wird die Anzahl der Geborenen in allernächster Zukunft vermutlich ohnehin noch ansteigen. Die jüngste Bevölkerungsprognose auf Basis des Jahres 1984 errechnet einen Zuwachs noch bis zum Jahre 1990. Insgesamt 38 200 Geborene werden für dieses Jahr vorausgeschätzt, gegenüber 35 500 im Basisjahr. Für das letzte Prognosejahr 1999

sind jedoch nur noch 30 350 Neugeborene zu erwarten.

Bevölkerungsrückgang durch Geburtendefizit

Die Tatsache, ob eine Bevölkerung wächst oder schrumpft, wird – sieht man von den Wanderungen einmal ab – allein durch das Verhältnis bestimmt, das Geburten und Sterbefälle zueinander aufweisen. Das Geburtenverhalten ist also eine entscheidende Determinante für das Bevölkerungswachstum. Ist die Zahl der Geborenen größer als die der Sterbefälle, liegt also ein Geborenenüberschuß vor, so nimmt der Umfang der Bevölkerung zu. Übersteigt hingegen die Zahl der Sterbefälle die der Geborenen, so liegt ein Gestorbenenüberschuß vor, der ein Absinken der Bevölkerungszahl bewirkt.

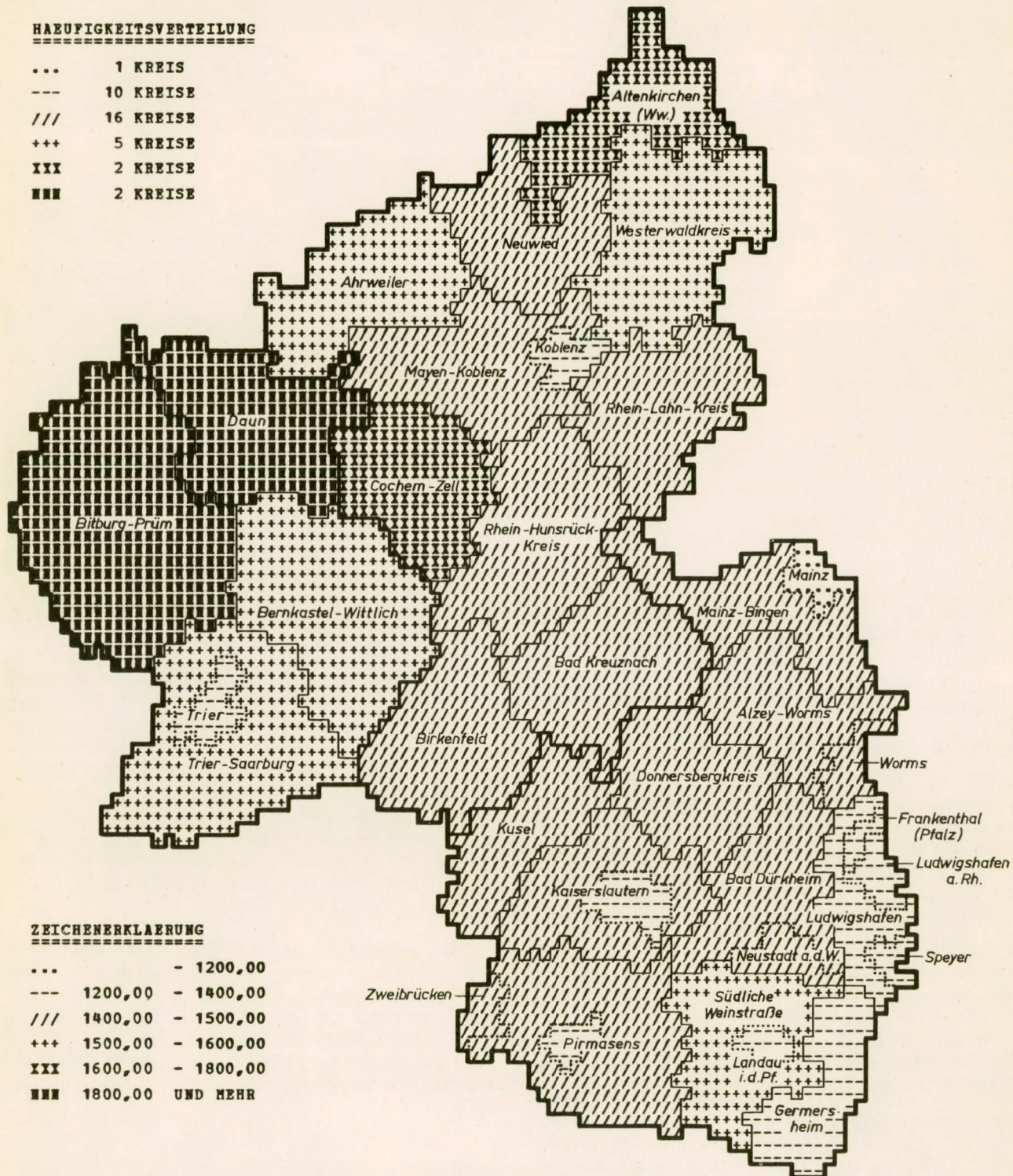
Bis 1971 konnten stets mehr Lebendgeborene als Gestorbene registriert werden. Der Geborenenüberschuß bewegte sich in den Jahren von 1950 bis 1966 zwischen etwa 22 000 und nahezu 29 000. Danach setzte ein rapider Rückgang ein, der erstmals 1972 zu einem Geburtendefizit führte. In diesem Jahr überstieg die Zahl der Gestorbenen die der Geborenen um etwa 2 900. 1975 und 1976 stieg der Gestorbenenüberschuß auf über 10 000 an.

Für den gesamten Vorausschätzungszeitraum ist auf Landesebene ein Gestorbenenüberschuß zu erwarten. Im Basisjahr 1984 war die Zahl der Sterbefälle um 7 400 größer als die der Geborenen. Nach der Prognose wird dieser Wert bis zum Ende des

Gesamtindex der Fruchtbarkeit (Durchschnitt 1980-1984)

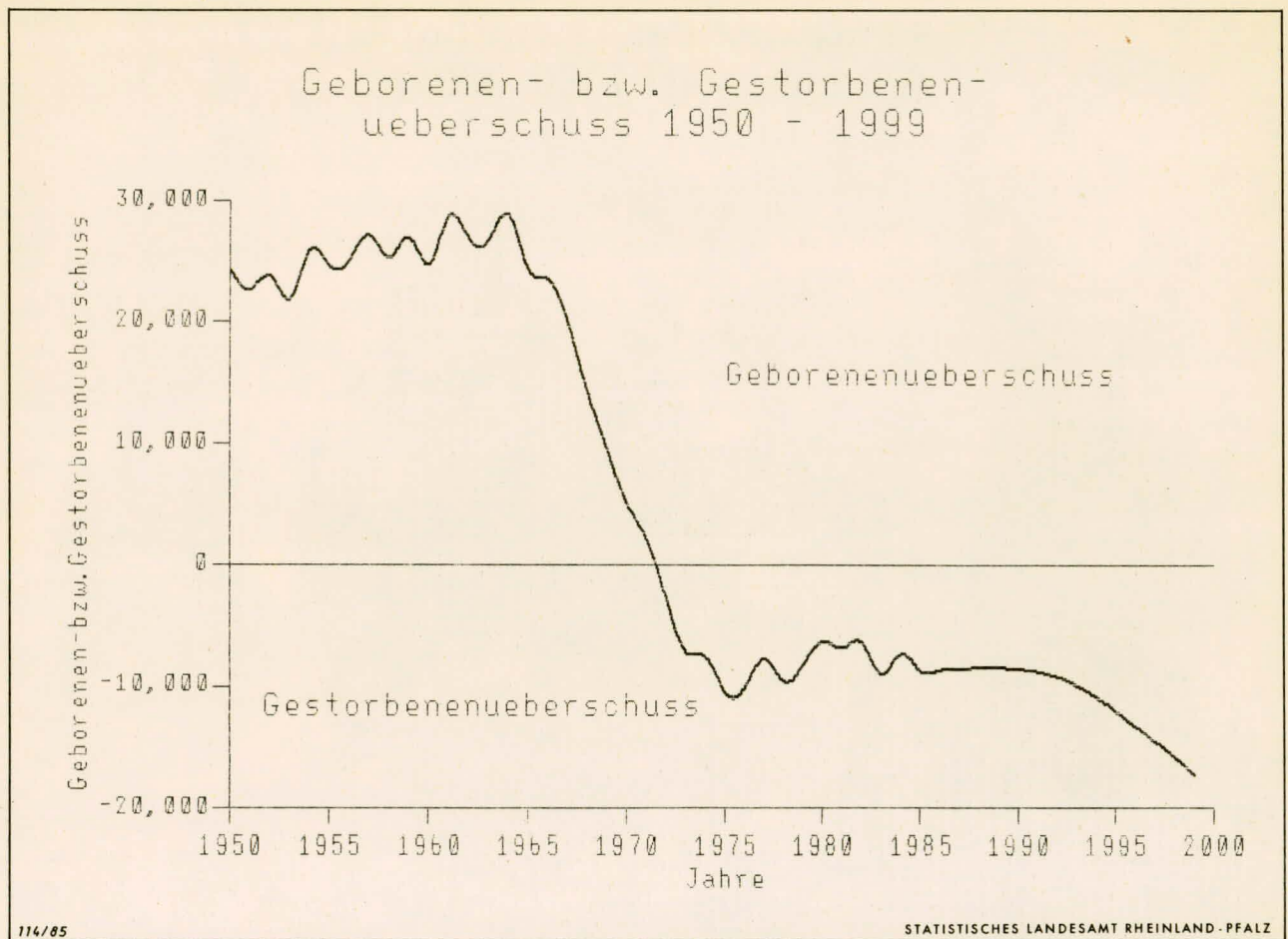
HÄUFIGKEITSVERTEILUNG

...	1 KREIS
---	10 KREISE
///	16 KREISE
+++	5 KREISE
XXX	2 KREISE
HHH	2 KREISE



ZEICHENERKLÄRUNG

...	- 1200,00
---	1200,00 - 1400,00
///	1400,00 - 1500,00
+++	1500,00 - 1600,00
XXX	1600,00 - 1800,00
HHH	1800,00 UND MEHR



Prognosezeitraums auf 17 300 ansteigen. Das bedeutet, daß die Bevölkerung in diesem Jahr – sieht man von den Wanderungen ab – um mehr als 17 000 Personen abnimmt.

Hohe Fruchtbarkeit in der Eifel

Ein regionaler Vergleich des Geburtenverhaltens wird dadurch erschwert, daß die Datenbasis für kleinere regionale Einheiten unter Umständen zu schmal wird und damit zu sehr von Zufälligkeiten belastet wird. Daher ist für die Ableitung stabiler Aussagen die Betrachtung größerer Gebiete oder eine Zusammenfassung mehrerer Kalenderjahre erforderlich.

Ein Vergleich des Gesamtindex der Fruchtbarkeit auf Kreisebene gewährleistet bei einer Betrachtung des Durchschnitts von 1980 bis 1984 hinreichend stabile Ergebnisse. Es ist jedoch zu bedenken, daß sich innerhalb dieses Zeitraums regional unterschiedliche Entwicklungen vollzogen haben können, die durch die Durchschnittsbildung verdeckt werden.

Die Berechnungen ergaben für die Landkreise Daun und Bitburg-Prüm mit Werten von 1 960 bzw. 1 830 die größte Fruchtbarkeit. Auch in den Kreisen Cochem-Zell (1 750) und Altenkirchen (1 620) ist der Wunsch nach Kindern relativ groß. Der kleinste Gesamtindex wurde für Mainz (1 010) errechnet, ein Ausdruck des vom Bevölkerungsdurchschnitt abweichenden generativen Verhaltens der Studenten der dortigen großen Universität. Auch Koblenz (1 200)

weist eine vergleichsweise geringe Fruchtbarkeit auf, der Abstand zu Mainz ist jedoch sehr deutlich.

Der Gesamtindex allein sagt noch nichts über die tatsächlich realisierte Kinderzahl aus. Vielmehr ist auch die in einem Kreis vorliegende Altersstruktur von entscheidender Bedeutung. Ein regionaler Vergleich der auf die Bevölkerung bezogenen Geborenenzahlen ergibt im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1984 die größten Werte für die Kreise Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg und Germersheim. Elf und mehr Kinder je 1 000 Einwohner erblickten dort das Licht der Welt. In den Städten Koblenz und Pirmasens waren es hingegen weniger als neun.

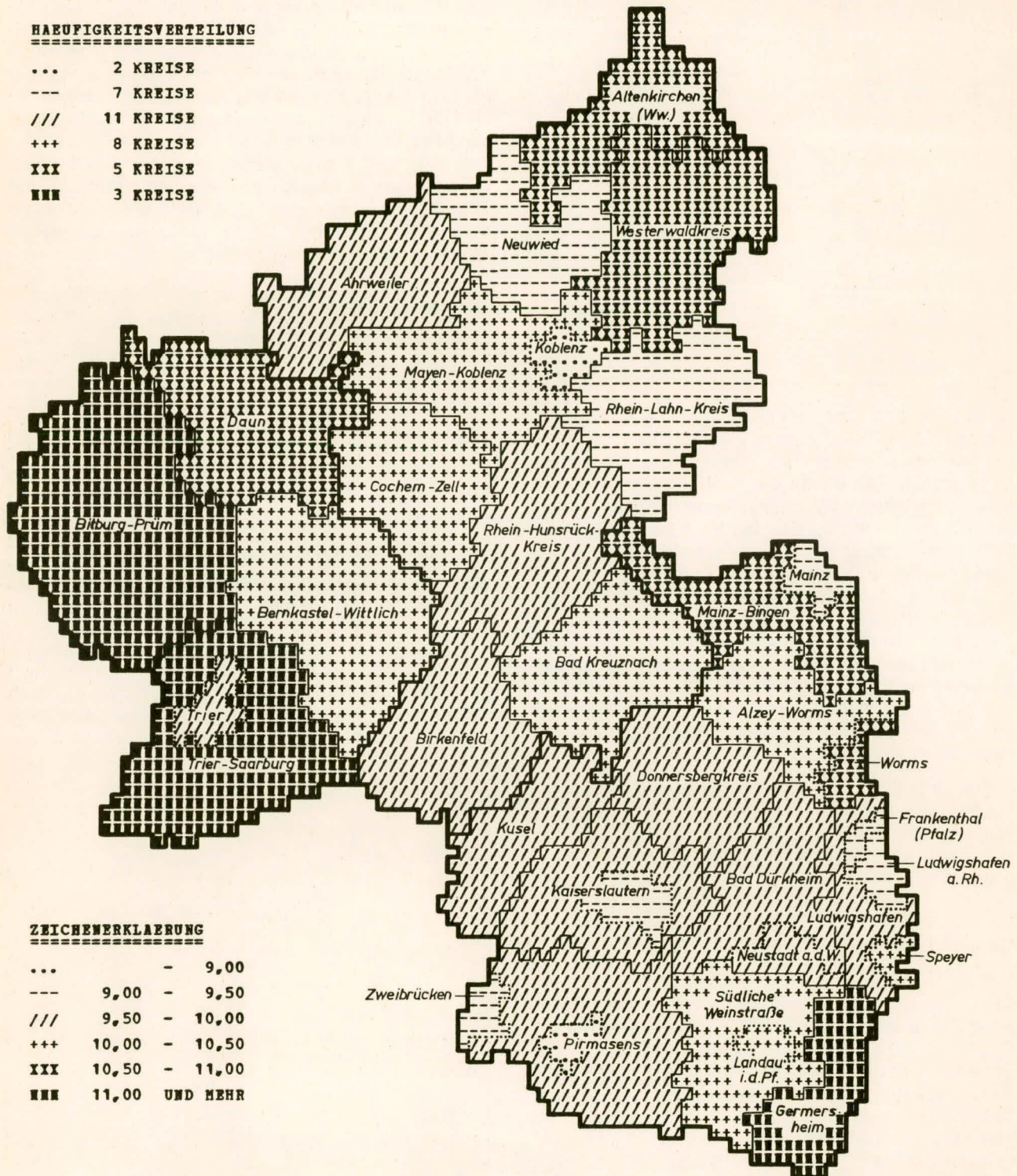
Sehr anschaulich läßt sich die Fruchtbarkeit auch anhand entsprechender Kurvendiagramme, die alle Altersjahre explizit berücksichtigen, beurteilen. Bei einem derartigen Vergleich für alle 36 Verwaltungsbezirke wäre jedoch die Übersichtlichkeit wegen der Vielzahl regionaler Einheiten stark beeinträchtigt. Für größere Gebiete ist ein Vergleich hingegen gut möglich.

Von den fünf Planungsregionen hat Trier insgesamt die größte Fruchtbarkeit aufzuweisen. Alle Fruchtbarkeitsziffern ab dem Altersjahr 25 liegen – größtenteils deutlich – über den Werten für die anderen Regionen. Lediglich Frauen jüngerer Alters brachten in der Westpfalz, vereinzelt auch in der Region Mittelrhein-Westerwald, – bezogen auf die Bevölkerungszahl – mehr Kinder zur Welt. Die Unter-

Geborene auf 1 000 Einwohner (Durchschnitt 1982-1984)

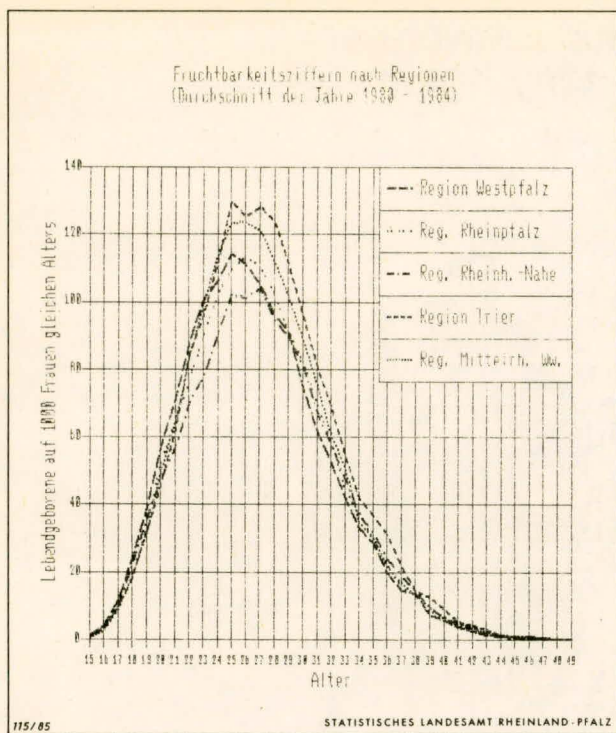
HÄUFIGKEITSVERTEILUNG

...	2 KREISE
---	7 KREISE
///	11 KREISE
+++	8 KREISE
XXX	5 KREISE
HHH	3 KREISE



ZEICHENERKLÄRUNG

...	-	9,00
---	9,00	- 9,50
///	9,50	- 10,00
+++	10,00	- 10,50
XXX	10,50	- 11,00
HHH	11,00	UND MEHR



schiede sind hier jedoch gering, kommen auch für die Gesamtzahl der Geburten nur wenig zum Tragen, da Frauen dieses Alters noch relativ wenig Kinder bekommen. Die Region mit der zweitgrößten Fruchtbarkeit ist Mittelrhein-Westerwald, wobei die Unterschiede am deutlichsten in den fruchtbarsten Frauenjahrgängen von etwa 24 bis 30 Jahren zu erkennen sind. Die Region Westpfalz und Rheinpfalz sind hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit etwa gleich einzustufen, in dem betrachteten Zeitraum war jedoch zu beobachten, daß in der Westpfalz tendenziell eher jüngere Frauen die Kinder bekommen. Die insgesamt gesehen niedrigste Fruchtbarkeit war für Rheinhessen-Nahe zu beobachten; die Geburtenhäufigkeit von Frauen ab etwa 30 Jahren unterschied sich jedoch kaum von der in den anderen Regionen.

Ein Vergleich nach den Regierungsbezirken weist für Rheinhessen-Pfalz eine unter dem Landesdurchschnitt liegende Fruchtbarkeit aus, während die Bezirke Koblenz und Trier insgesamt gesehen darüber liegen.

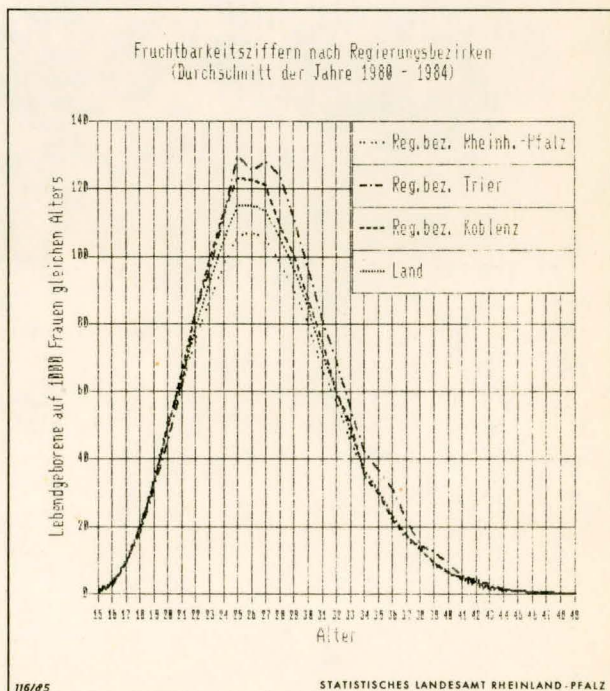
Geringe Fruchtbarkeit in Mainz und Koblenz

Eine Klassifizierung der Kreise und kreisfreien Städte hinsichtlich der Fruchtbarkeit erscheint anhand der gesamten Kurvendigramme kaum möglich. Greift man aber nur jeweils den Jahrgang mit der größten Geburtenhäufigkeit heraus und nimmt eine Untergliederung in fünf Gruppen unterschiedlicher Geburtenintensität vor, so läßt sich folgendes feststellen. Die mit Abstand geringste Fruchtbarkeit entfällt auf die Stadt Mainz (erste Gruppe). Dort brachten im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1984 die 27-jährigen Frauen die meisten Kinder zur Welt; es waren jährlich 75, bezogen auf 1 000 Frauen dieses Alters. Die Gruppe mit der höchsten Fruchtbarkeit, die einen Maximalwert von etwa 170 Neugeborenen auf

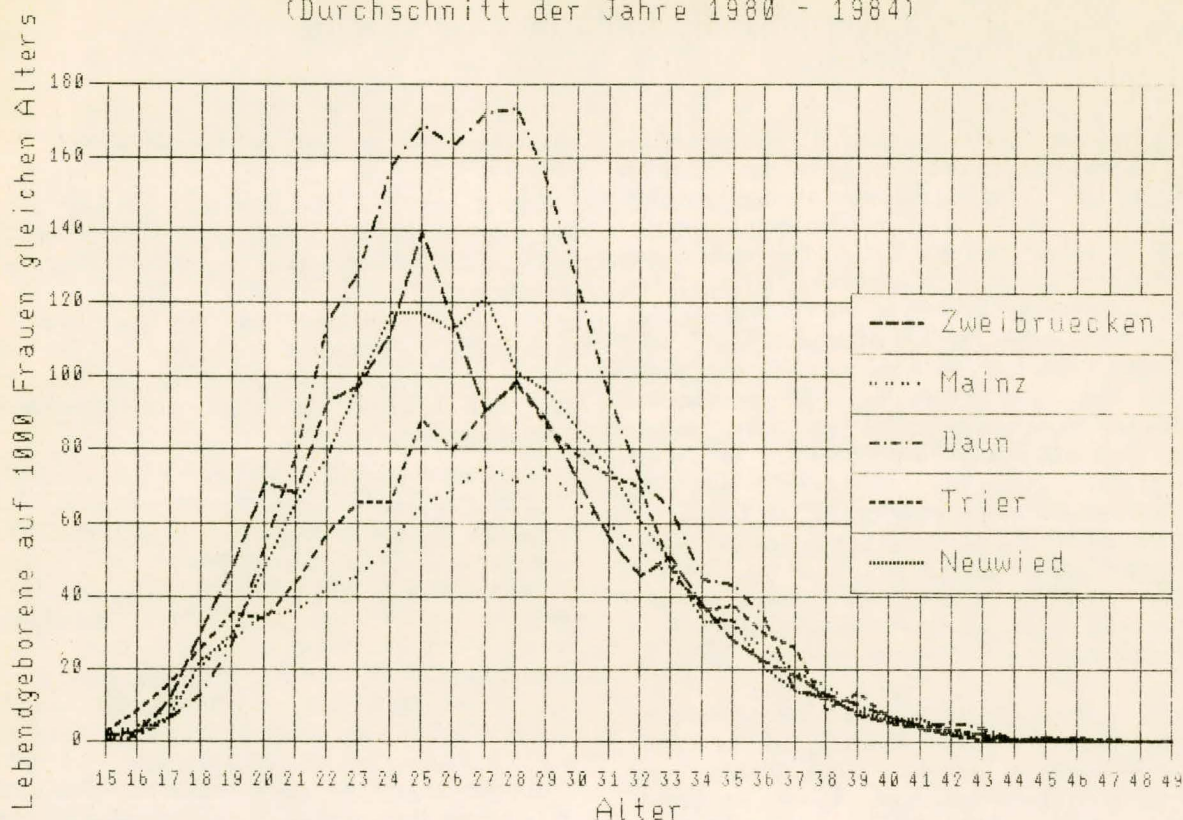
jeweils 1 000 Frauen gleichen Alters aufweist, enthält die Kreise Daun, Bitburg-Prüm und Cochem-Zell. Relativ niedrige Fruchtbarkeitsziffern, mit Höchstwerten unter 100 (zweite Gruppe) waren für die kreisfreien Städte Koblenz, Trier, Kaiserslautern und Landau zu verzeichnen. Maximalwerte zwischen etwa 100 und 115 Geborenen je 1 000 Frauen entsprechenden Alters (dritte Gruppe) betrafen die kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz, mit Ausnahme von Mainz, Kaiserslautern, Landau und Zweibrücken. Die umfangreichste Gruppe mit maximalen Fruchtbarkeitsziffern zwischen etwa 115 und 140 enthält 22 der 36 Verwaltungsbezirke des Landes. Es sind die Landkreise der Regierungsbezirke Rheinhessen-Pfalz und Koblenz, mit Ausnahme von Cochem-Zell. Darüber hinaus verzeichnen die Stadt Zweibrücken sowie die Kreise Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg mit rund 140 Geborenen je 1 000 Frauen gleichen Alters Werte, die an der Obergrenze dieser Gruppe liegen.

Charakteristisch ist, daß es keinen eindeutig ausgeprägten Höchstwert gibt, sondern daß vielmehr jeweils zwei lokale Maxima in unmittelbarer Nachbarschaft vorliegen. So sind beispielsweise in der Stadt Trier die relativ meisten Kinder von 28-jährigen Frauen geboren worden, aber auch bei den 25-jährigen Frauen ist ein Extremwert zu vermerken. In Zweibrücken war die höchste Fruchtbarkeitsziffer für die 25-jährigen zu verzeichnen, mit zunehmendem Alter nehmen die Werte dann zunächst ab, steigen jedoch für das Alter 28 erneut an. Ähnliche Verhältnisse sind für die meisten Verwaltungsbezirke recht deutlich zu erkennen. Für höher aggregierte regionale Einheiten ist dieses Phänomen wegen entsprechender Überlagerungen kaum noch oder gar nicht mehr zu erkennen.

Eine unmittelbare Erklärung für dieses Phänomen zu finden, erscheint relativ schwierig. Es kann jedoch vermutet werden, daß hier die Geburtenfolge eine



Fruchtbarkeitsziffern nach Verwaltungsbezirken
(Durchschnitt der Jahre 1980 - 1984)



117/85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

Rolle spielt. Die getrennte Berechnung von Fruchtbarkeitsziffern für Erstkinder, Zweitkinder usw. könnte zu einer Lösung dieser Frage beitragen.

Weitere Erkenntnisse durch Kohortenanalyse

Gegenstand der bisherigen Betrachtung war die Berechnung von Fruchtbarkeitsziffern für jeweils feste Kalenderjahre. Es wurden also Periodendaten abgeleitet, die Aussagen über das Geburtenverhalten zu bestimmten Zeitpunkten machen. Insbesondere im Hinblick auf die noch zu erwartende zukünftige Geburtenentwicklung kann die Betrachtung der bisherigen Geburtenintensität jeweils bestimmter Frauenjahrgänge aufschlußreich sein. Eine solche Kohortenanalyse kann mitunter zu anderen Ergebnissen als eine Periodenanalyse führen. So sind beispielsweise die derzeitigen Fruchtbarkeitsziffern 25jähriger Frauen, die heute vielfach noch nicht ihr erstes Kind geboren haben, anders als etwa in den 60er Jahren zu

beurteilen. Damals hatten viele 25jährige schon eine oder zwei Geburten hinter sich.

Dinkel¹⁾ stellt fest, daß zeitliche Veränderungen in den Fruchtbarkeitsziffern teilweise auf Verschiebungen der Geburten zwischen den Altersstufen zurückzuführen sind, die schließlich keine Veränderung der Gesamtzahl sondern lediglich der zeitlichen Verteilung der Geburten bewirken. So sei der Geburtenboom der 60er Jahre zum Teil auch dadurch bedingt, daß einige Jahrgänge ihre Geburten (ungeplant) vorverschoben. Die gegen Ende der 60er Jahre auftretenden Kontrazeptiva ermöglichten dann ein planvolles Verschieben der Geburten auf höhere Altersjahre. Beide Effekte zusammen betrachtet seien schließlich zu einem großen Teil für den erheblichen Einbruch bei der Geburtenentwicklung verantwortlich gewesen.

Allgemein läßt sich feststellen, daß Schwankungen in der Geburtenentwicklung im Zeitablauf teilweise durch Vor- und Rückverschiebungen der Geburten erklärbar sind. Die endgültige Kinderzahl eines Frauenjahrgangs schwankt weitaus geringer als die Fruchtbarkeit bei periodischer Betrachtung.

Diplom-Ökonom G. Ickler

¹⁾ R. Dinkel: Die Auswirkungen eines Geburten- und Bevölkerungsrückgangs auf Entwicklung und Ausgestaltung von gesetzlicher Alterssicherung und Familienlastenausgleich, Berlin 1984.

Kommunale Gebührenhaushalte

Die Gemeinden haben zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben verschiedene Einnahmequellen. Die Grundsätze der Einnahmebeschaffung sind in der Gemeindeordnung enthalten. Hier ist festgelegt, daß die Gemeinde Abgaben, das heißt Steuern, Gebühren und Beiträge, erhebt. Diese Abgaben sind insbesondere in den Realsteuergesetzen (Grundsteuergesetz, Gewerbesteuerengesetz), dem Landesgebühren- und Kommunalabgabengesetz, dem Bundesbaugesetz, dem Vergnügungssteuer- und Hundesteuergesetz geregelt. Darüber hinaus gibt die Gemeindeordnung eine Reihenfolge für die Einnahmebeschaffung insofern vor, als die Gemeinde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für ihre Leistungen und im übrigen aus Steuern zu beschaffen hat, soweit die sonstigen Einnahmen, zum Beispiel aus dem Finanzausgleich, nicht ausreichen. Im folgenden werden nur die Gebühren untersucht.

Es ist zu unterscheiden zwischen Benutzungs- und Verwaltungsgebühren. Das Recht, Benutzungsgebühren zu erheben, ist den rheinland-pfälzischen Kommunen durch das Kommunalabgabengesetz vom 2. September 1977 (GVBl. S. 305) eingeräumt. Das Kommunalabgabengesetz ermächtigt die Gemeinden in § 7, für die Benutzung der von ihnen unterhaltenen öffentlichen Einrichtungen aufgrund einer Satzung Benutzungsgebühren zu erheben. Dabei sollen die Gebührensätze so bemessen sein, daß sie die Kosten der Einrichtung decken. Die Erhebung von Verwaltungsgebühren wird im Landesgebührengesetz vom 3. Dezember 1974 (GVBl. S. 578) abschließend geregelt. Sie werden erhoben für besondere öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit. Bei der Bemessung der Verwaltungsgebührensätze sind jedoch nicht allein die Kosten der Verwaltung maßgebend, sondern es soll zwischen der Höhe der Gebühr einerseits und der Bedeutung, dem wirtschaftlichen Wert oder dem sonstigen Nutzen der Amtshandlung für den Kostenschuldner andererseits ein angemessenes Verhältnis bestehen.

Mit der Gebührenerhebung soll erreicht werden, daß für eine konkrete Leistung ein Entgelt in Form einer Gebühr als Gegenleistung zu zahlen ist. Gebühren fallen deshalb regelmäßig an für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen (zum Beispiel Genehmigungen, Bauüberwachung, Beglaubigungen, Mahnungen) und für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen (zum Beispiel Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Straßenreinigung) sowie für die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen (zum Beispiel für Lieferung von Strom, Gas, Wasser). Der im folgenden gebrauchte Begriff Gebühren umfaßt darüber hinaus auch die Fremdenverkehrsbeiträge A und B sowie ähnliche Entgelte zur Finanzierung öffentlicher Anlagen.

Gebühreneinnahmen um nahezu ein Viertel gestiegen

Die unmittelbaren Einnahmen — sie sind der Betrag, den die Kommunen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Gebühren und Steuern selbst vereinnahmen — beliefen sich im Jahre 1983 auf 4 604 Mill. DM. In Höhe dieses Betrages traten die Gemeinden (Gv.) also selbst am Markt als „Verkäufer“ auf, wenn man davon absieht, daß Steuern Zwangsabgaben sind, die ohne Anspruch auf spezielle Gegenleistungen erhoben werden.

Die unmittelbaren Einnahmen der Gemeinden (Gv.) verbesserten sich von 1979 bis 1983 um 19%. Dies ist vor allem auf den sprunghaften Anstieg der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen im Jahre 1980 zurückzuführen. Die Finanzausstattung wurde 1980 entscheidend durch die Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer um 1 Prozentpunkt auf 15% verbessert. Gleichzeitig war in diesem Jahr nicht zuletzt wegen der Senkung der Umlagesätze von 120% auf 80% ein starker Zuwachs bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen, der ebenfalls dazu beitrug, daß die Steuereinnahmen im Jahre 1980 eine Höhe erreichten, die bis 1983 nicht mehr registriert werden konnte. Für 1984 zeigt die vierteljährliche Gemeindefinanzstatistik ein weiterhin steigendes Steueraufkommen, so daß die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben 1984 höher liegen als 1980.

Besonders stark sind die Gebühreneinnahmen gestiegen, die sich in nur drei Jahren — 1980 stagnierte das Aufkommen — um 24% auf 769 Mill. DM erhöhten. Wie die Ergebnisse der vierteljährlichen Gemeindefinanzstatistik zeigen, setzt sich diese Entwicklung 1984 nicht fort, vielmehr bleibt das Gebührenaufkommen nahezu auf dem 1983 erreichten Stand. Das stark gestiegene Volumen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Einnahmeart nach wie vor nur einen geringen Teil der unmittelbaren Einnahmen ausmacht, wenn auch deren Gewicht zugenommen hat.

Verbandsgemeinden und Landkreise haben den höchsten Gebührenanteil

Die Bedeutung der Gebühren als Einnahmequelle ist für die einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen unterschiedlich hoch. Die Verbandsgemeinden und die Landkreise haben in allen Jahren den höchsten Gebührenanteil gemessen an den unmittelbaren Einnahmen. Im Jahre 1983 belief er sich auf 58% bzw. 48%. Seit 1979 hat das Gewicht der Gebühren für diese beiden Gebietskörperschaftsgruppen geringfügig abgenommen.

Völlig anders ist die Situation bei den kreisfreien Städten, den verbandsfreien Gemeinden und Ortsgemeinden, für die die Gebühren als eine unmittelbare Einnahme eine wesentlich kleinere Rolle spielen. Bei den kreisfreien Städten bestanden 1983 gut

Einnahmen des Verwaltungshaushalts aus Gebühren und zweckgebundenen Abgaben der
Gemeinden und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaftsgruppen und Gemeindegrößenklassen 1979 - 1983

Gebietskörperschaftsgruppe Gemeindegrößenklasse/ Verbandsgemeindegrößenklasse	1979	1980	1981	1982	1983
1 000 DM					
Kreisfreie Städte	283 646	278 978	296 005	318 118	354 800
100 000 - 200 000 Einw.	160 233	148 616	158 341	170 019	193 368
50 000 - 100 000 "	82 962	86 624	82 163	72 508	77 694
20 000 - 50 000 "	40 451	43 738	55 501	75 596	83 738
Kreisangehörige Gemeinden, Ver- bandsgemeinden, Landkreise	322 607	328 602	344 458	373 524	405 019
Verbandsfreie Gemeinden	66 328	70 294	68 176	75 114	79 368
50 000 - 100 000 Einw.	6 785	7 999	8 186	9 174	10 038
20 000 - 50 000 "	26 429	28 217	26 359	34 025	32 175
10 000 - 20 000 "	23 754	24 883	24 236	22 385	26 911
5 000 - 10 000 "	8 981	8 811	9 042	9 111	9 866
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden	117 507	115 858	121 940	129 362	139 111
20 000 - 50 000 Einw.	21 347	18 870	20 800	21 440	26 326
10 000 - 20 000 "	72 391	72 127	75 170	79 104	81 994
5 000 - 10 000 "	23 769	24 861	25 970	28 818	30 791
Ortsgemeinden	45 378	46 309	47 603	51 716	54 693
10 000 - 20 000 Einw.	1 097	966	940	1 172	1 274
5 000 - 10 000 "	11 280	10 892	11 563	11 751	12 931
3 000 - 5 000 "	5 627	5 507	5 228	6 659	6 812
1 000 - 3 000 "	15 155	16 474	16 903	19 085	20 043
unter 1 000 "	12 219	12 470	12 969	13 049	13 633
Verbandsgemeinden	72 130	69 551	74 336	77 644	84 418
20 000 - 50 000 Einw.	13 298	11 079	12 638	13 510	17 396
10 000 - 20 000 "	45 094	43 940	45 903	47 618	48 608
5 000 - 10 000 "	13 738	14 532	15 795	16 516	18 414
Landkreise	138 772	142 449	154 341	169 057	186 541
Bezirksverband Pfalz	12 680	7 791	8 467	9 911	9 280
I n s g e s a m t	618 933	615 371	648 930	701 552	769 099
DM je Einwohner					
Kreisfreie Städte	286,80	282,44	300,61	324,30	363,12
100 000 - 200 000 Einw.	348,08	322,46	344,63	370,77	424,03
50 000 - 100 000 "	224,33	235,44	259,00	272,45	291,68
20 000 - 50 000 "	254,67	275,17	266,81	294,99	328,76
Kreisangehörige Gemeinden, Ver- bandsgemeinden, Landkreise	122,11	123,96	129,66	140,53	152,52
Verbandsfreie Gemeinden	113,51	120,15	116,44	128,52	136,24
50 000 - 100 000 Einw.	111,71	132,49	135,93	153,41	169,68
20 000 - 50 000 "	150,86	161,78	152,02	177,32	188,10
10 000 - 20 000 "	97,02	101,04	97,90	98,02	108,42
5 000 - 10 000 "	86,75	84,78	86,72	87,35	94,78
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden	57,11	56,08	58,88	62,39	67,11
20 000 - 50 000 Einw.	62,63	55,08	60,59	62,31	76,52
10 000 - 20 000 "	57,50	57,09	59,32	62,38	65,22
5 000 - 10 000 "	51,92	54,08	56,38	62,45	65,26
Ortsgemeinden	22,05	22,42	22,98	24,94	26,38
10 000 - 20 000 Einw.	23,97	20,89	20,32	25,27	27,51
5 000 - 10 000 "	32,61	30,98	32,88	32,93	35,80
3 000 - 5 000 "	22,49	22,38	20,90	25,52	26,64
1 000 - 3 000 "	20,56	22,15	22,88	26,30	27,63
unter 1 000 "	18,00	18,38	19,01	19,08	19,92
Verbandsgemeinden	35,06	33,67	35,89	37,44	40,72
20 000 - 50 000 Einw.	39,01	32,34	36,81	39,27	50,56
10 000 - 20 000 "	35,82	34,78	36,22	37,55	38,67
5 000 - 10 000 "	30,31	31,61	34,29	35,79	39,03
Landkreise	52,53	53,74	58,10	63,60	70,25
Bezirksverband Pfalz	9,83	6,04	6,56	7,69	7,21
I n s g e s a m t	170,46	169,12	178,21	192,79	211,71

Ausgaben und Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung der Gemeinden
und Gemeindeverbände nach Aufgabengebieten 1983

Aufgabengebiet	Unmittelbare Ausgaben (ohne Zahlungen an andere Bereiche)	Unmittelbare Einnahmen (ohne Zahlungen von anderen Bereichen)			
		ins- gesamt	darunter		
			Gebühren, sonstige zweckgebundene Abgaben		
			ins- gesamt	Anteil an den unmittelbaren Einnahmen	Deckungs- grad
		1 000 DM		%	
Allgemeine Verwaltung	794 819	70 696	13 914	19,7	1,8
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	237 802	66 706	49 910	74,8	21,0
Schulen	827 567	29 514	8 593	29,1	1,0
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	201 626	40 548	33 792	83,3	16,8
Museen, Sammlungen, Ausstellungen	22 162	2 156	1 241	57,6	5,6
Theater, Konzerte, Musikpflege	90 905	23 821	22 985	96,5	25,3
Soziale Sicherung	357 513	47 760	38 995	81,6	10,9
Gesundheit, Sport, Erholung	334 331	47 806	29 726	62,2	8,9
Badeanstalten	104 544	31 209	22 458	72,0	21,5
Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	1 212 535	183 418	88 468	48,2	7,3
Städteplanung, Vermessung, Bauordnung	200 961	88 160	41 625	47,2	20,7
Straßenreinigung	31 356	30 233	29 693	98,2	94,7
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschafts- förderung	935 398	584 096	497 479	85,2	53,2
Abwasserbeseitigung	280 087	222 192	217 753	98,0	77,7
Abfallbeseitigung	167 737	199 694	195 137	97,7	116,3
Märkte	7 812	6 858	5 602	81,7	71,7
Schlacht- und Viehhöfe	7 239	7 962	5 654	71,0	78,1
Bestattungswesen	86 070	47 912	43 472	90,7	50,5
Förderung der Land- und Forstwirtschaft	72 874	21 177	14 809	69,9	20,3
Fremdenverkehr, sonstige Förderung von Wirtschaft und Verkehr	91 904	51 720	9 684	18,7	10,5
Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	440 059	725 097	8 221	1,1	1,9
Versorgungsunternehmen	39 247	154 150	4 558	3,0	11,6
Elektrizitätsversorgung	29 585	106 236	945	0,9	3,2
Wasserversorgung	7 711	7 840	3 613	46,1	46,9
Verkehrsunternehmen	1 480	2 732	1 046	38,3	70,7
Kur- und Badebetriebe	4 979	1 575	1 081	68,6	21,7
Allgemeine Finanzwirtschaft	518 903	2 808 690	-	-	-
I n s g e s a m t	5 860 553	4 604 331	769 099	16,7	13,1

21% der unmittelbaren Einnahmen aus Gebühren. Seit 1979 ist ihr Anteil geringfügig gestiegen. Die verbandsfreien Gemeinden und die Ortsgemeinden verbuchten 10 bzw. 3% ihrer Einnahmen als Gebühren. Im Zeitablauf schwankte diese Quote nur wenig, was bedeutet, daß sich die Gebühreneinnahmen nahezu parallel mit den übrigen Einnahmen entwickelten.

Die stark divergierenden Gebührenanteile in den einzelnen Gebietskörperschaftsgruppen resultieren aus der unterschiedlichen Finanzierungsstruktur. Sie können nicht als Zeichen für eine abweichende Belastung der Bevölkerung mit Gebühren gewertet werden. Während die kreisfreien Städte, die verbandsfreien Gemeinden und die Ortsgemeinden den weit aus überwiegenden Teil ihrer Mittel unmittelbar vereinnahmen, erhalten die Verbandsgemeinden und die Landkreise deutlich höhere Zahlungen in Form von Umlagen und Zuweisungen vom öffentlichen Bereich. Verbandsgemeinden und Landkreise sind auf diese mittelbare Finanzierung ihrer Aufgaben in starkem Maße angewiesen, weil ihnen kaum eigene Steuerquellen offen stehen. Berücksichtigt man dies,

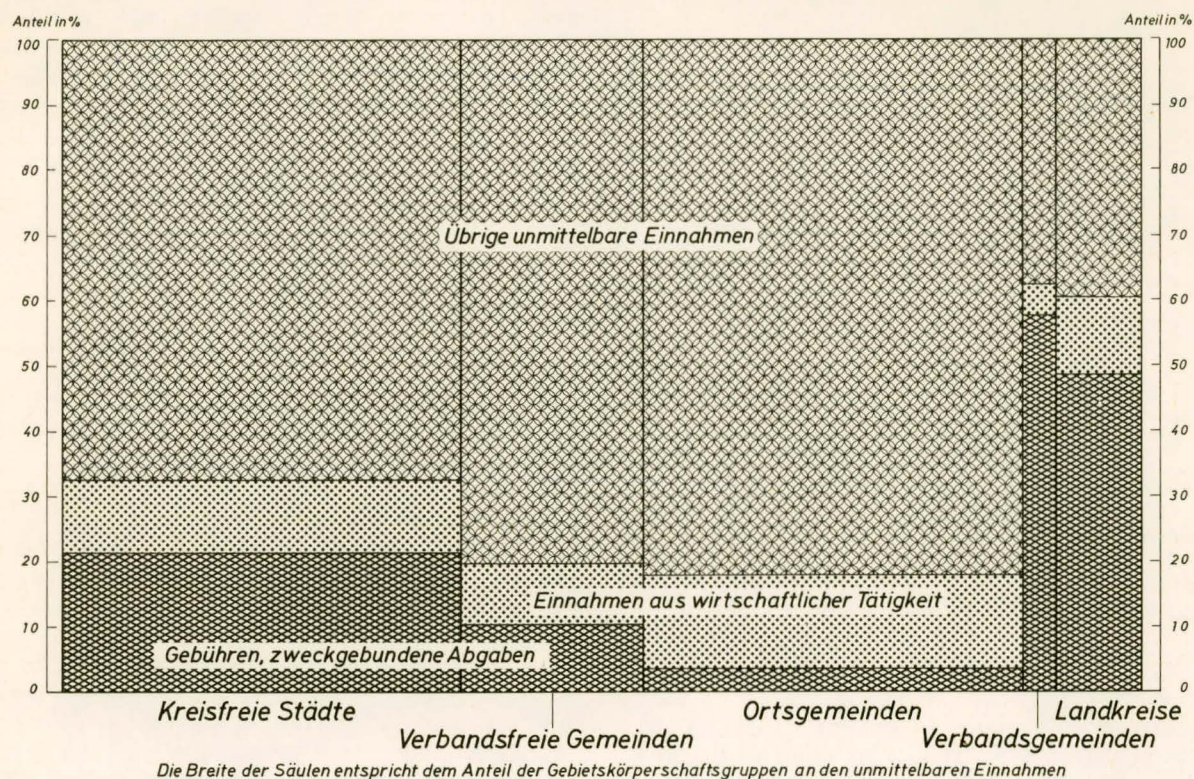
wird verständlich, warum sich ein derart hoher bzw. geringer Gebührenanteil an den unmittelbaren Einnahmen ergibt.

Nahezu die Hälfte der Gebühren wird von den kreisfreien Städten vereinnahmt

Die kreisfreien Städte nahmen im Jahre 1983 knapp 355 Mill. DM aus Gebühren ein. Dies sind 46% der insgesamt erfaßten Gebühreneinnahmen. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf die drei rheinland-pfälzischen Großstädte, die aber mit + 21% gegenüber 1979 nur einen unterdurchschnittlichen Zuwachs zu verzeichnen hatten.

Die Landkreise, die zwischen 1979 und 1983 eine Zunahme um 34% verbuchen konnten, vereinigten mit gut 186 Mill. DM nahezu ein Viertel des Gebührenaufkommens auf sich. Sowohl das Volumen als auch die Zuwachsrate der Gebühren war bei den übrigen Gebietskörperschaftsgruppen wesentlich geringer. Die Verbandsgemeinden verzeichneten zwischen 1979 und 1983 eine Steigerung um 17% auf gut 84 Mill. DM. Die verbandsfreien Gemeinden hatten

Unmittelbare Einnahmen (ohne Zahlungen an andere Bereiche) der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaftsgruppen 1983



106 / 85

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

mit über 79 Mill. DM ein um 20% höheres Einkommen, und die Ortsgemeinden vereinnahmten fast 55 Mill. DM oder 21% mehr als 1979.

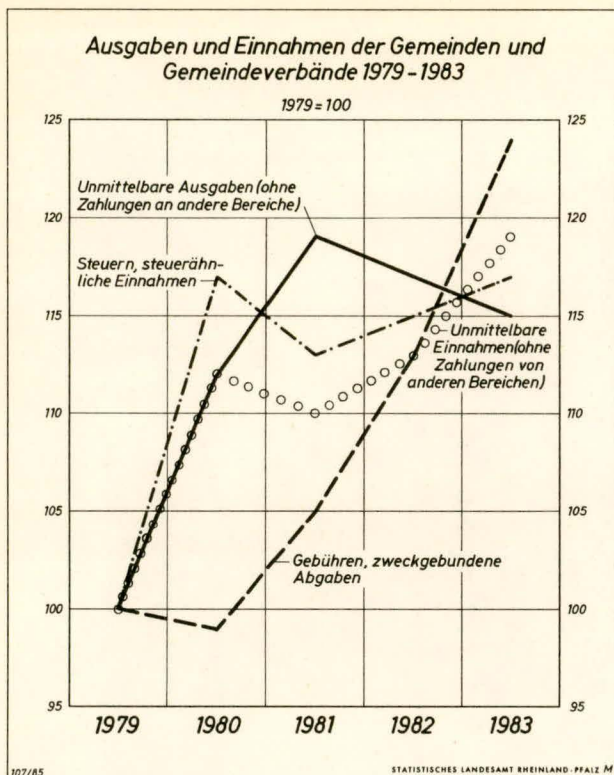
Da jede geänderte Zuordnung einer Kommune zu einer Gebietskörperschaftsgruppe bzw. Größenklasse Auswirkungen auf die Höhe der Beträge hat, eignen sich die absoluten Werte für einen Vergleich nur mit Einschränkungen. Aussagekräftiger sind die auf die Einwohnerzahl bezogenen Werte. Sie geben auch Unterschiede in der Belastung der Bürger wider. Bei einem Vergleich zwischen den Gebietskörperschaftsgruppen ist allerdings zu beachten, daß neben echten Kostenunterschieden auch andere Faktoren dazu führen können, daß die Gebühreneinnahmen mehr oder weniger stark differieren. So wickeln zum Beispiel einzelne Kommunen Teile ihrer Aufgaben nicht über ihren Haushalt ab, sondern erfüllen sie durch Eigenbetriebe. Das bedeutet, daß in den kommunalen Haushalten die aus der Aufgabenerfüllung resultierenden Gebühreneinnahmen nicht nachgewiesen werden. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß insbesondere Städte Aufgaben der Umlandgemeinden wahrnehmen, was dazu führt, daß die Gebühreneinnahmen der Städte überhöht erfaßt werden. Aus diesen Gründen geben die dargestellten Zahlen nicht in jedem Fall die tatsächliche Gebührenbelastung der Bürger einer Kommune wider.

Die kreisfreien Städte registrierten die mit Abstand höchsten Gebühreneinnahmen je Einwohner. Im Schnitt entfielen 1983 auf jeden Einwohner 363 DM

und damit mehr als doppelt so viel wie auf den Einwohner des Landkreisbereichs (153 DM). Im Vergleich zur Gebührenbelastung war die Belastung mit Steuern und steuerähnlichen Abgaben wesentlich höher. Aber auch hier entfiel auf den Bewohner einer kreisfreien Stadt mit 1 007 DM ein deutlich größerer Betrag als auf denjenigen im Landkreisbereich mit 671 DM. Die Unterschiede im Steuerertrag je Einwohner erklären sich in erster Linie aus dem Gewerbesteuerertrag und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Die Gebühreneinnahmen je Einwohner sind in den einzelnen Gemeindegrößenklassen sehr unterschiedlich. In allen Jahren hatten die drei rheinland-pfälzischen Großstädte je Einwohner die höchsten Gebühreneinnahmen. 1983 waren es 424 DM je Einwohner, wobei die Zuwachsraten gegenüber 1979 unter dem Durchschnitt lag. In den drei kreisfreien Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern entfielen auf jeden Bürger im Schnitt dagegen nur 292 DM. In der in die gleiche Größenklasse eingestuften verbandsfreien Gemeinde Neuwied waren die Einnahmen noch geringer, da 1983 pro Kopf 170 DM Gebühren anfielen. Allerdings ist in Neuwied die Zuwachsraten mit + 52% deutlich höher als in den mittelgroßen kreisfreien Städten (+ 30%).

In die Größenklasse 20 000 bis 50 000 Einwohner fallen 1983 jeweils sechs kreisfreie Städte und verbandsfreie Gemeinden. Die Gebühreneinnahmen je Einwohner sind in den kleineren kreisfreien Städten



deutlich höher als in den verbandsfreien Gemeinden, denn erstere vereinnahmten 1983 pro Kopf 329 DM, während letztere 188 DM je Einwohner verbuchten. Die Unterschiede erklären sich auch aus der Aufgabenstruktur, da die kreisfreien Städte Aufgaben des Kreises wahrnehmen, die die verbandsfreien Gemeinden nicht haben. Da die Struktur der Gebühreneinnahmen maßgeblich von den kommunalen Gemeinschaftsdiensten wie Abwasser- und Abfallbeseitigung, Straßenreinigung und Bestattungswesen bestimmt wird, beeinflussen sie in starkem Maße die Höhe der Entgelte in diesen beiden Gebietskörperschaftsgruppen.

Die Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden vereinnahmten je Einwohner die geringsten Gebühren, nämlich 41 DM bzw. 26 DM. Für die Verbandsgemeinden resultierten die Gebühreneinnahmen hauptsächlich aus den kommunalen Gemeinschaftsdiensten, während die Ortsgemeinden jeweils den nahezu gleichen Betrag aus den kommunalen Gemeinschaftsdiensten und der Wirtschaftsförderung verbuchten. Auch bei diesen beiden Gebietskörperschaftsgruppen sind in Abhängigkeit von der Größenklasse Abweichungen festzustellen. Die Ortsgemeinden unter 1 000 Einwohner hatten 1983 Gebühreneinnahmen von 20 DM pro Kopf, bei einer Einwohnerzahl zwischen 5 000 und 10 000 stieg der Wert auf 36 DM. Nicht ganz so groß waren die Unterschiede bei den Verbandsgemeinden. Hier beträgt der Abstand zwischen der Größenklasse mit den niedrigsten und den höchsten Gebühreneinnahmen 31%, bei den Ortsgemeinden dagegen 80%.

Abwasserbeseitigung bedeutendste Gebührenquelle

Die Gemeinden (Gv.) erzielten aus fast allen Aufgabengebieten Gebühreneinnahmen. Die bedeutend-

ste Gebührenquelle ist für die Kommunen die Abwasserbeseitigung. Im Rahmen der Aufgabenerfüllung vereinnahmten sie 1983 in diesem Bereich 218 Mill. DM, das entspricht 28% der Gebühren insgesamt. An zweiter Stelle liegt die Abfallbeseitigung, die den Kommunen 195 Mill. DM oder 25% ihrer Gebühreneinnahmen einbrachte. Von größerer Bedeutung war auch das Bau- und Wohnungswesen einschließlich Verkehr mit gut 88 Mill. DM, während die übrigen Aufgabengebiete ein zum Teil deutlich niedrigeres Gebührenaufkommen hatten.

Gemessen an den im Rahmen der Aufgabenerfüllung erzielten Einnahmen haben die Gebühren mit 17% ein relativ geringes Gewicht. Dieser Durchschnittswert ist deshalb so niedrig, weil die Steuern und steuerähnlichen Abgaben ein Vielfaches des Gebührenaufkommens ausmachen. Für die Straßenreinigung, Abwasser- und Abfallbeseitigung sind die Gebühren nahezu die einzige unmittelbare Einnahmequelle, denn sie machen jeweils 98% der unmittelbar vereinnahmten Beträge aus. Einen hohen Anteil stellen sie darüber hinaus auch in den Aufgabengebieten Theater, Konzerte, Musikpflege (96%) und Bestattungswesen (91%). Etwa zur Hälfte werden die unmittelbaren Einnahmen von Gebühren gespeist in den Bereichen Städteplanung, Vermessung, Bauordnung (47%) und Wasserversorgung (46%). Unter den Versorgungsunternehmen nimmt die Wasserversorgung eine Sonderstellung ein, da nur bei ihr die Gebühren eine gewisse Rolle spielen, während alle anderen Versorgungsunternehmen den weitaus überwiegenden Teil ihrer Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit erzielen.

13% der unmittelbaren Ausgaben werden durch Gebühren gedeckt

Wird die Relation unmittelbare Ausgaben zu Gebühreneinnahmen gebildet, erhält man eine Kennziffer, die angibt, in welchem Umfang die Gebühren zur Finanzierung der Käufe am Markt beitragen. Im Jahre 1983 wurden 13% der unmittelbaren Ausgaben durch Gebühren gedeckt. Von diesem Durchschnittswert wichen die Kennziffern in den einzelnen Aufgabengebieten mehr oder weniger stark ab.

Erwartungsgemäß liegt der Deckungsgrad in den drei Bereichen, die sich nahezu völlig durch Gebühreneinnahmen unmittelbar finanzieren, sehr hoch, nämlich 116% bei der Abfallbeseitigung, 95% bei der Straßenreinigung und 78% bei der Abwasserbeseitigung. Eine Überdeckung errechnet sich nur bei der Abfallbeseitigung, das heißt die Gebühreneinnahmen lagen um 16% über dem Betrag, den die Kommunen selbst ausgaben, um Dienstleistungen oder Güter für diesen Zweck zu erwerben. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Abfallbeseitigung den Kommunen einen Überschuß liefert, denn die Gebühren sollen neben den unmittelbaren Ausgaben auch die kalkulatorischen Kosten für Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals sowie die dem gleichen Ziel dienenden Erstattungen oder inneren Verrechnungen tragen. Dies gilt für alle kostenrechnenden Einrichtungen, wie Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Straßenreinigung, Schlachthof, Strom-

versorgung, Verkehrsbetriebe, Frei- und Hallenbäder, bei denen aber die Gebühren nur einen Teil der unmittelbaren Ausgaben decken. Die Kosten der öffentlichen Einrichtungen können allerdings nicht nur durch Benutzungsgebühren, sondern auch durch ein-

malige oder wiederkehrende Beiträge sowie Einnahmen aus dem Verkauf, Mieten und Pachten gedeckt werden, die hier allerdings unberücksichtigt bleiben.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Wohnungsneubau 1984

Bestes Wohnungsbauergebnis seit 1977

Von den sich abzeichnenden Rückgängen der Wohnungsbaunachfrage blieb das Fertigstellungsergebnis von 1984 noch unberührt. Mit 25 541 Wohnungen wurde das höchste Ergebnis der letzten sieben Jahre erreicht. Im Vorjahresvergleich konnte ein Anstieg von 14% verzeichnet werden. Im Wohnungsneubau wurden rund 23 400 Wohnungen bezugsfertig. Davon befinden sich 13 673 in Eigenheimen und 9 726 in 1 076 Mehrfamilienhäusern. Für private Bauherren errechnet sich mit 17 207 Wohnungen ein Plus von 13%. In 6 069 Fällen traten Unternehmen als Bauherren auf. Hier ist eine Steigerung um 21% zu verzeichnen. Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbscharakter können über 123 zusätzliche Wohnungen verfügen. Insbesondere die hohe Zahl der Baugenehmigungen des Jahres 1983, aber auch das Auslaufen der Mehrwertsteueroption im Rahmen der sogenannten Steuersparmodelle (Bauherren-, Bauträger-, Ersterwerbermodell) Ende März 1985 dürften für diese Entwicklung bestimmend gewesen sein.

Die bereits genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen bezifferten sich zum Jahresende 1984 auf 34 750. Das sind rund 5 800 oder ein Siebtel weniger als Ende 1983. Etwas mehr als die Hälfte der geplanten Wohnungen stand bereits im

Rohbau, während 18% noch nicht unter Dach und 31% noch nicht begonnen waren.

Der gesamte Wohnungsbestand belief sich am Jahresende 1984 in Rheinland-Pfalz auf 1 587 247 Einheiten. Für diesen Zeitpunkt kommen im statistischen Durchschnitt auf je 2,3 Einwohner eine Wohnung. Vor zehn Jahren hatte diese Ziffer noch 2,7 betragen.

Private Bauherren weiterhin an der Spitze

Bei den fertiggestellten Wohnungsneubauten nehmen die privaten Bauherren eine dominierende Stellung ein. Ihr Anteil beträgt knapp drei Viertel und blieb gegenüber 1983 nahezu unverändert. Die Quoten der Selbständigen (13%), Beamten und Angestellten (36%), Arbeiter (13%), Rentner und Pensionäre (gut 1%) und der sonstigen privaten Haushalte (11%) haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen ist eine leichte Abnahme der fertiggestellten Wohnungen um 3,8% zu verzeichnen, womit ihr Anteil von 7 auf 6% zurückfiel. Die sonstigen Wohnungsunternehmen stellten mit knapp 4 200 Wohnungen über ein Fünftel mehr Einheiten fertig als 1983, so daß sich deren Anteil um einen Prozentpunkt auf 18% steigerte. Auch die sonstigen Unternehmen einschließlich der Immobilienfonds bauten mit knapp 520 Wohnungen rund 370 Einheiten mehr als im Jahr zuvor, wodurch sie am

Fertigstellungen im Fertigteilbau nach Gebäudearten und Bauherren 1984¹⁾

Gebäudeart Bauherr	Ge- bäude	Raum- inhalt	Nutz- fläche	Wohn- fläche	Woh- nungen	Ver- anschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	1 000 m ²		Anzahl	1 000 DM
Wohngebäude mit						
1 Wohnung	1 133	859	7,1	132,5	1 133	258 337
2 Wohnungen	462	441	3,5	77,8	924	136 306
3 und mehr Wohnungen ²⁾	11	40	0,5	7,6	124	11 520
Wohnheime	3	37	1,7	4,3	248	12 758
Öffentliche Bauherren	3	2	0,0	0,3	3	634
Unternehmen	80	101	1,9	16,3	377	31 273
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	1	1	0,0	0,1	1	.
Sonstige Wohnungsunternehmen	70	74	1,6	14,5	358	21 641
Sonstige Unternehmen (einschl. Immobilienfonds)	9	26	0,3	1,7	18	.
Private Haushalte	1 526	1 274	10,8	205,6	2 049	387 014
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	-	-	-	-	-	-
Wohngebäude insgesamt	1 609	1 377	12,8	222,2	2 429	418 921

1) Errichtung neuer Wohngebäude. - 2) Ohne Wohnheime.

Gemeindegrößenklasse	Insgesamt		Ein-familien-häuser	Zwei-familien-häuser	Mehrfamilienhäuser		Wohnheime	
	Ge-bäude	Woh-nungen			Ge-bäude	Woh-nungen	Ge-bäude	Woh-nungen
unter 2 000 Einw.	4 740	6 360	3 414	1 202	123	535	1	7
2 000 - 5 000 "	2 163	3 410	1 380	655	127	692	1	28
5 000 - 20 000 "	2 334	5 068	1 371	690	270	2 266	3	51
20 000 - 50 000 "	618	1 786	350	169	97	1 032	2	66
50 000 - 100 000 "	862	2 864	428	245	181	1 668	8	278
100 000 und mehr "	805	3 911	276	266	257	2 794	6	309
I n s g e s a m t	11 522	23 399	7 219	3 227	1 055	8 987	21	739

1) Errichtung neuer Wohngebäude.

Gesamtergebnis mit gut 2% beteiligt waren. Öffentlichen Bauherren und Organisationen ohne Erwerbscharakter kommt zusammen mit einem Anteil von weniger als 1% nur eine sehr geringe Bedeutung im Wohnungsbau zu.

Ein Zehnjahresvergleich weist auf zum Teil recht erheblich veränderte Gewichte der Bauherrengruppen hin. Während 1974 auf die privaten Haushalte zwei Drittel der gebauten Wohnungen entfielen, sind es 10 Jahre später beinahe drei Viertel. Insbesondere die Gruppe der Beamten und Angestellten erhöhte sich von einem knappen Viertel auf nunmehr über ein Drittel. Der Anteil der sonstigen privaten Haushalte stieg von 5 auf 11%. Die Quote der Rentner und Pensionäre veränderte sich dagegen kaum. Diese Anteilserhöhungen gingen zu Lasten der Selbständigen und der Arbeiter, deren Beteiligung am Wohnungsbau von einem reichlichen Fünftel bzw. von 15% auf jeweils 13% zurückging. Während der Anteil der sonstigen Wohnungsunternehmen von 11 auf 18% stieg, verminderte er sich bei den gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen von 15 auf weniger als 6%, bei den sonstigen Wohnungsunternehmen einschließlich der Immobilienfonds von 6 auf 2%.

Durchschnittliche Baukosten pro Kubikmeter um 5,5% gestiegen

Um Anhaltspunkte über Veränderungen des Preisniveaus zu gewinnen, wird im Rahmen der Statistik der Bauleistungspreise ein Index der Bauleistungen für Wohnneubauten ermittelt. Die Bundesergebnisse zeigen, daß sich die Baupreise für neue Wohngebäude binnen Jahresfrist um 2,5% verteuerten.

Die Entwicklung der veranschlagten reinen Baukosten, die zum Genehmigungszeitpunkt kalkuliert und in der Statistik der Bautätigkeit nachgewiesen werden, weist dagegen auf Kostenunterschiede hin, die nicht nur auf Veränderungen der Preisentwicklung sondern vor allem auf die unterschiedlich aufwendige Bauweise der Neubauten zurückzuführen sind. Es handelt sich dabei um die Kosten sämtlicher Bauleistungen, die für die Errichtung dieser Gebäude erforderlich sind, nicht aber Kosten der Außenanlagen, Baugrundstückswerte und Erwerbskosten, Erschließungs- und Baunebenkosten. Auch Verände-

rungen der Kosten im Laufe der Bauausführung durch Preisveränderungen oder durch Abweichung von der vorgeplanten Ausstattung finden keine Berücksichtigung.

Eine Differenzierung der durchschnittlichen Kubikmeterkosten nach Gebäudearten zeigt im Vorjahresvergleich, daß sich Einfamilienhäuser von 281 auf 296 DM je m³, also um 5,5%, verteuerten. Bei den Zweifamilienhäusern erhöhte sich der Preis von 287 auf 302 DM je m³, was einem Anstieg von 5,2% entspricht. Der Bau von Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) kostete mit 310 DM je m³ im Jahre 1984 rund 18 DM oder 6,1% mehr als im Jahr zuvor.

Von den privaten Bauherren, die im Mittel 300 DM je m³ für den Wohnungsbau kalkulierten, errichteten die Arbeiter unter ihnen mit 288 DM je m³ die kostengünstigsten Wohnhäuser. Öffentliche Bauherren kalkulierten mit 294 DM je m³. Von den Unternehmen sahen die sonstigen Wohnungsunternehmen Kubikmeterkosten in Höhe von 302 DM vor, die Gruppe der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen kalkulierte 314 DM und die sonstigen Unternehmen (einschließlich Immobilienfonds) mit 328 DM. Organisationen ohne Erwerbszweck gaben für Wohnbauten 365 DM je m³ aus. Im gesamten Wohnungsbau stiegen die Kubikmeterkosten binnen Jahresfrist von 286 auf 301 DM oder um 5,5%. Das Kostenvolumen der 1984 fertiggestellten Wohnneubauten übertraf mit rund 3,9 Mill. DM das des Vorjahres um 16%. Davon wurden 1,8 Mill. DM für Einfamilienhäuser vorgesehen, für Zwei- bzw. Mehrfamilienhäuser waren es jeweils knapp 1,1 Mill. DM.

14% aller Wohnhausneubauten sind Fertighäuser

Als Fertigteilbauten werden in der Statistik die Gebäude ausgewiesen, für deren Außen- und Innenwände überwiegend geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile verwendet werden. Daneben können auch Teile eines Gebäudes (z. B. Keller) in herkömmlicher Weise erstellt werden.

Der Fertigteilbau, dessen Bedeutung seit Jahren zunimmt, konnte 1984 seine Stellung weiter festigen. Er belief sich auf 1 609 Wohngebäude (+ 8,4%) beziehungsweise 2 429 Wohnungen (+ 22%). Somit wurden 14% aller Wohnneubauten in Fertigteilbauweise errichtet gegenüber 13% im Vorjahr. Innerhalb

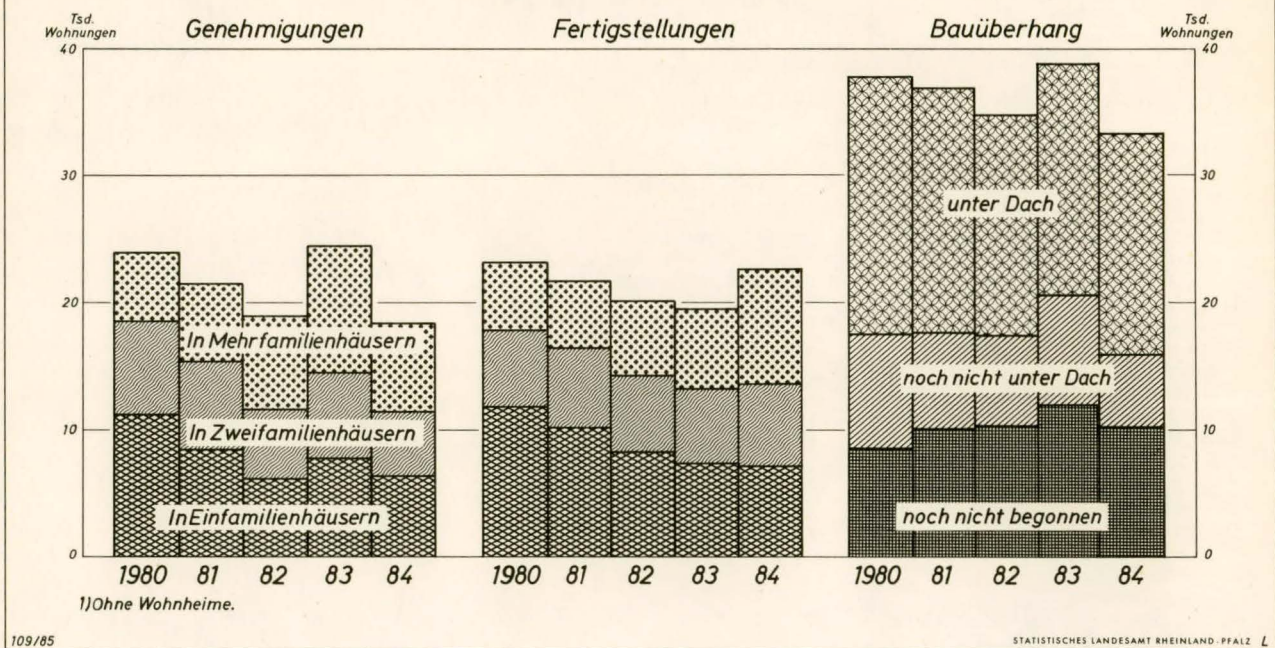
Fertigstellungen im Wohnbau nach Gebäudearten und Bauherren 1984¹⁾

Gebäudeart Bauherr	Ge- bäude	Raum- inhalt	Grund- stücks- fläche	Grund- fläche	Ge- schoß- fläche	Nutz- fläche	Wohnungen		Veran- schlagte Kosten der Bauwerke
							ins- gesamt	Wohn- fläche	
	Anzahl	1 000 m ³	1 000 m ²			Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM	
Wohngebäude mit 1 Wohnung	7 219	6 101	5 385,3	914,8	1 285,8	71,7	7 219	919,2	1 807 892
Öffentliche Bauherren	17	14	15,1	2,1	2,7	0,1	17	2,2	3 946
Unternehmen	659	439	284,8	55,9	99,3	3,4	659	75,5	129 619
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	95	62	41,3	8,5	14,1	0,8	95	10,5	18 698
Sonstige Wohnungsunternehmen	539	358	223,6	44,5	81,2	2,5	539	61,9	105 337
Sonstige Unternehmen (einschl.Immobiliendifonds)	25	19	20,0	2,9	4,0	0,1	25	3,1	5 584
Private Haushalte	6 539	5 644	5 079,6	856,2	1 182,8	68,0	6 539	840,9	1 672 160
Selbständige	752	688	647,5	102,8	148,8	14,9	752	101,1	205 624
Beamte und Angestellte	3 781	3 271	2 876,0	493,8	679,2	35,7	3 781	488,0	977 035
Arbeiter	1 739	1 484	1 372,1	228,7	310,4	15,2	1 739	220,2	428 043
Rentner und Pensionäre	122	89	93,1	14,0	19,2	0,9	122	13,7	27 647
Sonstige private Haushalte	145	112	91,0	16,8	25,2	1,4	145	17,8	33 811
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	4	5	5,7	0,6	1,1	0,2	4	0,6	2 167
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	3 227	3 514	2 600,1	473,9	816,7	36,9	6 454	594,2	1 060 307
Öffentliche Bauherren	4	5	3,3	0,6	0,9	0,0	8	0,8	.
Unternehmen	198	172	99,0	21,0	40,3	1,9	396	31,6	51 598
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	7	5	3,4	0,9	1,3	-	14	1,0	1 331
Sonstige Wohnungsunternehmen	179	154	88,1	18,4	35,9	1,4	358	28,5	46 384
Sonstige Unternehmen (einschl.Immobiliendifonds)	12	14	7,6	1,6	3,1	0,5	24	2,1	3 883
Private Haushalte	3 023	3 333	2 496,4	451,9	774,5	34,6	6 046	561,4	1 006 071
Selbständige	498	619	494,1	81,5	143,0	8,9	996	100,3	190 097
Beamte und Angestellte	1 893	2 032	1 485,3	276,6	468,5	19,4	3 786	344,3	617 074
Arbeiter	495	541	420,6	74,4	128,6	4,6	990	92,3	155 015
Rentner und Pensionäre	52	53	40,5	7,6	12,7	0,7	104	9,4	15 644
Sonstige private Haushalte	85	88	55,8	11,8	21,7	1,1	170	15,1	28 241
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	2	4	1,4	0,4	0,9	0,3	4	0,5	.
Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen	1 055	3 267	1 225,4	266,5	836,0	50,4	8 987	629,2	1 012 129
Öffentliche Bauherren	5	16	11,2	1,4	4,1	-	40	3,2	4 708
Unternehmen	326	1 551	542,4	111,0	409,0	19,8	4 316	308,9	481 244
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	90	375	176,4	24,9	100,7	1,5	1 020	73,7	119 033
Sonstige Wohnungsunternehmen	212	1 012	327,0	74,8	265,7	16,1	2 888	204,1	308 431
Sonstige Unternehmen (einschl.Immobiliendifonds)	24	164	39,0	11,2	42,7	2,3	408	31,0	53 780
Private Haushalte	721	1 685	667,7	153,1	419,1	30,5	4 594	314,1	521 295
Selbständige	236	514	217,1	50,4	126,9	9,4	1 332	95,3	158 666
Beamte und Angestellte	160	268	143,1	29,0	67,1	2,1	701	51,9	80 450
Arbeiter	51	84	42,2	8,9	19,5	1,1	197	14,9	24 747
Rentner und Pensionäre	15	27	13,1	2,6	7,3	0,6	81	5,6	8 926
Sonstige private Haushalte	259	793	252,2	62,3	198,3	17,3	2 283	146,4	248 506
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	3	14	4,0	1,1	3,8	0,1	37	3,0	4 882
Wohnheime	21	126	54,3	11,0	37,5	6,7	739	18,3	41 171
Öffentliche Bauherren	26	34	29,6	4,1	7,7	0,1	65	6,1	9 982
Unternehmen	1 199	2 262	964,5	195,4	579,1	29,6	6 069	432,7	694 902
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungs- unternehmen	200	478	234,3	37,0	128,6	4,8	1 383	92,3	149 998
Sonstige Wohnungsunternehmen	936	1 566	657,1	141,2	394,7	21,8	4 168	302,3	473 329
Sonstige Unternehmen (einschl.Immobiliendifonds)	63	218	73,1	17,2	55,9	3,1	518	38,1	71 575
Private Haushalte	10 285	10 676	8 252,2	1 462,8	2 379,5	134,5	17 207	1 717,5	3 203 832
Selbständige	1 487	1 826	1 361,3	235,2	419,7	33,5	3 080	296,7	556 373
Beamte und Angestellte	5 835	5 580	4 510,3	800,6	1 217,0	58,2	8 296	885,3	1 676 879
Arbeiter	2 285	2 109	1 834,9	312,1	458,5	20,9	2 926	327,4	607 805
Rentner und Pensionäre	189	169	146,6	24,1	39,2	2,2	307	28,8	52 217
Sonstige private Haushalte	489	993	399,1	90,9	245,2	19,7	2 598	179,3	310 558
Organisationen ohne Erwerbs- charakter	12	35	18,8	3,9	9,5	1,5	58	4,5	12 783
Wohngebäude insgesamt	11 522	13 008	9 265,1	1 666,2	2 975,9	165,7	23 399	2 160,8	3 921 499

1) Errichtung neuer Gebäude.

Bautätigkeit 1980-1984

Wohnungen im Wohnungsneubau ¹⁾



der einzelnen Gebäudearten nahm vor allem die Zahl der Ein- und Zweifamilienhäuser, die traditionell den Schwerpunkt des Fertigteilbaus bilden, zu, und zwar um 117 auf 1 595. Zusätzlich wurden von 1 055 Mehrfamilienhäusern elf Gebäude mit zusammen 124 Wohnungen und von 21 Wohnheimen drei Gebäude mit zusammen 248 Wohnungen als Fertigbauten errichtet. Im Vorjahr waren es von 806 Mehrfamilienhäusern sechs Gebäude mit zusammen 35 Wohnungen und von 22 Wohnheimen ein Gebäude mit 56 Wohnungen. Die Zahlen verdeutlichen, daß eine zunehmende Tendenz besteht, auch großvolumige Baukörper vorzuproduzieren. Allerdings sind Wohnungen, die in Fertigteilbauweise erstellt werden, im Durchschnitt kleiner als ihre konventionell errichteten Pendanten. In konventioneller Bauart entstandene Einfamilienhäuser wiesen 1984 im Mittel 129 m² Wohnfläche auf, Fertighäuser dagegen 117 m². Wohnungen in Zweifamilienhäusern hatten je nach Bauart 93 bzw. 84 m² Wohnfläche, solche in Mehrfamilienhäusern 70 bzw. 61 m². In Wohnheimen betrug ihre Wohnfläche 29 bzw. 17 m². In fast 95% der Fälle traten 1984 private Haushalte als Bauherren auf, 5% der Fertighäuser wurden für Unternehmen erstellt.

Kräftige Zunahmen der Neubauwohnungen in Mehrfamilienhäusern

Im Berichtsjahr wurden über 11 500 Wohnhäuser fertiggestellt, das sind knapp 500 oder 4,5% mehr als im Vorjahr. Infolge der unterschiedlichen Größe läßt sich die Anzahl der Gebäude allerdings nur eingeschränkt vergleichen. Während die Zahl der 7 219 Einfamilienhäuser um 1,4% gegenüber dem Vorjahresergebnis zurückblieb, nahmen die Zweifamilienhäuser um gut 12% auf 3 227 Gebäude zu. Besonders stark forciert wurde die Fertigstellung von Mehrfa-

milienhäusern. Hier konnte mit 31% ein kräftiger Zuwachs ermittelt werden. Die 1 055 Geschoßbauten hatten zusammen 8 987 Wohnungen, so daß sich im Mittel 8,5 Wohnungen (Vorjahr 8) unter dem Dach eines Mehrfamilienhauses befanden. Wohngebäude mit drei Wohnungen machten dabei gut ein Viertel der Mehrfamilienhäuser aus, 38% hatten zwischen vier und sechs Wohnungen, 23% zwischen sieben und zwölf, 7% zwischen 13 und 19 und 6% wiesen mehr als 20 Wohnungen auf.

Wohnungen in Einfamilienhäusern waren 1984 im Durchschnitt 127 m² groß. Bei Zweifamilienhäusern beträgt der Mittelwert 92 m², jedoch dürfte es sich häufig um Eigenheime mit aus steuerlichen Gründen eingebauten kleineren Einliegerwohnungen handeln. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern waren im Mittel 70 m², solche in Wohnheimen 25 m² groß. Es läßt sich beobachten, daß mit zunehmender Zahl der Wohnungen, die sich in einem Mehrfamilienhaus befinden, die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung tendenziell abnimmt. In Wohngebäuden mit drei Wohnungen weist eine 1984 fertiggestellte Wohneinheit im Schnitt 81 m² Wohnfläche auf. Befinden sich in einem Mehrfamilienhaus zwischen vier und sechs Wohnungen, sind diese 73 m² groß, sind es zwischen sieben und 19 Wohnungen, beträgt die mittlere Wohnfläche je Wohnung 70 m² und bei den Wohngebäuden, die mehr als 20 Wohnungen aufweisen, beträgt sie 64 m². Daß sich die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung insgesamt betrachtet um zwei auf 92 m² verminderte, erklärt sich als Folge der besonders stark gestiegenen Wohnungsfertigstellungen in Mehrfamilienhäusern.

Wohnungsangebot in Großstädten am stärksten gestiegen

Der Schwerpunkt des rheinland-pfälzischen Wohnungsneubaus liegt in den kleineren Gemeinden, wo Eigenheime dominieren. So wurden in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern in 72% der Fälle Einfamilienhäuser und zu einem Viertel Zweifamilienhäuser gebaut. Hier wurden 6 360 Neubauwohnungen, das sind 27% aller 1984 fertiggestellten Wohneinheiten, bezugsfertig. Die Bedeutung der Mehrfamilienhäuser und ihre Größe wächst mit der Einwohnerzahl der Gemeinden. In Großstädten erreichen die Geschosßbauten einen Anteil von 32% an den Gebäuden und

von 71% an den Wohnungen. Im Vorjahresvergleich wird deutlich, daß die zu verzeichnende Wohnungszunahme in Höhe von 14% hauptsächlich auf den starken Anstieg in Großstädten zurückzuführen ist. Hier wurden 1983 rund 2 550 Wohnungen bezugsfertig, im darauffolgenden Jahr waren es über 3 900 Einheiten, was einer Steigerung von 53% entspricht. In Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern entwickelte sich der Wohnungszugang mit einer Zunahme um 14% entsprechend dem Landesdurchschnitt, während er in Gemeinden unter 50 000 Einwohnern unterproportional anstieg.

Diplom-Betriebswirt (FH) K. Jungbluth

Wandel im Verbraucherverhalten und Entwicklung der Preise von Nahrungs- und Genußmitteln 1950 bis 1984

Aussagen über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte werden in der amtlichen Statistik durch zwei primärstatistische Erhebungen gewonnen. Zum einen durch die etwa alle fünf Jahre stattfindende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, bei welcher im Bundesgebiet rund 50 000 Haushalte aller sozialen Schichten sowie aller Haushaltsgrößen auf freiwilliger Basis ein Jahr lang ihre Ausgaben und Einnahmen anschreiben. Zum anderen sind im Rahmen der Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen 1 000 ausgewählte Haushalte, darunter knapp 60 rheinland-pfälzische, für die Statistischen Ämter tätig. Diese Haushalte tragen monatlich alle Einnahmen und Ausgaben in detaillierter Aufschlüsselung in Haushaltsbücher ein. Es handelt sich dabei um Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen (1985 monatliches Bruttoeinkommen zwischen 2 600 und 3 950 DM), Vier-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen (5 000 bis 6 850 DM) sowie um Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern (unter 1 900 DM).

Aus den Ergebnissen der drei Haushaltstypen, die zusammen etwas mehr als 1 Mill. Haushalte repräsentieren, das sind 5% aller Haushalte, lassen sich allerdings keine völlig gesicherten Hinweise auf die Ausgabenstruktur aller privaten Haushalte ableiten. Immerhin kann aber für einen bedeutenden Teil der Bevölkerung ein umfassendes Bild über die Ausgaben für den privaten Verbrauch, und zwar in sehr tiefer Gliederung gegeben werden. So erlaubt die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen neben einer teilweisen Bestimmung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung und der Darstellung anderer sozialpolitisch wichtiger Aussagen auch einen Überblick über quantitative Änderungen im Verbrauch von einzelnen Produkten auf Bundesebene.

Die Verbraucherpreisstatistik ermöglicht die langfristige Beobachtung der Preise ausgewählter Waren auf Landesebene, wobei jedoch einschränkend vermerkt werden muß, daß die Landesdurchschnittspreise nur als grobe Anhaltspunkte für das absolute

Preisniveau der betreffenden Waren angesehen werden können, da die Statistik der Verbraucherpreise auf den Nachweis von Preisveränderungen ausgerichtet ist. Zuverlässige Angaben über das absolute Preisniveau würden vor allem eine noch viel größere Anzahl von Einzelpreisen voraussetzen. Gleichwohl kann diese Statistik einen detaillierten Überblick über die langfristige Preisentwicklung einzelner Produkte vermitteln, zumal es sich bei den beobachteten Waren hinsichtlich Verpackungsart, Abgabemenge und Qualität um die jeweils gebräuchlichsten Artikel handelt. Wegen des hohen Anteils der Nahrungsmittel am Haushaltsbudget wird im folgenden die Verbrauchs- und Preisentwicklung der wichtigsten Lebensmittel aufgezeigt.

Ein Fünftel bis ein Drittel der Ausgaben entfallen auf Nahrungs- und Genußmittel

Während Anfang der 50er Jahre bei einem Durchschnittshaushalt im Bundesgebiet mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben des privaten Verbrauchs für Nahrungs- und Genußmittel verwendet wurden, ging dieser Anteil bis heute kontinuierlich zurück. Bei den Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen betrug 1960 der Anteil noch 45%, fünf Jahre später war er auf 40% zurückgegangen. 1970 wurden für Nahrungs- und Genußmittel noch 35% ausgegeben, 1980 noch 28% und 1984 nur noch 26%. Die Anteile liegen bei den Haushalten mit höherem Einkommen noch niedriger. Waren es bei den höheren Einkommensbezieheren 1965 noch 29%, so verminderte sich diese Quote bis 1970 auf 26% und bis 1980 auf 22%. 1984 belief sich der Anteil noch auf 21%. Diese Zahlen verdeutlichen auch, daß sich die Quoten dieser beiden Haushaltstypen annähern. Wurde 1965 noch eine Differenz von fast 12 Prozentpunkten zwischen den beiden Haushaltstypen ausgewiesen, so ging sie über 9 im Jahre 1970 auf 6 im Jahre 1980 auf nunmehr knapp 5 Punkte für 1984 zurück. Die Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern verbrauchten 1965 noch die Hälfte ihrer Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel. Mit 43% und 38% in den Jahren 1970 und 1975

Nahrungsmittel Genußmittel	4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen							
	1950 ¹⁾	1955 ¹⁾	1960 ¹⁾	1965	1970	1975	1980	1984
	kg ²⁾							
<u>Pflanzliche Nahrungsmittel</u>								
Brot und Backwaren	29,0	26,6	23,6	20,2	17,5	16,2	16,2	15,1
Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot	23,2	20,2	17,0	13,7	11,3	9,8	9,4	8,3
Weißbrot und Weizenkleingebäck	4,9	4,9	4,7	4,6	4,2	4,1	4,3	4,2
Mehl aus Brotgetreide	5,7	4,1	3,5	2,6	1,8	1,8	1,9	2,0
Hülsenfrüchte	0,5	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Reis	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,5
Teigwaren	1,4	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	1,0	1,1
Speiseöl	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Pflanzenfette	0,5	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2
Margarine	2,4	4,2	3,8	3,2	2,6	2,3	2,2	2,2
Kartoffeln	41,7	37,8	29,4	20,9	15,8	12,9	11,0	9,7
Frisches Gemüse	10,0	11,2	11,3	7,7	7,2	7,0	7,7	7,2
Gemüsekonserve	1,0	1,5	1,8	2,9	3,3	4,1	4,7	4,6
Frisches Obst (ohne Südfrüchte)	9,6	9,1	12,6	8,0	8,1	6,8	6,4	5,9
Südfrüchte	1,3	3,5	5,3	6,3	6,0	5,7	5,2	5,0
Zucker	5,6	5,1	5,4	4,6	3,8	3,0	2,8	2,5
Kakao	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Schokolade	0,2	0,3	0,5	0,8	0,9	1,2	1,4	1,3
<u>Tierische Nahrungsmittel</u>								
Vollmilch (Liter)	36,0	32,9	28,2	25,1	22,9	19,6	16,7	17,4
Kondensierte Milch	0,2	0,8	1,6	2,1	1,6	1,3	1,1	1,0
Butter	1,4	1,3	1,9	1,9	1,9	1,5	1,5	1,4
Käse	1,3	1,6	2,0	2,2	2,6	2,8	3,3	3,4
Eier (Stück)	38	48	60	57	58	60	58	51
Fleisch und Fleischwaren	7,3	10,1	11,5	12,0	13,2	14,6	16,4	15,9
Rindfleisch	1,2	1,3	1,3	1,3	1,5	1,6	1,5	1,3
Schweinefleisch	1,1	1,4	1,5	1,8	2,3	2,9	3,6	3,8
Hackfleisch	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	1,2	1,3
Räucherspeck (auch Dörrfleisch)	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4	0,3	0,4	0,3
Schinken	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5
Wurst und Wurstwaren	2,4	4,1	4,5	4,6	4,7	5,2	5,9	5,6
Fische	1,6	1,8	1,5	1,3	1,1	1,2	1,2	1,2
Frische Fische	0,8	0,8	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4
Fischdauerwaren und sonstige Fischgerichte	0,8	1,0	0,9	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8
<u>Genußmittel</u>								
Bohnenkaffee	0,1	0,3	0,5	0,7	0,6	0,8	1,1	1,0
Wein, Most, Sekt (Liter)	1,1	2,1	1,3	2,0	2,1	3,2	3,9	3,7
Bier (Liter)	1,7	4,5	7,9	9,9	12,2	15,2	16,4	15,7
Zigarren (Stück)	.	7	8	6	3	4	3	1
Zigaretten (Stück)	.	77	114	153	157	156	138	155

1) Eingeschränkte Aussagekraft wegen anderer Erhebungsgrundlagen. - 2) Mengeneinheit ist 1 kg, sofern in der

ging dieser Anteil weniger stark auf 32% im Jahre 1984 zurück. Die aufgezeigte Entwicklung läßt erkennen, daß mit steigendem Wohlstand der Anteil der Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel immer geringer wird.

162 DM monatlich für Fleisch- und Fleischwaren

Die Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen benötigten 1984 durchschnittlich fast 162 DM im Monat für Fleisch und Fleischwaren, das sind 22% der Nahrungs- und Genußmittelausgaben. Nicht ganz 9% wurden für Brot und Backwaren aufgewendet. Jeweils 14% gaben diese Haushalte für Genußmittel und für Speisen und Getränke in Gaststätten und Kantinen aus.

Von Fleisch und den Fleischwaren entfiel 1984 der größte Teil auf Wurst und Wurstwaren (41%). Danach folgen Schweinefleisch (20%), Rindfleisch (10%), Hackfleisch (8%) und Schinken (6%). Der Verbrauch der mittleren Verbrauchergruppe an Fleisch und Fleischwaren verdoppelte sich von 1950 mit 7,3 kg pro Haushalt und Monat auf fast 16 kg im Jahre 1984. Während die Haushalte 1984 nur wenig mehr Rindfleisch kauften als 1950, wurde weit mehr als das Dreifache an Schweinefleisch konsumiert (1,1 kg zu 3,8 kg). Auch der Verbrauch an Hackfleisch stieg beträchtlich auf knapp das Vierfache, beim Schinken war es das Siebenfache und bei Wurst und Wurstwaren mehr als das Doppelte. Der Fischkonsum war mit 2 kg pro Haushalt und Monat im Jahre 1952 am höchsten, 1984 lag er nur noch bei 1,2 kg. Kartoffeln wurden immer weniger gegessen.

4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen					2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern					Nahrungsmittel Genußmittel
1965	1970	1975	1980	1984	1965	1970	1975	1980	1984	
kg 2)										
19,9	18,1	16,9	16,8	16,5	12,0	10,4	10,2	10,4	10,2	<u>Pflanzliche Nahrungsmittel</u>
12,2	10,6	9,6	9,1	8,9	7,6	6,4	6,0	6,1	5,7	Brot und Backwaren
5,2	5,0	4,6	5,0	4,9	3,3	2,7	2,6	2,6	2,6	Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot
2,3	1,7	1,8	2,1	2,1	1,7	1,6	1,5	1,4	1,2	Weißbrot und Weizenkleingebäck
0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Mehl aus Brotgetreide
0,7	0,5	0,5	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	Hülsenfrüchte
0,8	0,8	0,8	1,0	1,1	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	Reis
0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	Teigwaren
0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	Speiseöl
2,3	2,1	2,0	1,9	1,7	1,4	1,1	1,2	1,3	1,3	Pflanzenfette
18,0	14,7	11,4	9,9	9,2	13,8	11,9	9,8	10,1	9,7	Margarine
9,4	9,0	8,9	9,1	9,7	5,2	5,3	5,0	6,1	6,1	Kartoffeln
3,4	4,0	4,7	5,3	5,1	1,7	2,3	2,4	2,8	2,8	Frisches Gemüse
10,8	10,7	9,6	8,6	8,3	4,4	5,5	5,0	5,5	5,5	Gemüsekonserven
8,5	8,1	6,9	6,3	6,4	2,7	3,4	3,5	3,6	4,4	Frisches Obst (ohne Südfrüchte)
4,5	3,9	3,1	2,9	2,6	2,9	2,8	2,4	2,1	1,9	Südfrüchte
0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	Zucker
1,2	1,3	1,4	1,6	1,7	0,3	0,4	0,5	0,6	0,8	Kakao
										Schokolade
										<u>Tierische Nahrungsmittel</u>
26,8	23,2	21,1	18,6	19,8	9,0	9,1	8,9	7,3	7,4	Vollmilch (Liter)
1,7	1,3	1,0	0,8	0,7	1,7	1,7	1,7	1,6	1,3	Kondensierte Milch
2,7	2,4	1,9	1,9	2,1	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3	Butter
3,1	3,6	4,2	4,5	4,8	1,3	1,6	2,0	2,2	2,4	Käse
65	68	68	62	55	35	39	43	42	38	Eier (Stück)
11,7	13,0	14,0	15,2	15,3	8,1	8,5	9,6	9,9	10,3	Fleisch und Fleischwaren
1,4	1,6	1,5	1,5	1,5	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	Rindfleisch
1,6	2,0	2,6	3,1	3,2	1,2	1,4	1,7	1,8	2,0	Schweinefleisch
0,8	0,9	1,0	1,3	1,4	0,4	0,5	0,5	0,5	0,6	Hackfleisch
0,3	0,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	Räucherspeck (auch Dörrfleisch)
0,4	0,5	0,6	0,6	0,7	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	Schinken
4,2	4,5	4,8	5,1	5,2	2,6	2,5	2,7	3,0	3,3	Wurst und Wurstwaren
1,5	1,4	1,4	1,3	1,4	1,0	0,9	0,9	0,9	1,1	Fische
0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,5	Frische Fische
										Fischdauerwaren und sonstige Fischgerichte
0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6	<u>Genußmittel</u>
0,8	0,8	0,9	1,1	1,1	0,6	0,6	0,8	0,9	0,8	Bohnenkaffee
3,9	3,7	5,4	6,1	5,6	1,4	1,6	1,8	2,3	2,3	Wein, Most, Sekt (Liter)
9,4	11,3	13,8	12,8	13,7	4,5	5,5	7,5	7,1	8,1	Bier (Liter)
6	6	5	2	2	11	14	12	5	2	Zigarren (Stück)
180	158	113	114	96	36	72	66	69	79	Zigaretten (Stück)

Vorspalte nicht eine andere Mengeneinheit angegeben ist.

Waren es 1950 noch fast 42 kg und 1960 noch 29 kg, sank der Monatsverbrauch von 16 kg im Jahre 1970 über 11 kg zehn Jahre später auf nur noch 9,7 kg im Jahre 1984.

Weniger Brot als Fleisch

An Brot und Backwaren wurden im letzten Jahr von den Haushalten der mittleren Verbrauchergruppe nur noch gut die Hälfte (15 kg) wie 34 Jahre zuvor benötigt, wobei Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot stärker rückläufig waren, da hiervon fast nur noch ein Drittel der damaligen Menge gekauft wurde. Erstmals 1980 lag damit nach dem Gewicht der Konsum an Brot und Backwaren unter dem für Fleisch und Fleischwaren.

Während 1950 noch 36 Liter Vollmilch je Haushalt und Monat verbraucht wurden, waren es 1984 nur noch 17,4 Liter. Die Liebhaber von Käse erhöhten in diesem Zeitraum ihren Bedarf von 1,3 auf 3,4 kg. Auch einen starken Zuwachs zeigt der Bohnenkaffee. Mit 91 g pro Monat im Jahre 1950 reichte er wohl gerade für den Sonntagskuchen, 1984 verbrauchten die Haushalte im Durchschnitt etwas mehr als 1 kg. Der Bedarf an Tee erhöhte sich in diesem Zeitraum auf fast das Dreifache.

Bier erreichte Milchmenge

Der Bierkonsum zeigt einen nahezu stetigen Anstieg. Von 1,7 Liter im Ausgangsjahr erhöhte er sich auf 8 Liter im Jahre 1960, zehn Jahre später waren es bereits 12 Liter, 1983 nicht ganz 17 Liter, und 1984

Verbraucherpreise ausgewählter Nahrungs- und Genußmittel 1950 - 1984

Erzeugnis	Mengen- einheit	1950	1955	1960	1965	1970	1975	1980	1984
		DM							
<u>Pflanzliche Nahrungsmittel</u>									
Brot und Backwaren									
Roggenbrot	1 kg	0,45	0,68	0,82	1,09	1,34	2,12	2,61	2,93
Helles Mischbrot	1 kg	0,52	0,74	0,85	1,11	1,38	2,16	2,59	2,92
Weißbrot	500 g	0,31	0,43	0,51	0,70	0,83	1,24	1,58	1,83
Brötchen	1 kg	0,82	1,30	1,61	2,20	2,31	3,36	4,45	5,42
Weizenmehl	1 kg	0,62	0,78	0,96	1,06	1,01	1,12	1,36	1,50
Pflanzenöl	1 l	2,66	2,04	1,85	2,33	1,70	3,81	3,58	4,38
Margarine	250 g	0,61	0,50	0,55	0,73	0,82	1,21	1,17	1,54
Zucker	1 kg	1,21	1,36	1,24	1,24	1,14	1,69	1,80	2,03
Schokolade	100 g	1,30	1,30	1,30	0,87	0,96	1,04	1,26	1,24
Obst und Gemüse									
Tafeläpfel	1 kg	0,92	0,94	1,31	1,40	1,07	2,11	2,58	3,41
Zitronen	1 kg	1,76	1,65	1,55	1,59	1,77	2,60	2,91	2,98
Apfelsinen	1 kg	1,72	1,43	1,45	1,55	1,40	1,87	2,34	2,92
Kartoffeln	2,5 kg	0,38	0,51	0,70	1,06	1,18	1,55	1,85	2,91
Weißkohl	1 kg	0,36	0,56	0,58	0,76	0,79	0,96	1,12	1,58
Wirsingkohl	1 kg	0,38	0,57	0,74	0,94	0,90	1,14	1,43	1,78
Rotkohl	1 kg	0,37	0,72	0,78	0,79	0,88	1,00	1,14	1,65
Blumenkohl	1 kg	0,76	1,11	1,18	1,43	1,31	1,94	2,35	2,50
Möhren	1 kg	0,41	0,72	0,91	0,98	0,92	1,45	1,56	1,70
Kopfsalat	1 kg	1,08	1,40	1,50	2,14	2,03	2,66	3,16	3,72
Zwiebeln	1 kg	0,55	0,60	0,67	0,87	1,23	1,35	1,71	1,98
Tomaten	1 kg	1,18	1,77	1,93	2,26	2,29	3,33	4,07	3,94
<u>Tierische Nahrungsmittel</u>									
Eier	10 Stück	2,20	2,40	2,19	2,52	1,99	2,29	2,60	2,82
Butter	250 g	1,38	1,71	1,66	1,98	1,90	2,13	2,38	2,60
Vollmilch	1 l	0,36	0,40	0,44	0,50	0,75	1,08	1,15	1,24
Käse (Edamer, Gouda)	1 kg	3,63	3,23	5,23	5,34	6,77	10,18	11,37	12,67
Fleisch und Fleischwaren									
Rindfleisch zum Kochen	1 kg	3,41	4,59	5,72	7,30	6,77	9,16	10,39	12,38
Schweinekoteletts	1 kg	4,51	5,11	6,74	8,13	8,43	10,19	11,42	12,36
Schweinebauchfleisch	1 kg	4,09	3,91	4,36	4,84	4,88	6,05	7,32	9,09
Jagdwurst	1 kg	4,65	5,53	6,14	7,51	8,43	11,52	14,00	16,15
Streichmettwurst	1 kg	5,09	5,65	5,96	6,68	7,23	9,87	11,97	13,82
Gekochter Schinken	1 kg	7,21	7,94	10,12	12,81	14,33	17,38	20,74	23,41
Brathähnchen	1 kg	5,18	6,51	5,70	5,25	3,75	4,25	4,84	5,00
Fische									
Kabeljau	1 kg	1,18	1,58	2,65	3,95	4,95	7,74	9,85	11,11
Rotbarsch	1 kg	.	.	3,80	5,12	6,53	10,54	12,23	14,77
<u>Genußmittel</u>									
Weißwein	0,7 l	.	1,54	1,58	1,39	2,29	2,94	3,64	3,97
Flaschenbier	0,5 l	.	.	0,62	0,64	0,64	0,81	0,84	0,91
Bohnenkaffee	500 g	14,60	10,65	8,95	8,37	7,38	8,04	11,66	9,97
Zigaretten	20 Stück	2,50	2,00	2,00	1,66	1,80	2,26	2,85	3,62

ging er auf 15,7 Liter zurück. Im Jahre 1979 wurde bei den Haushalten mit mittlerem Einkommen die gleiche Menge an Milch und Bier getrunken. Die Wein- und Sektrinker erhöhten ihren Bedarf in den zurückliegenden 34 Jahren von 1,1 auf 3,7 Liter. Die Nachfrage nach Butter war Anfang der 60er Jahre am stärksten (2,2 kg). 1984 wurde die gleiche Menge an Butter verzehrt wie 1950. Der Margarinekonsum betrug im letzten Jahr rund 250 g weniger als 34 Jahre davor, den höchsten Verbrauch weisen die Jahre 1953 bis 1960 aus, insbesondere das Jahr 1956 mit 4,6 kg. Zucker und Süßwaren stiegen um 600 g auf 7 kg. Während jedoch 1950 mit 5,6 kg fast neun Zehntel davon auf Zucker entfielen und nur 0,2 kg auf Schokolade, betrug 1984 der Zuckeranteil mit 2,5 kg nur 35% und der für Schokolade mit 1,3 kg nunmehr 19%. Die Leckermäuler in der mittleren Verbrauchergruppe verspeisen nun also pro Monat rund 13 Tafeln Schokolade, wogegen es 1950 nicht ganz

zwei Tafeln waren. Die übrigen 46% betrafen sonstige Süßwaren. Der Zigarrenkonsum ist stark zurückgegangen. Waren es in den 50er und 60er Jahren noch 6 bis 9 Stück, so wurde in den letzten vier Jahren durchschnittlich nur noch eine im Monat geraucht. 1972 wurden mit 176 Stück die meisten Zigaretten gekauft (1984: 155 Stück).

Haushalte mit höherem Einkommen gehen öfter aus

Bei den Vier-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen wurden 1984 knapp 19% der für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren zur Verfügung stehenden Mittel für Fleisch und Fleischwaren gebraucht. Absolut sind dies zwar 14 DM mehr als bei der mittleren Verbrauchergruppe, relativ jedoch 3 Prozentpunkte an den Nahrungs- und Genußmittelausgaben weniger. Für Verzehr von Speisen und Getränken in Kantinen und Gaststätten geben die Haushalte mit höherem Ein-

kommen mit einem Anteil von 20% an den Ausgaben für Nahrungs- und Genußmittel eine um 6 Prozentpunkte höhere Quote aus als die Haushalte mit mittlerem Einkommen.

Der Verbrauch an Fleisch und Fleischwaren der Bezieher höherer Einkommen stieg von 1965 um 30% von 11,7 kg auf 15,3 kg im Jahre 1984. Der Menge nach konsumierten diese Haushalte also weniger Fleischprodukte als die mit mittlerem Einkommen. Insbesondere ergibt sich dieser Unterschied durch den höheren Bedarf der mittleren Gruppe an Schweinefleisch sowie Wurst und Wurstwaren. Schinken kam dagegen deutlich öfter bei den Besserverdienenden auf den Tisch, ebenso wurde dort mehr Fisch gegessen. Auch mehr Brot und Backwaren wurden ab Ende der 60er Jahre von diesen Haushalten gekauft, 1984 waren es fast 1,5 kg mehr als bei der mittleren Einkommensschicht. Waren an dieser größeren Menge in den letzten Jahren auch die Schwarz- und Mischbrote beteiligt, so lag der größte Anteil des Mehrbedarfs doch im Bereich von Weißbrot und Weizenkleingebäck. 2,5 kg mehr frisches Gemüse als die Vergleichshaushalte verbrauchten 1984 im Monat die Haushalte mit höherem Einkommen. Ebenfalls errechnet sich für die Gemüsekonserven (+ 0,5 kg), frisches Obst (+ 2,4 kg) und Südfrüchte (+ 1,3 kg) ein Mehrbedarf. Schon immer wurde in Haushalten mit überdurchschnittlichem Einkommen mehr Milch getrunken als in der anderen Verbrauchergruppe (1984: 2,4 Liter mehr). Bei Butter (+ 0,75 kg) und Käse (+ 1,4 kg) lag der Verbrauch auch deutlich über dem der Vergleichsgruppe.

Mehr Wein, weniger Bier

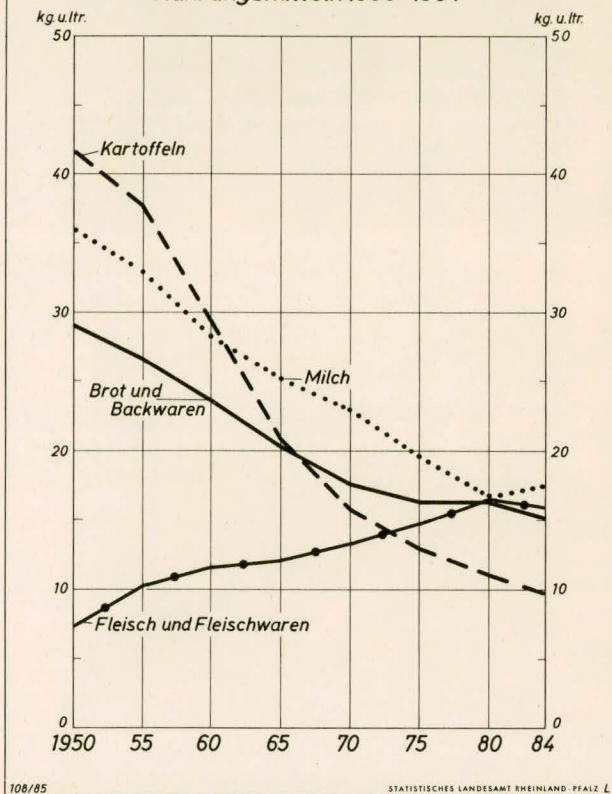
Wein und Sekt tranken die Besserverdienenden fast 2 Liter im Monat mehr, Bier dagegen 2 Liter weniger. 1965 wurden noch monatlich durchschnittlich 180 Zigaretten in den Vier-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen geraucht, während es in den Haushalten mit mittlerem Einkommen 153 Stück waren. 1984 sah das ganz anders aus; es kommen 96 Zigaretten auf die höhere Einkommensgruppe gegen 155 auf die mittlere.

Zwei-Personen-Haushalte essen soviel Kartoffeln wie Vier-Personen-Haushalte

107 DM monatlich brauchten im Mittel die Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern 1984 für Fleisch und Fleischwaren. Das sind rund 23% der Nahrungs- und Genußmittelausgaben. Etwa je ein Zehntel der Ausgaben wurde für Brot und Backwaren sowie für den Verzehr in Gaststätten und Kantinen verwendet. 15%, und damit gegenüber den beiden Vier-Personen-Haushalten die höchste Quote, gaben die Zwei-Personen-Haushalte für Genußmittel aus.

Die Zwei-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern benötigten 1965 noch fast 12 kg Brot und Backwaren im Monat. Bis 1970 ging dieser Verbrauch um 1,5 kg zurück und hielt sich dann bei geringen Schwankungen bis 1984 auf etwa

Durchschnittlicher monatlicher Verbrauch eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen an ausgewählten Nahrungsmitteln 1950-1984

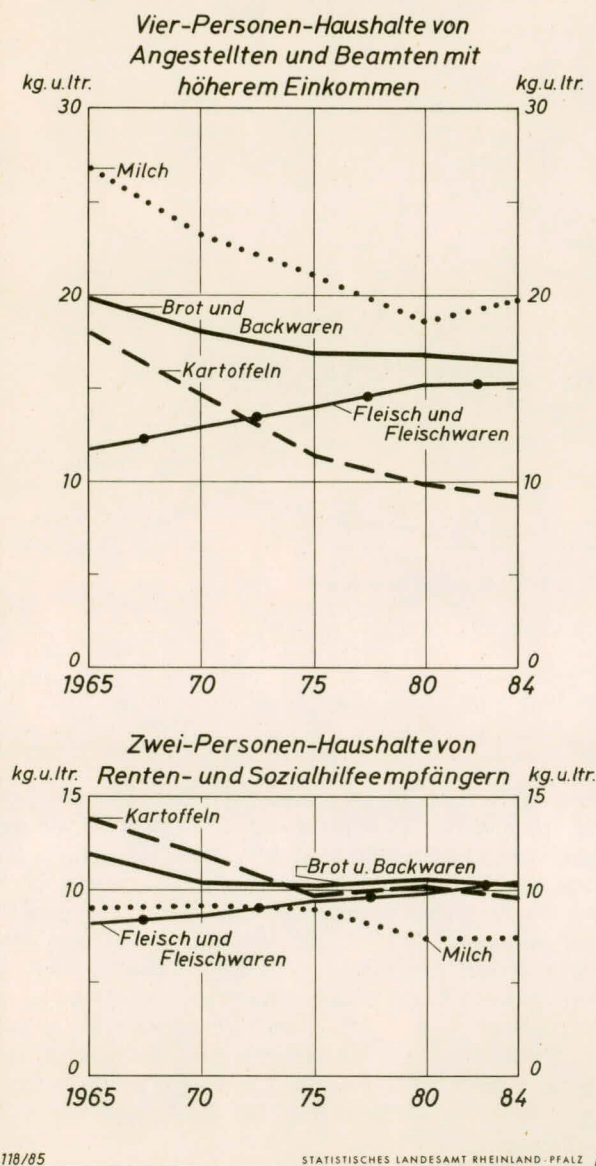


diesem Niveau (1984: 10,2 kg). Der Einkauf von Fleisch und Fleischwaren stieg nicht so stark wie bei den Vergleichshaushalten, und zwar von 1965 bis 1984 um 26% auf 10,3 kg. Im letzten Jahr verspeisten die Ruheständler monatlich mit 9,7 kg die gleiche Menge Kartoffeln wie die Vier-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen. Der Milchkonsum ging bei den Zwei-Personen-Haushalten in den letzten 20 Jahren von 9 auf 7,4 Liter zurück, während Käse (+ 1 kg), Bier (+ 3,6 Liter), frisches Gemüse (+ 0,9 kg) und Gemüsekonserven (+ 1 kg), frisches Obst (+ 1,1 kg) und Südfrüchte (+ 0,7 kg) beträchtlich anstiegen.

Brot verteuerte sich erheblich stärker als Fleisch

Im langfristigen Vergleich weisen in Rheinland-Pfalz unter den Verbraucherpreisen wichtiger Lebensmittel neben frischem Fisch (frischer Rotbarsch 1950 bis 1984 + 842%) vor allem Brot und Backwaren die kräftigsten Steigerungsraten auf. So war 1984 das Kilo Roggenbrot mit einem Preis von durchschnittlich 2,93 DM um das 6,5-fache teurer als 1950 (0,45 DM). Gegliedert in Fünf-Jahres-Perioden zeigen die Abschnitte 1970 bis 1975 (+ 58%) und 1950 bis 1955 (+ 51%) sowie 1960 bis 1965 (+ 33%) die stärksten Preiserhöhungen. Von 1980 bis 1984 stieg der Roggenbrotpreis um 12%. Ähnlich war die Entwicklung der Preise für helles Mischbrot und Weißbrot, wenn sie auch insgesamt etwas geringer anstiegen. Die Brötchen verteuerten sich etwas mehr

Durchschnittlicher monatlicher Verbrauch an ausgewählten Nahrungsmitteln 1965 - 1984



als das Roggenbrot, insbesondere in den letzten zehn Jahren.

Für Fleischprodukte errechnen sich deutlich geringere Preissteigerungen. Sie reichen von + 122% beim Schweinefleisch bis zu + 263% für Rindfleisch zum Kochen. Das Kilo Rindfleisch kostete 1950 noch 3,41 DM, verteuerte sich bis 1955 um 35% auf 4,59 DM, bis 1960 um weitere 25% auf 5,72 DM und bis 1965 um 28% auf 7,30 DM. Dann wurde es billiger. 1970 konnte Rindfleisch um 7% preiswerter eingekauft werden als fünf Jahre zuvor (6,77 DM). Bis 1975 stieg der Kilopreis um 35% auf 9,16 DM und bis 1980 um weitere 13% auf 10,39 DM sowie bis 1984 um 19% auf nunmehr 12,38 DM. War zwischen den Preisen für Rindfleisch zum Kochen und Schweinekoteletts immer ein deutlicher Unterschied, da Kote-

letts meist mehr als 1 DM das Kilo teurer angeboten wurden, so kann für 1984 von einem Gleichstand gesprochen werden. Unter den Brotbelägen erhöhte sich der Preis für gekochten Schinken in den zurückliegenden 34 Jahren um 225%, für Jagdwurst um fast 250% und für Streichmettwurst um 172%. Dabei ist bemerkenswert, daß ab 1970 die beiden Wurstsorten zum Teil erheblich stärkere Preissteigerungen als der Schinken aufweisen.

Hähnchen billiger als vor 34 Jahren

Mit einem Landesdurchschnittspreis von 5 DM im Jahre 1984 für 1 kg Brathähnchen mußten die Verbraucher 3,5% weniger bezahlen als 1950. Am teuersten waren die Brathähnchen im Jahre 1954 mit 6,78 DM. Die intensive Tierhaltung in diesem Bereich zeigt ihre Auswirkungen auch bei der Entwicklung der Eierpreise. Letztes Jahr mußten die Hausfrauen mit 2,82 DM für zehn Stück lediglich 28% mehr als 34 Jahre zuvor bezahlen. Dies ist um so bemerkenswerter, als der Preisindex für die Lebenshaltung eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen in diesem Zeitraum um 197% anstieg.

Der Butterberg der EG ist in aller Munde. Der Butterpreis stieg im Vergleich zu 1950 um 88% auf durchschnittlich 2,60 DM für ein viertel Kilo, der Preis für Vollmilch allerdings um 244%. Die Steigerungsrate für Butter liegt also deutlich unter der Entwicklung der allgemeinen Teuerungsrate, die für Milch dagegen um fast 50 Prozentpunkte darüber. Die Steigerungsquote für Mehl (+ 142%) lag auch unter der allgemeinen Preisentwicklung. Von 1950 stieg der Mehlpreis für ein Kilo von 0,62 auf 1,50 DM. Der Zuckerpreis erhöhte sich in diesem Zeitraum gar nur um 68% auf jetzt 2,03 DM im Mittel.

Die Preise für frisches Gemüse entwickelten sich stärker. Beim Vergleich der Jahre 1984 gegenüber 1950 reichen die Erhöhungen von + 230% für Blumenkohl und Tomaten über + 244% für Kopfsalat, + 260% für Zwiebeln, + 315% für Möhren sowie + 340% für Weiß- und Rotkohl bis zu + 370% für Wirsingkohl.

Bohnenkaffee ein Drittel billiger

Wein verteuerte sich im langfristigen Überblick bedeutend stärker als Bier. Während Flaschenbier von 1957 bis 1984 um 42% teurer wurde, mußte für Wein im letzten Jahr etwa das Doppelte bezahlt werden. Erstaunlich ist die Preisentwicklung für den Bohnenkaffee. 1950 kostete hiervon ein Pfund 14,60 DM, 1952 gar 16,05 DM. Danach verminderte sich der Preis kontinuierlich um mehr als die Hälfte auf 7,23 DM im Jahre 1969, stieg dann bis zum Jahre 1977 auf 14,06 DM an, um sich dann wieder mit einigen Schwankungen auf 9,97 DM für das Jahr 1984 zu verbilligen. Für Bohnenkaffee errechnet sich 1984 gegenüber 1950 eine Preisminderung um 32%.

Diplom-Betriebswirt (FH) E. Braun

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 634	3 627	3 626	3 625	3 623	3 619	3 620
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 943	1 918	2 493	2 983	2 009	2 526 ^P	2 317 ^P	3 181 ^P	2 128 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,3	8,1	9,7	6,7	8,5 ^P	7,5 ^P	10,3 ^P	7,2 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 952	2 959	3 179	3 144	3 071	2 691 ^P	3 299 ^P	3 008 ^P	3 031 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,7	9,8	10,3	10,2	10,3	9,0 ^P	10,7 ^P	9,8 ^P	10,2 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 705	3 574	3 451	3 416	3 322	3 116 ^P	3 542 ^P	3 251 ^P	3 311 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	11,8	11,2	11,1	11,2	10,5 ^P	11,5 ^P	10,6 ^P	11,1 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	33	31	33	28	22	26 ^P	17 ^P	27 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	10,9	10,3	10,7	9,0	7,3	9,3 ^P	5,4 ^P	8,8 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 753	- 616	- 272	- 272	- 251	- 425 ^P	- 243 ^P	- 243 ^P	- 280 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,0	- 0,9	- 0,9	- 0,8	- 1,4 ^P	- 0,8 ^P	- 0,8 ^P	- 0,9 ^P
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	7 066	6 424	6 712	7 300	6 961	6 111	7 801
Ausländer	Anzahl	1 413	1 580	1 792	1 969	2 121	1 888	2 354
Erwerbspersonen	Anzahl	3 643
* Fortgezogene	Anzahl	6 565	6 600	8 136	7 944	8 555	5 300	7 219
Ausländer	Anzahl	1 725	1 982	2 907	2 726	3 188	1 334	1 977
Erwerbspersonen	Anzahl	3 542
* Wanderungssaldo	Anzahl	501	- 176	- 1 424	- 644	- 1 594	811	582
Ausländer	Anzahl	- 312	- 402	- 1 115	- 757	- 1 067	554	377
Erwerbspersonen	Anzahl	101
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 553	10 192	11 545	11 675	10 092	9 801	11 591
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	122 256	120 162	115 517	114 579	111 168	112 425	118 987	115 736	112 509
* Männer	Anzahl	69 433	67 230	61 525	60 505	58 294	60 964	62 777	59 944	57 419
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 858	1 919	.	.	2 085
Bauberufe	Anzahl	7 266	9 261	.	.	7 301
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	38 789	39 621	.	.	38 107
Arbeitslosenquote	%	8,5	8,3	8,0	8,0	7,7	7,8	8,3	8,1	7,8
Offene Stellen	Anzahl	4 123	4 172	4 319	4 289	4 174	5 380	5 243	5 206	5 323
Männer	Anzahl
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	230	197	.	.	258
Bauberufe	Anzahl	193	301	.	.	375
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	1 538	1 949	.	.	1 840
Kurzarbeiter	Anzahl	29 026	17 571	12 573	9 550	12 191	8 440	4 413	5 026	8 715
Männer	Anzahl	22 820	13 717	8 462	6 129	8 090	6 892	3 529	3 499	5 911
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	638	637	.	.	.	649	.	.	.
* Milchkühe	1 000	230	227	.	.	.	222	.	.	.
* Schweine	1 000	677	640	.	664	.	.	.	686	.
Mastschweine	1 000	249	227	.	218	.	.	.	220	.
* Zuchtsauen	1 000	76	75	.	76	.	.	.	80	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48	.	48	.	.	.	50	.
Schlachtungen										
* Rinder	Anzahl	16 577	17 230	16 441	17 316	17 797	13 413	13 576	15 530	15 779
* Kälber	Anzahl	263	306	302	297	311	255	214	255	234
* Schweine	Anzahl	114 815	113 876	109 031	106 665	103 017	109 303	117 733	113 510	118 119
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 148	10 236	5 113	4 161	6 290	5 572	4 100	4 040	5 609
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	14 275	14 366	13 690	13 649	13 510	12 882	13 584	13 877	14 287
* Kälber	t	4 840	4 999	4 774	4 952	5 076	3 918	3 982	4 582	4 609
* Schweine	t	9 302	9 210	8 777	8 565	8 264	8 849	9 498	9 165	9 553
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	82	80	84	82	73	84	86	84	76
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,4	95,0	96,0	95,5	94,8	95,2	95,1	94,6	93,9

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984			1985				
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1)										
Betriebe	Anzahl	2 732	2 684	2 682	2 675	2 676	2 645	2 645	2 645	2 645
* Beschäftigte	1 000	362	361	360	364	365	362	365	368	369
* Arbeiter 2)	1 000	251	250	250	253	253	250	253	255	256
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 740	35 470	32 971	34 760	35 385	33 367	33 251	35 308	36 316
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 147	1 182	1 159	1 165	1 108	1 269	1 226	1 203	1 176
* Löhne	Mill. DM	675	693	693	709	645	727	737	723	691
* Gehälter	Mill. DM	472	489	466	456	463	542	489	480	485
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	87	92	.	.	213	226	.	.	213
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	205	216	.	.	466	608	.	.	647
* Heizölverbrauch	1 000 t	93	82	.	.	268	197	.	.	149
* leichtes Heizöl	1 000 t	16	15	.	.	35	39	.	.	29
* schweres Heizöl	1 000 t	77	67	.	.	233	158	.	.	120
* Stromverbrauch	Mill. kWh	958	991	962	963	983	1 024	1 001	1 026	1 038
* Stromerzeugung	Mill. kWh	181	177	136	121	137	146	130	126	131
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 388	6 658	6 385	6 372	6 692	6 848	6 899	6 699	6 980
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 185	2 366	2 261	2 197	2 325	2 591	2 448	2 337	2 531
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980=100	97	98	90	89	103	107	90	92	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980=100	98	99	89	88	103	108	91	92	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980=100	97	98	89	88	103	108	91	91	102 ^P
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1980=100	96	101	98	96	103	110	102	97	104 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980=100	81	84	91	86	100	105	89	90	98 ^P
Chemische Industrie	1980=100	102	111	108	105	109	116	113	104	112 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	103	96	80	76	106	112	86	85	104 ^P
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980=100	99	94	81	73	103	108	83	82	105 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	92	93	80	84	99	100	76	87	96 ^P
Herstellung von Schuhen	1980=100	96	95	64	105	109	89	53	95	108 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	97	99	95	92	103	109	89	93	100 ^P
Bauhauptgewerbe	1980=100	89	91	94	94	105	99	80	89	...
Handwerk 4)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	101	100	.	.	100	95
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	136	139	.	.	139	137
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	200	239	151	159	202	172	158	156	...
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 285	2 366	2 167	2 103	2 230	2 130	2 164	2 153	...
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	766	758	790	695	778	758	758	553	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 720	1 763	1 528	1 567	1 654	1 544	1 564	1 757	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1
Gasbezug	Mill. cbm	335
Gasverbrauch	Mill. cbm	315	338	261	235	260	259	255	256	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	68 631	67 995	69 109	70 089	69 768	64 071 ^P	64 009 ^P	64 551 ^P	...
Facharbeiter	Anzahl	35 621	34 902	35 736	35 760	35 934	33 486 ^P	32 722 ^P	32 504 ^P	...
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 621	15 815	16 604	17 019	16 288	14 909 ^P	15 665 ^P	15 877 ^P	...
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 084	7 980	8 729	9 082	8 762	7 391 ^P	7 590 ^P	8 156 ^P	...
Privater Bau	1 000	5 209	5 184	5 687	5 717	5 576	4 478 ^P	4 479 ^P	4 723 ^P	...
* Wohnungsbau	1 000	3 360	3 295	3 552	3 582	3 525	2 731 ^P	2 619 ^P	2 802 ^P	...
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	54	59	72	59	84	51 ^P	65 ^P	65 ^P	...
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 795	1 830	2 063	2 076	1 967	1 696 ^P	1 795 ^P	1 856 ^P	...
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 875	2 796	3 042	3 365	3 186	2 913 ^P	3 111 ^P	3 433 ^P	...
Hochbau	1 000	660	636	658	664	644	670 ^P	743 ^P	779 ^P	...
Tiefbau	1 000	2 216	2 160	2 384	2 701	2 542	2 243 ^P	2 368 ^P	2 654 ^P	...
Straßenbau	1 000	1 203	1 172	1 283	1 533	1 436	1 253 ^P	1 271 ^P	1 480 ^P	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	185	200	207	192	176 ^P	189 ^P	189 ^P	...
* Löhne	Mill. DM	156	156	171	178	163	146 ^P	160 ^P	160 ^P	...
* Gehälter	Mill. DM	29	29	29	29	29	30 ^P	29 ^P	29 ^P	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	529	547	629	576	636	519 ^P	558 ^P	563 ^P	...

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenscheite = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 015	819	1 005	917	742	811	922	772	719
* mit 1 Wohnung	Anzahl	637	530	649	618	462	535	637	540	493
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	280	211	267	222	204	217	222	177	178
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	99	78	89	77	76	59	63	55	48
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 144	885	1 198	904	807	822	942	789	744
* Wohnfläche	1 000 qm	189	148	195	151	134	134	156	127	118
* Wohnräume	Anzahl	8 950	7 017	9 286	7 299	6 298	6 285	7 310	5 975	5 721
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	356	278	381	284	251	259	296	257	243
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	2	3	3	2	3	1	4	2
Unternehmen	Anzahl	116	122	126	140	128	129	128	122	85
Private Haushalte	Anzahl	896	695	876	774	612	679	793	646	632
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	196	162	168	168	162	129	183	173	167
* Umbauter Raum	1 000 cbm	693	568	631	554	551	326	522	491	807
* Nutzfläche	1 000 qm	119	97	112	100	92	62	87	87	124
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	135	110	143	117	86	76	97	117	121
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	28	34	29	28	24	28	22	31
Unternehmen	Anzahl	165	131	133	137	133	105	149	144	132
Private Haushalte	Anzahl	3	3	1	2	1	-	6	6	4
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	1 740	2 389	1 648	1 493	1 508	1 752	1 401	1 317
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 133	2 338	2 283	2 111	2 278	2 540	2 679	2 227	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	139	169	183	179	165	173	193	159	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 994	2 169	2 100	1 932	2 113	2 368	2 486	2 067	...
* Rohstoffe	Mill. DM	19	21	23	18	21	30	25	20	...
* Halbwaren	Mill. DM	142	173	155	142	179	182	202	138	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 834	1 975	1 923	1 771	1 913	2 156	2 259	1 909	...
* Vorzeugnisse	Mill. DM	692	804	800	749	788	832	865	775	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 142	1 171	1 123	1 023	1 124	1 324	1 394	1 134	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	959	1 094	1 052	938	1 074	1 191	1 284	994	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	160	194	174	170	205	207	212	190	...
Dänemark	Mill. DM	35	40	31	38	36	52	35	49	...
Frankreich	Mill. DM	278	297	311	233	291	310	352	231	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	18	18	20	21	24	19	...
Großbritannien	Mill. DM	164	195	189	209	187	203	265	202	...
Irland	Mill. DM	7	7	6	6	7	7	9	7	...
Italien	Mill. DM	153	179	178	112	184	215	218	116	...
Niederlande	Mill. DM	142	159	144	152	146	176	170	180	...
Österreich	Mill. DM	97	106	102	98	102	121	130	121	...
Schweiz	Mill. DM	107	120	111	133	124	133	143	128	...
USA und Kanada	Mill. DM	140	172	213	179	176	183	214	187	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	472	435	390	377	417	436	446	351	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	102	108	120	100	97	151	143	116	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 515	1 607	1 597	1 579	1 558	1 635	1 893	1 558	...
Nach Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	198	210	186	192	172	171	194	160	...
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 318	1 396	1 411	1 387	1 386	1 464	1 699	1 398	...
Aus ausgewählten Ländern										
EG-Länder	Mill. DM	759	817	828	791	823	868	1 048	818	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	205	203	208	193	185	188	219	165	...
Dänemark	Mill. DM	15	18	17	15	24	22	16	17	...
Frankreich	Mill. DM	183	191	188	165	169	186	218	161	...
Griechenland	Mill. DM	6	10	9	6	7	6	10	4	...
Großbritannien	Mill. DM	48	59	48	57	63	70	80	57	...
Irland	Mill. DM	3	3	2	3	2	6	7	4	...
Italien	Mill. DM	136	140	149	125	155	124	189	108	...
Niederlande	Mill. DM	161	193	207	227	217	265	309	302	...
Österreich	Mill. DM	47	47	42	44	49	49	48	43	...
Schweiz	Mill. DM	36	40	43	32	38	58	50	40	...
USA und Kanada	Mill. DM	111	114	99	75	75	73	105	77	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	345	324	337	353	351	358	398	382	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	61	52	45	43	55	45	67	28	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	95	94	95	95	95	95	95	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	105	106	102	101	101	102	112	107	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	109	112	112	114	105	111	115	114	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	101	104	92	80	108	92	101	85	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	99	104	94	89	98	87	90	91	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	106	108	88	87	99	82	93	94	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	100	97	89	127	98	76	100	129	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	114	116	117	114	108	115	119	119	...
Tankstellen (Abs.i,eig,Namen)	1980 = 100	114	136	144	142	136	138	134	138	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	107	115	112	114	103	129	135	128	...
Sonstige Waren	1980 = 100	101	98	97	96	95	98	115	108	...
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	92	91	88	87	88	87	95	92	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	95	97	95	98	91	94	98	99	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	90	90	80	69	93	78	86	72	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	86	88	80	75	82	72	75	75	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	101	82	82	92	79	90	91	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	86	81	74	106	82	64	84	107	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	100	100	100	98	93	98	101	101	...
Tankstellen (Abs,i,eig,Namen)	1980 = 100	100	117	126	126	120	112	110	116	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	95	99	96	98	88	100	105	100	...
Sonstige Waren	1980 = 100	89	85	84	83	82	84	99	93	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	97	101	104	106	103	104	105	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	99	106	110	113	121	114	114	115	...
* Umsatz	1980 = 100	105	104	113	117	126	120	118	119	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	113	115	127	135	160	143	136	138	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	96	97	106	106	105	105	107	107	...
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	429	438	599	596	693	570	562	622	...
* Ausländer	1 000	77	105	214	199	165	161	225	218	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 502	1 532	2 442	2 346	2 359	2 022	2 378	2 364	...
* Ausländer	1 000	237	316	740	649	486	474	822	710	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 475	1 495	1 554	1 496	1 115	1 513	1 698	1 636	1 052
* Güterversand	1 000 t	1 183	1 139	1 099	1 106	1 483	1 118	1 153	1 043	1 503
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 017	13 281	10 867	10 976	12 401	13 902	14 218	10 867	11 550
Krafträder	Anzahl	1 339	1 026	1 211	990	511	955	779	678	333
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 726	11 441	8 976	9 267	11 139	12 023	12 567	9 510	10 523
* Lastkraftwagen	Anzahl	538	506	430	487	481	517	520	452	444
Zugmaschinen	Anzahl	315	230	179	172	188	308	260	160	187
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 323	9 808	9 661	9 019	10 499	9 994	9 462	9 958	10 147
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 892	1 813	2 219	2 015	1 987	1 967	1 988	2 055	2 052
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 431	7 995	7 442	7 004	8 512	8 027	7 474	7 903	8 095
Verunglückte Personen	Anzahl	2 576	2 456	3 032	2 714	2 647	2 641	2 737	2 714	2 723
* Getötete	Anzahl	61	53	70	52	47	50	52	47	48
Pkw - Insassen	Anzahl	32	24	41	22	27	27	32	23	26
motorisierte Zweiräder	Anzahl	12	11	20	18	10	13	13	15	12
Fußgänger	Anzahl	11	12	7	7	9	7	4	5	8
* Verletzte	Anzahl	2 515	2 403	2 962	2 662	2 600	2 591	2 685	2 667	2 675
Pkw - Insassen	Anzahl	1 393	1 337	1 461	1 202	1 391	1 324	1 329	1 245	1 244
motorisierte Zweiräder	Anzahl	603	571	923	861	633	705	747	797	760
Fußgänger	Anzahl	224	212	175	184	242	213	178	191	230
Schwerverletzte	Anzahl	801	738	947	842	766	782	835	798	793
Pkw - Insassen	Anzahl	410	362	418	305	361	350	382	334	316
motorisierte Zweiräder	Anzahl	208	201	341	328	201	258	249	284	263
Fußgänger	Anzahl	96	93	77	75	114	79	84	71	94

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	72 923	76 876	74 660	74 861	75 729	78 576	78 132	78 242	78 759
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	71 328	75 111	72 960	73 168	74 018	76 707	76 274	76 398	76 865
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	58 913	62 953	60 833	61 027	61 873	64 356	63 929	64 034	64 400
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	12 416	12 158	12 127	12 141	12 145	12 351	12 345	12 364	12 460
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	15 322	16 246	15 792	15 702	16 335	16 478	15 835	15 576	15 687
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 209	15 357	14 723	14 655	15 255	15 713	15 160	15 049	15 129
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 113	889	1 069	1 048	1 080	765	674	527	557
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 676	9 309	9 417	9 394	9 347	9 006	8 883	8 850	8 848
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 712	7 591	7 748	7 730	7 727	7 382	7 291	7 264	7 290
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 964	1 718	1 670	1 664	1 620	1 624	1 592	1 586	1 558
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	46 331	49 556	47 751	48 072	48 335	51 224	51 557	51 972	52 331
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	36 993	40 005	38 362	38 643	38 890	41 261	41 478	41 721	41 985
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 338	9 551	9 389	9 429	9 445	9 962	10 079	10 251	10 345
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	59 426	63 350	59 306	60 000	60 019	63 659	63 636	64 053	64 130
* Sichteinlagen	Mill. DM	8 744	9 110	8 211	8 306	8 306	8 502	8 418	8 397	8 633
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	8 058	8 415	7 620	7 522	7 747	7 882	7 799	7 710	8 032
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	687	695	591	783	559	620	619	687	602
Termingelder	Mill. DM	20 136	22 330	21 102	21 818	21 683	23 147	23 329	23 705	23 474
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	18 562	20 791	19 508	21 707	20 016	21 205	21 517	21 639	21 696
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 574	1 539	1 594	19 898	1 666	1 942	1 812	2 066	1 808
* Spareinlagen	Mill. DM	30 546	31 910	29 993	1 809	30 031	32 009	31 889	31 951	32 023
bei Sparkassen	Mill. DM	17 917	18 916	17 741	17 737	17 783	19 023	18 950	18 968	18 991
* Gutschriften auf Sparkonten 2)	Mill. DM	1 702	1 636	1 664	1 324	1 217	1 242	1 782	1 405	1 311
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 569	1 526	1 872	1 330	1 174	1 247	1 903	1 343	1 240
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 3)	Anzahl	74	67	66	66	58	84	85	78	67
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	45 106	143 676	24 155	20 759	19 077	32 434	26 948	23 404	29 675
Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	1	-	-	2	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	1 022	906	1 000	882	778	866	887	824	875
* Wechselsumme	1 000 DM	8 041	9 319	5 646	5 581	5 728	7 250	7 671	9 578	8 039
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 210 642	1 269 938	955 617	1 248 752	1 512 714	1 595 305	1 002 483	1 327 741	1 625 426
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	822 046	869 232	588 691	858 286	1 173 013	1 233 695	642 828	907 385	1 244 125
* Lohnsteuer 4)	1 000 DM	581 559	614 530	518 696	809 692	464 217	486 752	568 156	882 158	508 649
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	108 984	114 308	-	313 614	-	-	-	347 721	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 263	99 625	- 42 156	- 49 346	381 809	375 278	- 52 045	- 38 864	384 421
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	14 531	20 737	92 940	28 443	7 960	12 232	124 570	18 229	9 726
* Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	123 694	134 341	19 211	69 497	319 027	359 433	2 147	45 862	341 329
Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	27 817	22 578	-	57 217	-	-	-	55 055	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	388 596	400 706	366 926	390 466	339 701	361 610	359 655	420 356	381 301
* Umsatzsteuer	1 000 DM	245 161	238 076	224 625	242 769	201 967	184 782	211 207	248 563	213 878
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	143 435	162 630	142 301	147 697	137 734	176 828	148 448	171 793	167 423
* Bundessteuern	1 000 DM	163 985	149 793	135 829	131 204	115 631	123 153	126 478	118 936	108 189
* Zölle	1 000 DM	10 187	11 822	10 501	12 151	10 562	12 019	9 400	9 643	11 022
* Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	150 748	134 430	122 098	115 877	102 326	108 388	114 476	106 495	94 184
* Landessteuern	1 000 DM	75 660	73 523	67 981	98 134	57 643	67 748	70 472	93 040	59 924
* Vermögensteuer	1 000 DM	18 706	14 337	3 045	42 346	1 133	2 969	2 568	38 606	2 744
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	36 183	38 025	46 098	36 621	35 448	43 176	46 586	34 525	34 225
* Biersteuer	1 000 DM	6 154	6 043	6 690	6 877	7 632	7 021	6 215	7 193	7 081
* Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	437 379	515 529	.	.	511 920	536 705	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	8 212	.	.	9 626	11 021	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	81 892	85 346	.	.	102 160	91 609	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	299 509	376 176	.	.	357 811	380 452	.	.	.
* Lohnsummensteuer 6)	1 000 DM	- 17	28	.	.	36	10	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	35 823	33 871	.	.	32 173	34 339	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Restzahlungen aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	791 067	802 134	661 176	759 147	861 197	912 209	672 517	782 725	913 029
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	359 736	381 054	258 605	372 117	523 055	552 196	282 706	387 658	555 083
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	258 426	262 471	240 343	255 763	222 511	236 860	235 580	275 339	249 757
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 920	8 816	26 399	63	0	-	27 753	792	-
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	615 866	649 308	528 277	655 164	738 649	803 533	561 563	677 913	801 021
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	357 758	378 715	255 519	366 643	519 885	550 069	279 630	380 598	551 696
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	173 528	188 254	178 379	190 324	161 121	185 716	183 708	203 483	189 401
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 920	8 816	26 399	63	0	-	27 753	792	-
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	693 761	780 404	.	.	770 153	777 242	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	248 246	319 713	.	.	303 748	323 368	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	307 645	321 309	.	.	312 295	297 621	.	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980=100	115,6	118,4	118,4	118,2	118,3	121,3	121,1	120,7	120,9
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	116,7	115,7	115,0	117,8	117,2	116,0	116,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1980=100	111,2	114,0	.	114,4	.	.	.	114,8	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	622	636	643	.	.	.	661	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	665	675	683	.	.	.	702	.	.
* Facharbeiter	DM	705	711	718	.	.	.	741	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	629	641	652	.	.	.	669	.	.
Hilfsarbeiter	DM	542	561	571	.	.	.	592	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	438	452	455	.	.	.	473	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	420	436	440	.	.	.	464	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	15,10	15,49	15,63	.	.	.	16,21	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	15,92	16,32	16,43	.	.	.	17,06	.	.
* Facharbeiter	DM	16,85	17,18	17,30	.	.	.	17,92	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	15,09	15,49	15,64	.	.	.	16,37	.	.
Hilfsarbeiter	DM	13,20	13,60	13,69	.	.	.	14,54	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,17	11,52	11,62	.	.	.	12,07	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	10,73	11,06	11,18	.	.	.	11,83	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,1	41,0	41,2	.	.	.	40,8	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,6	41,4	41,6	.	.	.	41,1	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,3	39,2	.	.	.	39,2	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	3 236	3 381	3 397	.	.	.	3 534	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 876	2 996	3 004	.	.	.	3 110	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 561	3 668	3 672	.	.	.	3 781	.	.
männlich	DM	2 257	2 372	2 384	.	.	.	2 490	.	.
weiblich	DM	4 021	4 195	4 224	.	.	.	4 396	.	.
Technische Angestellte	DM	4 101	4 278	4 308	.	.	.	4 489	.	.
männlich	DM	2 859	3 015	3 035	.	.	.	3 136	.	.
weiblich	DM	3 738	3 881	3 902	.	.	.	4 057	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 385	3 504	3 513	.	.	.	3 623	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 046	4 176	4 192	.	.	.	4 314	.	.
männlich	DM	2 607	2 710	2 722	.	.	.	2 833	.	.
weiblich	DM	4 076	4 232	4 260	.	.	.	4 448	.	.
* Technische Angestellte	DM	4 164	4 319	4 349	.	.	.	4 549	.	.
männlich	DM	2 874	3 018	3 037	.	.	.	3 137	.	.
weiblich	DM	2 525	2 642	2 646	.	.	.	2 743	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 514	2 626	2 631	.	.	.	2 730	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 125	3 208	3 205	.	.	.	3 303	.	.
männlich	DM	2 057	2 172	2 181	.	.	.	2 277	.	.
weiblich	DM			

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 423	61 175	61 181	61 147	61 123	61 011	61 015
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 830	30 345	45 639	34 485	43 089	53 299 ^r	37 928 ^r	35 147 ^P	44 292 ^P
Lebendgeborene 2)	Anzahl	49 515	48 680	48 477	51 794	51 705	50 655 ^r	46 356 ^r	53 762 ^P	49 664 ^P
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 861	58 010	55 827	56 750	54 335	58 973 ^r	52 959 ^r	58 096 ^P	52 171 ^P
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	- 10 346	- 9 330	- 7 350	- 4 956	- 2 630	- 8 318 ^r	- 6 603 ^r	- 4 334 ^P	- 2 507 ^P
Arbeitslose	1 000	2 258	2 266	2 113	2 202	2 202	2 193	2 160	2 221	2 217
Männer	1 000	1 273	1 277	1 171	1 206	1 193	1 222	1 185	1 194	1 176
Offene Stellen	1 000	76	88	99	99	95	115	120	119	117
Männer	1 000
Kurzarbeiter	1 000	675	384	337	262	212	228	162	108	74
Männer	1 000	548	325	265	205	183	183	127	81	57
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	23 449	23 617	.	.	24 191	.	.	.	24 813
Schlachtmenge 4)	1 000 t	379	391	370	386	396	405	349
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980=100	95	99	92	93	87	103	103	99	89
ohne Baugewerbe	1980=100	96	100	90	92	87	104	104	100	90
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	1980=100	96	99	90	93	87	104	104	100	90
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980=100	94	98	98	96	90	101	102	99	94
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	99	102	84	93	86	112	112	107	90
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980=100	92	94	91	87	79	94	93	87	82
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980=100	99	101	100	98	97	100	103	101	99
Baugewerbe	1980=100	89	89	102	101	92	93	95	94	84
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 927	6 854	6 807	6 839	6 883	6 884	6 907	6 961	7 002
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	653	578	628	611	663	615	658	611
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	109 389	116 538	102 658	113 241	110 367	126 520	120 797	125 065	111 401
Auslandsumsatz	Mill. DM	29 603	33 544	28 246	31 369	31 063	37 042	36 296	36 636	31 488
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	25 939	27 599	23 603	23 533	23 816	26 340	24 604
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	2 971	2 922	3 957	2 531	2 438	2 585	2 576	2 467	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 122	1 106	1 132	1 138	1 149	1 016 ^P	1 027 ^P	1 034 ^P	1 044 ^P
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	122	131	139	130	117 ^P	111 ^P	128 ^P	110 ^P
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 866	9 079	9 484	10 235	9 797	7 838 ^P	8 210 ^P	9 540 ^P	8 729 ^P
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
Anzahl	Anzahl	13 657	11 327	12 927	13 870	11 736	10 914	10 885	11 910	9 984
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	11 838	9 892	11 498	12 297	10 350	9 932	10 034	10 902	9 127
Wohnfläche	1 000 qm	2 804	2 230	2 378	2 660	2 288	1 911	1 854	2 070	1 726
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)										
Anzahl	Anzahl	3 215	2 509	2 839	2 916	2 677	2 795	2 778	3 287	2 830
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	34 964	28 020	28 922	33 296	28 336	23 222	21 904	24 866	21 003
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	36 028	40 684	35 413	39 459	37 953	46 890	42 116	47 896	38 967
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	17 312	19 406	16 802	18 612	16 912	22 382	20 183	21 785	17 222
Dänemark	Mill. DM	2 653	2 838	2 122	2 431	2 586	3 247	2 978	2 752	2 686
Frankreich	Mill. DM	715	836	733	699	826	970	886	897	979
Griechenland	Mill. DM	4 630	5 112	4 710	4 925	3 956	5 663	5 139	5 430	3 679
Großbritannien	Mill. DM	384	412	367	400	387	511	466	531	417
Irland	Mill. DM	2 950	3 382	2 853	3 464	3 357	3 981	3 701	4 203	3 379
Italien	Mill. DM	151	176	152	196	160	240	194	185	190
Niederlande	Mill. DM	2 674	3 140	2 944	3 294	2 312	3 739	3 380	3 859	2 260
Österreich	Mill. DM	3 154	3 510	2 921	3 201	3 328	4 031	3 438	3 930	3 633
Schweiz	Mill. DM	1 844	2 028	1 726	2 044	1 898	2 300	2 140	2 542	2 132
USA und Kanada	Mill. DM	1 865	2 156	2 064	2 268	2 012	2 516	2 233	2 558	2 157
Entwicklungsländer	Mill. DM	3 002	4 263	3 241	4 020	4 634	5 510	4 652	5 774	4 387
Staatshandelsländer	Mill. DM	5 599	5 633	5 058	5 536	5 443	5 526	5 116	6 214	5 421
	Mill. DM	1 884	1 944	1 886	1 977	2 053	2 540	2 178	2 944	2 312

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1983	1984				1985			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	32 530	36 185	34 141	36 470	34 164	39 425	36 603	41 136	35 620
EG-Länder	Mill. DM	15 958	17 336	15 827	17 585	15 628	18 811	17 779	19 813	16 590
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 341	2 403	2 011	2 292	2 137	2 444	2 402	2 557	2 141
Dänemark	Mill. DM	582	593	507	518	577	712	608	576	553
Frankreich	Mill. DM	3 714	3 825	3 305	4 109	2 999	3 927	3 366	4 198	3 670
Griechenland	Mill. DM	229	257	241	335	235	264	261	342	225
Großbritannien	Mill. DM	2 261	2 774	2 542	2 544	2 715	3 188	3 145	3 123	2 664
Irland	Mill. DM	183	222	239	219	182	307	248	270	175
Italien	Mill. DM	2 632	2 843	2 797	3 448	2 575	3 033	3 045	4 041	2 593
Niederlande	Mill. DM	4 016	4 419	4 184	4 121	4 206	4 937	4 704	4 706	4 579
Österreich	Mill. DM	1 050	1 144	971	1 152	1 055	1 266	1 169	1 457	1 100
Schweiz	Mill. DM	1 165	1 303	1 187	1 352	1 210	1 403	1 388	1 545	1 215
USA und Kanada	Mill. DM	2 587	2 933	2 779	2 810	2 865	3 312	2 864	3 152	2 581
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 265	5 818	5 875	6 338	6 072	6 135	5 779	6 385	6 406
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 853	2 198	2 121	2 084	2 306	2 427	2 054	2 567	2 169
Einzelhandel										
Umsatz	1980=100	108,4	111,2	104,4	105,4	102,9	114,3 ^r	104,8 ^r	114,0 ^r	106,8 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1980=100	107,0	108,9	116,9	117,3	119,3	122,7	120,7 ^r	119,7 ^p	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 769	1 872	1 793	1 800	1 810	1 899	1 910	1 910	1 912 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 333	1 419	1 362	1 365	1 372	1 436	1 452	1 450	1 452 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	436	453	431	435	438	462	458	460	460 ^p
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 187	1 254	1 180	1 179	1 184	1 253	1 263	1 261	1 267 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	548	569	542	538	538	570	571	569	570 ^p
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	24 650	25 770	32 996	21 606	20 361	19 688	36 486	23 301	21 815
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	15 462	16 218	24 206	12 048	11 564	10 726	27 315	14 004	12 906
Lohnsteuer	Mill. DM	10 741	11 362	10 644	11 890	11 327	10 740	11 996	13 119	12 211
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 356	2 197	6 951	- 1 114	- 472	- 846	7 416	- 778	- 569
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	8 823	9 207	8 788	8 795	8 525	8 694	9 169	8 468	8 629
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 932	4 625	4 294	4 282	3 930	3 827	4 300	3 478	3 669
Bundessteuern	Mill. DM	4 343	4 505	4 251	4 298	4 646	4 339	4 699	4 569	4 604
Zölle	Mill. DM	395	444	424	418	448	474	434	428	429
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 678	3 778	3 602	3 638	3 852	3 579	4 025	3 889	3 755
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980=100	113,8	116,1	116,7	116,3	115,4	116,3	115,5	115,1	114,4 ^p
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980=100	108,2	106,9	111,3 ^r	108,8 ^r	106,8 ^r	103,4	104,0	103,7 ^p	102,7 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1980=100	115,8	119,2	119,0	119,3	119,3	122,1	122,0	122,1	121,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980=100	111,4	114,3	.	.	115,0	114,8	.	.	115,4
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980=100	111,2	114,0	.	.	114,4	114,2	.	.	114,8
Preisindex für den Straßenbau	1980=100	99,5	100,8	.	.	101,2	102,4	.	.	103,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980=100	115,6	118,4	118,6	118,4	118,2	121,2	121,3	121,1	120,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980=100	114,3	116,0	117,1	116,7	115,7	118,1	117,8	117,2	116,0
Bekleidung, Schuhe	1980=100	113,0	115,7	115,5	115,5	115,7	118,1	118,1	118,1	118,3
Wohnungsmieten	1980=100	115,6	120,0	119,8	119,9	120,4	123,6	123,8	124,1	124,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980=100	124,5	128,8	127,9	127,7	127,7	132,2	131,0	131,5	131,8
Übriges für die Haushaltsführung	1980=100	113,7	115,9	115,9	116,0	116,1	117,6	117,7	117,8	118,0
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980=100	115,6	118,0	117,9	118,0	118,1	119,6	119,7	119,8	119,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980=100	117,1	120,1	120,1	119,7	119,1	124,7	124,7	124,1	132,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980=100	111,4	114,2	114,3	113,8	113,7	116,0	116,1	115,9	115,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980=100	118,5	120,8	121,0	121,4	121,4	124,9	126,2	126,3	126,3

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Höhere Einzelhandelsumsätze

Von Januar bis September 1985 lagen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte um 1,3% über dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Die stärksten Steigerungen erzielten der Fahrzeughandel (+ 7,2%), die selbständigen Tankstellen (+ 5,3%) sowie die Apotheken und Drogerien (+ 3,7%).

Überdurchschnittlich nahmen auch die Umsätze der Papierwaren- und Buchhandlungen (+ 2,7%), der Warenhäuser und Verbrauchermärkte (+ 1,8%) sowie der Textilien- und Schuhgeschäfte (+ 1,7%) zu. Umsatzeinbußen verzeichneten der Vertrieb von Einrichtungsgegenständen (– 6,8%) und von Elektroartikeln (– 4%). pe

Höhere Umsätze in den ersten neun Monaten

Die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe steigerten ihren Umsatz in den ersten neun Monaten 1985 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,2%. Die Auslandsumsätze konnten um 9,8%, die im Inland um 2,6% erhöht werden.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 7,8%) und die Verbrauchsgüterindustrien (+ 7,5%). Auch der Grundstoff- und Produktionsgüter produzierende Bereich (+ 4%) konnte seine Umsätze ausweiten. Für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe errechnet sich dagegen eine Abnahme von 1,2%.

Von August auf September 1985 nahmen die Umsätze um 3,7% zu, im Vergleich zu September 1984 lagen sie um 3,8% höher. hel

Seit Jahresbeginn 88 000 Straßenverkehrsunfälle Zahl der Verunglückten weiterhin rückläufig

Von Januar bis September 1985 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen fast 88 000 Verkehrsunfälle, darunter 14 806 mit Personenschaden. Es starben 374 Personen, 5 958 wurden schwer und 13 506 leicht verletzt. 73 102 Unfälle führten zu reinem Sachschaden, davon 45 110 zu leichtem Blechschaden.

Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum wurden 2% mehr Verkehrsunfälle registriert. Die Anzahl der getöteten Verkehrsteilnehmer nahm um 15% ab. Rückläufig waren auch die Zahlen der Schwer- und Leichtverletzten (– 13,5 bzw. – 11,8%). Die Zahl der Sachschadensunfälle nahm um 5,1% zu.

Mehr Straßenverkehrsunfälle wurden in den Regierungsbezirken Koblenz (+ 3%) und Rheinhessen-Pfalz (+ 2,3%) verzeichnet, weniger im Bezirk Trier (– 2,2%). Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden sowie die der Verunglückten nahm in allen Regierungsbezirken stark ab. gz

kurz + aktuell

Jeder Liter Wasser über fünfmal genutzt

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe hatten 1983 ein Abwasseraufkommen von 1,36 Mrd. m³. Über 1 Mrd. m³ Wasser wurden von den Betrieben selbst aus Oberflächengewässern gewonnen und unmittelbar nach der Verwendung als Kühlwasser wieder in diese abgeleitet. Eine Gewässerverunreinigung ging somit von dem weitaus größten Teil des industriellen Abwassers nicht aus.

Der für die Beurteilung der Umweltbelastung bedeutendere Anfall von Produktionsabwasser verringerte sich von 289 Mill. m³ im Jahre 1981 auf 263 Mill. m³ im Jahre 1983. Dieser deutliche Rückgang wird in erster Linie durch einen sparsameren Umgang mit dem Wasser erreicht. Vor allem die zunehmende Mehrfachnutzung und der wachsende Einsatz von Kreislaufsystemen ermöglicht es, daß jeder in diesem Bereich eingesetzte Liter Wasser vor seiner endgültigen Ableitung durchschnittlich mehr als fünfmal genutzt wird. Im Jahre 1979 lag der Nutzungsgrad des in der Produktion eingesetzten Wassers noch bei 3,7.

Von dem anfallenden Produktionsabwasser wurden über 93% in die insgesamt 391 betrieblichen Abwasserbehandlungsanlagen eingeleitet. Dies entspricht einer Steigerung der Behandlungsquote gegenüber 1981 von 11%. Durch diese positive Entwicklung hat sich die Menge des von den Betrieben ungeklärt abgeleiteten Produktionsabwassers auf 18 Mill. m³ verringert. 1981 hatte dieser Wert mit 46 Mill. m³ noch mehr als doppelt so hoch gelegen. wz

Wesentlich weniger Motorradfahrer und Fußgänger tödlich verunglückt

Von Januar bis September 1985 ereigneten sich auf den rheinland-pfälzischen Straßen 338 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang, bei denen insgesamt 370 Menschen ums Leben kamen. Das sind 70 Verkehrstote weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres (– 16%).

Die Zahl der getöteten Insassen von Personenwagen blieb mit 207 unverändert. Wesentlich weniger Verkehrstote gab es unter den Fahrern und Mitfahrern von Motorrädern (– 32) sowie den Fußgängern (– 22). Auch die Zahl der tödlich verunglückten Radfahrer (14 weniger) und Benutzer von Mopeds bzw. Mofas (vier weniger) gingen spürbar zurück.

In den Regierungsbezirken Koblenz (– 35) und Rheinhessen-Pfalz (– 33) nahm die Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen ums Leben gekommenen Personen am stärksten ab. Im Regierungsbezirk Koblenz wurden 15 motorisierte Zweiradfahrer, 13 Fußgänger und fünf Radfahrer weniger getötet als in den ersten neun Monaten 1984. In Rheinhessen-Pfalz waren es 23 motorisierte Zweiradfahrer sowie je neun Fußgänger und Radfahrer weniger. Im Regierungsbezirk Trier verunglückten insgesamt 62 Verkehrsteilnehmer tödlich (zwei weniger). gz

Höhere Umsätze und mehr Beschäftigte im Gastgewerbe

Von Januar bis September 1985 stiegen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 2,3%. Überdurchschnittliche Zunahmen verzeichneten Hotels (+ 8,8%), Schankwirtschaften (+ 5,4%) sowie Bars und Tanzlokale (+ 3,5%). Deutliche Umsatzminderungen ergaben sich für Gasthöfe (– 12%) und Speisewirtschaften (– 2,8%).

In den ersten drei Quartalen 1985 nahm die Zahl der im Gastgewerbe Beschäftigten um 1,7% zu. Die Zahl der Vollzeitkräfte stieg um rund 0,5%, die der Teilzeitkräfte um 3,5%. Im Beherbergungsgewerbe erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 5,7%, bei den Gaststätten um 2,1%. pe

Umschlagsleistung der Binnenschifffahrt im September 1985 nur leicht unter dem Vorjahresergebnis

Von Januar bis September 1985 wurden in den Rhein- und Moselhäfen des Landes 22,3 Mill. t Güter ver- oder entladen. Das sind 6,3% weniger als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Von der rückläufigen Umschlagsentwicklung waren die Häfen des nördlichen Landesteils (– 12%) stärker betroffen als die südlichen (– 4,5%). In allen rheinland-pfälzischen Häfen verringerte sich der Umschlag von Steinen und Erden um 17% auf 9,7 Mill. t. Bei der Beurteilung dieser Entwicklung dürfen die außerordentlich starken Beeinträchtigungen der Binnenschifffahrt durch Frost und Eisgang zu Beginn dieses Jahres sowie durch das Niedrigwasser im Spätsommer aber auch die ungünstige Baukonjunktur nicht außer acht bleiben. gz

Stark gestiegenes Interesse an Daimler-Benz-Neuwagen

Im ersten Halbjahr 1985 wurden in Rheinland-Pfalz 73 323 Personenwagen und Kombis neu zum Verkehr zugelassen. Das sind 6,7% weniger als in den ersten sechs Monaten 1984. Der Anteil der inländischen Fabrikate verringerte sich um 3 Prozentpunkte auf 62,6%, ausländische Fahrzeuge erreichten mit 37,4% den bisher höchsten Stand.

Außer Daimler-Benz (+ 17,4%) verzeichneten alle deutschen Fabrikate rückläufige Zulassungszahlen. Die stärksten Rückgänge ergaben sich für Ford und Opel (– 26 bzw. – 22%). Mit 13 526 Neuwagen (– 2,6%) behielt VW seine Führungsposition (Anteil 18,5%).

Ausländische Personenwagen und Kombis erhöhten im ersten Halbjahr 1985 ihren Marktanteil um 1,7%. Den Japanern gelang es, ihren Anteil von 13,9

auf 16,3% zu vergrößern. Sie behielten damit die Spitzenposition unter den ausländischen Produzenten. Die Marke Toyota erreichte mit 2 544 Neuwagen eine Zunahme um 29%. Frankreich folgt Japan mit einem Anteil von 9,8%. gz

165 Kollegiaten bestanden Abitur

Als Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges führen die drei Kollegs des Landes Rheinland-Pfalz Erwachsene mit Berufserfahrung zur allgemeinen Hochschulreife. Im Schuljahr 1985/86 werden an diesen Kollegs 601 Erwachsene (1984/85: 628) ausgebildet, 43% davon sind Frauen.

Jeder fünfte Kollegiat des laufenden Schuljahres ist älter als 25 Jahre, rund zwei Drittel sind 21 bis 25 Jahre alt und jeder achte ist 20 Jahre oder jünger.

Die meisten Kollegiaten (58%) kamen mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I als schulischer Vorbildung zum Kolleg, 20% wiesen den Abschluß der Fachschulreife nach und je 9% hatten einen Hauptschulabschluß bzw. die Fachhochschulreife. Die übrigen hatten einen sonstigen Abschluß.

1984/85 haben im Winter- und Sommerhalbjahr zusammen 165 Kollegiaten mit bestandener Reifeprüfung die Kollegs verlassen. Darunter waren 15 Kollegiaten, die einen Sonderlehrgang für Spätaussiedler besucht hatten. ke

Unterschiedliche Entwicklung der Schülerzahlen an Integrierten Gesamtschulen

Mit 3 291 ist die Zahl der Schüler an den Integrierten Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr (3 294) nahezu konstant geblieben. Allerdings war die Entwicklung an den einzelnen Schulen unterschiedlich. An der Integrierten Gesamtschule Kastellaun ging die Schülerzahl von 947 im Vorjahr auf 901 zurück. Die Integrierte Gesamtschule in Ludwigshafen hatte eine Zunahme der Schülerzahl zu verzeichnen, und zwar von 932 auf 1 060, was dort in erster Linie auf den weiteren Ausbau der Schule (Erweiterung bis Klassenstufe 10) zurückzuführen ist. An der Integrierten Gesamtschule Kaiserslautern ging die Zahl der Schüler gegenüber dem Vorjahr von 1 415 auf 1 330 zurück.

Gestiegen sind die Schülerzahlen an den Freien Waldorfschulen, und zwar von 547 im Vorjahr auf 755 im laufenden Schuljahr. Der weitere Ausbau dieser Schulen in Trier und Mainz führte zu einer Zunahme der Schülerzahlen in Trier von 219 auf 246 (Klassenstufe 1 bis 8) und in Mainz von 328 auf 341 (Klassenstufe 1 bis 11). Die dritte Freie Waldorfschule des Landes hat 1985/86 in Neuwied den Schulbetrieb mit den Klassenstufen 1 bis 5 aufgenommen, in denen zur Zeit 168 Schüler unterrichtet werden. ke

Schülerzahlen an Sonderschulen weiterhin rückläufig

Die 154 rheinland-pfälzischen Sonderschulen werden im Schuljahr 1985/86 von 13 198 Schülern besucht. Das sind 868 Schüler weniger als noch vor einem Jahr (– 6,2%). Die Zahl der Klassen ging im selben Zeitraum nur um 37 auf 1 393 zurück, so daß sich die durchschnittliche Klassengröße an den Sonderschulen auf 9,5 Schüler je Klasse (Vorjahr 9,8) verbesserte.

Am deutlichsten war der Rückgang der Klassengröße an den Schulen für Lernbehinderte. Für die 8 372 Schüler an dieser Schulform liegt die durchschnittliche Klassenstärke bei 12 (Vorjahr 12,9). An den Schulen für Geistigbehinderte mit 2 505 Schülern ging die Relation Schüler je Klasse auf 6,9 zurück (Vorjahr 7,0), an den Schulen für Gehörlose und Hörbehinderte mit 510 Schülern auf 6,1 (6,4).

Dagegen änderte sich an den Schulen für Körperbehinderte, an denen zur Zeit 982 Schüler unterrichtet werden, die durchschnittliche Klassengröße von 6,9 Schülern je Klasse nicht, ebensowenig an den Schulen für Sprachbehinderte (373 Schüler, 9,8 Schüler je Klasse). An den Schulen für Verhaltensbehinderte ist sogar ein geringer Anstieg der Klassenstärke von 8,3 auf 8,4 bei insgesamt 276 Schülern zu verzeichnen, an den Schulen für Blinde und Sehbehinderte mit 180 Schülern von 5,6 auf 5,8 Schüler je Klasse. ke

Rückgang der Schülerzahlen weniger stark als in Vorjahren

Der Rückgang der Schülerzahlen in den Grund- und Hauptschulen des Landes Rheinland-Pfalz war zwischen dem vergangenen Schuljahr und dem Schuljahr 1985/86 nicht so stark wie in den vorangegangenen Jahren. Im laufenden Schuljahr werden an den 1 190 Grund- und Hauptschulen 229 041 Schüler unterrichtet, rund 11 300 weniger als im Jahr zuvor. Dabei sanken die Schülerzahlen im Sekundarbereich I wesentlich stärker als im Primarbereich. Während sich an den Klassenstufen 5 bis 10 (Sekundarstufe I) die Schülerzahlen um über 10 000 auf 93 789 verminderten, ging die Zahl in den Klassenstufen 1 bis 4 (Primarstufe) nur um 1 100 auf 135 252 zurück.

Im gleichen Zeitraum wurde die Klassenzahl an den Grund- und Hauptschulen um 322 auf 10 626 reduziert. Die durchschnittliche Klassengröße verbesserte sich dennoch weiter von 21,9 (1984/85) auf 21,6 Schüler je Klasse im laufenden Schuljahr. Von dieser positiven Entwicklung war vor allem die Sekundarstufe I betroffen, wo die Relation Schüler je Klasse von 24,1 im Vorjahr auf 23,2 im Schuljahr 1985/86 zurückging. In der Primarstufe veränderte sich diese Relation nur unwesentlich. Sie liegt 1985/86 bei 20,5 (Vorjahr 20,6). ke

103 600 Schüler an Gymnasien

Um mehr als 5 500 Schüler nahm die Zahl der Gymnasiasten zwischen den Schuljahren 1984/85 und 1985/86 ab. Zur Zeit werden an den 137 Gymnasien des Landes Rheinland-Pfalz 103 553 Schüler unterrichtet (Vorjahr 109 080). Der Rückgang der Schülerzahlen wirkte sich vor allem im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) aus, wo statt der 73 338 Schüler des Vorjahres 1985/86 noch 68 682 Schüler gezählt wurden. Im Sekundarbereich II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) ging die Schülerzahl von 35 742 im Vorjahr auf 34 871 zurück.

Die Klassenzahlen in der Sekundarstufe I verringerten sich im gleichen Zeitraum von 2 587 auf 2 517. Trotzdem verbesserte sich im laufenden Schuljahr die Relation Schüler je Klasse auf 27,3 (Vorjahr 28,3). ke

Klassen werden kleiner

Im Schuljahr 1985/86 werden an den 107 Realschulen des Landes Rheinland-Pfalz 54 883 Schüler unterrichtet (Vorjahr 58 233). Damit ist die Zahl der Schüler an diesen Schulen seit 1979/80, als mit 69 613 Realschülern der Gipfel des Schülerberges an dieser Schulart erreicht worden war, um über 14 700 zurückgegangen.

Die rückläufigen Schülerzahlen führten zu einer ständigen Verbesserung der Unterrichtssituation an den Realschulen, da die Zahl der Klassen nicht im gleichen Umfang reduziert wurde (von 1984/85 bis 1985/86 von 2 056 auf 2 019). Während 1979/80 in einer Realschulklassse im Durchschnitt noch rund 33 Schüler unterrichtet wurden, sind es im laufenden Schuljahr noch 27,2. ke

Themen des letzten Heftes

Heft 10/Okttober 1985

Die Arbeitsorganisation der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Entwicklung der Tuberkuloseerkrankungen

Außenhandel mit Spanien und Portugal

Bruttojahresverdienste in Industrie und Handel 1984

Neubauten und Abwasserbeseitigung

Themen der folgenden Hefte

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft am Jahresende 1985

Fremdenverkehr im Rheintal

Außenhandel mit dem Irak und dem Iran
1970 — 1985

Bauhauptgewerbe 1985

Zeichenerklärungen

–	= nichts vorhanden	D	= Durchschnitt
0	= Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p	= vorläufige Angabe
.	= kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r	= berichtigte Angabe
...	= Angabe fällt später an	s	= geschätzte Angabe
()	= Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.